

Die Kabinettsprotokolle der
Landesregierung von
Nordrhein-Westfalen 1975 bis 1980

(Achte Wahlperiode)

Herausgegeben von
Frank Michael Bischoff, Christoph Nonn und
Martina Wiech

Eingeleitet und bearbeitet von
Martin Schlemmer

Teil 1
Einleitung, Dokumente

Duisburg 2016
Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-87710-700-3

Umschlagfoto:
Kabinettsitzung (1. Kabinett Rau) für Kalkar“, 01.11.1978.
Foto:Landespresse- und Informationsamt NRW
Landesarchiv NRW R RWB 11872 Nr. 12

Herstellung: Verlag Franz Schmitt, Siegburg

Inhaltsverzeichnis Teil 1

Geleitwort der Ministerpräsidentin	7
Vorwort der Herausgeber	9
Einleitung	11
Zur Edition	11
Quellen- und Literaturverzeichnis	90
Abbildungen	101
Abbildungsnachweis	141
Abkürzungsverzeichnis	146
Verzeichnis der Dokumente	157
Dokumente (Teil 1).....	177



Geleitwort der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

Im Jahr des 70. Geburtstags Nordrhein-Westfalens legt unser Landesarchiv einen weiteren Band der Edition der Kabinettsprotokolle NRW vor. Die Protokollserie umfasst damit nun den Zeitraum zwischen 1946 und 1980 und ermöglicht so nicht nur eine wissenschaftlich kommentierte und detaillierte Quellenbasis für die ersten Jahrzehnte unseres Landes, sondern bietet der Forschung und der historisch interessierten Öffentlichkeit einen unmittelbaren Zugang zu den Entscheidungsprozessen innerhalb der Landesregierung.

Der vorliegende Band dokumentiert eine besonders spannende Phase in der Geschichte Nordrhein-Westfalens, die unser Land bis heute prägt. Nur einige wenige Beispiele: Mitten in der 8. Wahlperiode übergab Heinz Kühn sein Amt an Johannes Rau, der dann fast 20 Jahre lang Ministerpräsident bleiben sollte. Der wirtschaftliche Modernisierungsprozess gewann in dieser Zeit weiter an Fahrt. Die Gesellschaft unseres Landes veränderte sich weiter, zum Beispiel durch die Zuwanderung sogenannter „Spätaussiedler“. Und auch politisch gerieten die Verhältnisse immer stärker in Bewegung, vor allem durch neue gesellschaftliche Bewegungen, die sich beispielsweise für mehr Umwelt- und Naturschutz engagierten. Wie stark sie sein konnten, zeigte das Volksbegehren gegen die Kooperative Schule. Es war und blieb das einzig erfolgreiche dieser Art in der Geschichte unseres Landes.

Die nüchterne Sprache dieser Beschlussprotokolle könnte allzu leicht verkennen lassen, dass in diesen fünf Jahren nahezu alle relevanten politischen Themen und Debatten an der Schwelle zu den 80er Jahren behandelt wurden. Die politischen Entscheidungen der damaligen Landesregierung können nun aus der zeitlichen Distanz neu gesichtet und bewertet werden.

Im Geleitwort zum ersten Band dieser Edition im Jahr 1992 wünschte Johannes Rau der Publikation „eine breite Aufnahme, ... damit es Sinn macht, die erfreulich begonnene Edition kontinuierlich fortzusetzen.“ Diese Publikation des Landesarchivs NRW zeigt, wie sinnvoll es ist, die Geschichte unseres Landes auch aus dieser Perspektive zu erleben. Fortsetzung folgt!

Hannelore Kraft

Vorwort der Herausgeber

Bereits die Anfänge der wissenschaftlichen Edition der Kabinettsprotokolle des Landes Nordrhein-Westfalen sind eng mit einem Landesjubiläum verbunden. Ein „Geburtstagsgeschenk“, das sich die Landesregierung 1986 zum 40-jährigen Jubiläum selbst überreichte, war der Auftrag an den Kultusminister und die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, eine wissenschaftlich kommentierte Edition der Kabinettsprotokolle herauszugeben. Diese Aufgabe übernahm das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, die heutige Abteilung Rheinland des Landesarchivs NRW. 1992 konnte der erste Band vorgelegt werden. Im Jahr des 70. Landesjubiläums, an dem auch das Landesarchiv NRW mit der Ausstellung „schwarz-weiß wird bunt“ maßgeblich mitgewirkt hat, erscheint nun schon der achte Editionsband für die Legislaturperiode von 1975 bis 1980 im Druck. Viele Aspekte, mit denen sich das nordrhein-westfälische Landeskabinett in der achten Legislaturperiode beschäftigte, sind auch heute hochaktuell. Ungeachtet des zeitlichen Abstands von bis zu 40 Jahren zum Erscheinungsjahr des Editionsbands spielten damals bereits Themen wie Strukturwandel, Energie, Bildung und Wissenschaft, Migration und Integration, Gleichstellung sowie Natur- und Umweltschutz eine bedeutende Rolle. Durch diese und andere Themenfelder der Landespolitik bietet der vorliegende Band erneut einen verlässlichen Wegweiser. Die wissenschaftlich aufbereiteten Protokolle und ergänzenden Dokumente ermöglichen einen schnellen Zugang zu einer ergiebigen und authentischen Leitquelle der Landesgeschichte, die wiederum zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitergehende Forschungen zu den in der jeweiligen Legislaturperiode behandelten politischen Themen aufzeigt.

In seiner Strukturierung und Gestaltung schließt sich der vorliegende Editionsband nahtlos an das bewährte Vorbild seiner Vorgängerbände an. Veränderungen ergaben sich vielmehr, im Äußeren nicht sichtbar, auf dem Weg zum jetzt vorgelegten Printband. Die Arbeit an den Kabinettsprotokollen war bereits mit dem 2006 erschienenen sechsten Band auf eine sowohl analoge wie digitale Publikationsform ausgelegt worden. Parallel zur Retrodigitalisierung der Bände 1 bis 5 und zur Freischaltung einer neuen Editionsplattform im Portal „Archive in NRW“ konnte eine erste Version der Kabinettsprotokolle der achten Legislaturperiode bereits 2015 in digitaler Form erscheinen. Im Rahmen einer Tagung in Düsseldorf zum Thema „Digitales Edieren“ schaltete Staatssekretär Bernd Neuendorf vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport im November 2015 einen Zeitraum von 34 Jahren nordrhein-westfälischer Landesgeschichte online frei. Trotz dieser Verschiebungen im Entstehungsprozess bildet die Printpublikation aber nach wie vor das Endprodukt und Ziel der Edition. In Zukunft wird die Edition der nordrhein-westfälischen Kabinettsprotokolle also in zwei medialen Formen zur Verfügung stehen, als gedruckte Version und als digitaler Online-Service, und kann damit hoffentlich allen Nutzungsanforderungen gerecht werden.

Die Herausgeber danken Herrn Dr. Martin Schlemmer, der den vorliegenden Band bearbeitet hat, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Rheinland des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, die wie auch bei den vorangegangenen Bänden die editorische Arbeit begleitet und unterstützt haben. Herr Dr. Schlemmer begleitete die Drucklegung des Bandes dankenswerterweise trotz eines Wechsels seines beruflichen Aufgabenfelds bis zum Schluss und wurde darin ab September 2016 von Herrn Markus Wingerath als neuem Bearbeiter unterstützt. An Band 8 der Kabinettsprotokolle haben darüber hinaus zahlreiche Hilfs- und Werkvertragskräfte mitgewirkt, namentlich Michal Gonciarek, Christoph Kaltscheuer, Marit Kretschmann, Alexander Olenik, Andrea Rönz, Sarah Rudolf, Katharina Rücker. Die Register erstellte Sarah Rudolf, die Biogramme Andrea Rönz. Das Korrekturlesen erfolgte in der Staatskanzlei und in der Abteilung Rheinland des Landesarchivs. Der Staatskanzlei und insbesondere Herrn Leitendem Ministerialrat Dr. Harald Hemmer danken die Herausgeber für die Förderung.

Frank M. Bischoff

Christoph Nonn

Martina Wiech

Einleitung

1. Zur Edition

Ungeachtet der in regelmäßigen Abständen geäußerten Zweifel an Sinnhaftigkeit und Relevanz von Editionen im Allgemeinen beziehungsweise des Edierens durch Archive im Besonderen,¹ erfreut sich das Editions Wesen nach wie vor großer Aufmerksamkeit. Hiervon zeugen regelmäßig erscheinende Zeitschriften², Besprechungen von Editionen³, zahlreiche Tagungen und Workshops⁴ sowie sonstige editionsphilologische Projekte⁵. Erwähnt werden können in diesem Zusammenhang auch die Ergebnisse einer Fachtagung des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen zum Thema

¹ Vgl. Plassmann, Max, Lesesaal abschaffen oder erweitern? Perspektiven der Nutzung im digitalen Zeitalter, in: Stumpf, Marcus/Tiemann, Katharina (Hrsg.), „Im (virtuellen) Lesesaal ist für Sie ein Platz reserviert ...“. Archivbenutzung heute – Perspektiven für morgen. Beiträge des 21. Fortbildungsseminars der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) in Kassel vom 14. – 16. November 2012 (Texte und Untersuchungen zur Archivpflege, Bd. 27), Münster 2013, S. 9-19, hier S. 10; die Onlinestellung von „Galerien“ als Alternative zu und zwischen Onlinestellung von nicht kontextualisiertem, „reinem“ „Content“ und Edition skizzierte Tobias Herrmann für das Bundesarchiv im Rahmen eines Workshop-Referats am 6. Februar 2015 im Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (vgl. hierzu den Tagungsbericht: Schlemmer, Martin, Workshop „Weltkriege edieren. Geschichtspolitik, Dokumentationspraxis, rechtlich-ethische Standards“, in: *Archivar* 68,2 (2015), S. 164-168, hier S. 167f.). Für eine intensive Zusammenarbeit von Edition und Bibliothek plädiert Plachta, Bodo, Edition und Bibliothek, in: Fritze, Christiane [u. a.] (Hrsg.), *Digitale Edition und Forschungsbibliothek. Beiträge der Fachtagung im Philosophicum der Universität Mainz am 13. und 14. Januar 2011 (Bibliothek und Wissenschaft 44)*, Wiesbaden 2011, S. 23-36, hier S. 35. Die Archive – zumindest die (noch) edierenden Archive – werden sich dieser Frage mittelfristig offensiver stellen und Position beziehen müssen als bisher.

² Für den deutschen Sprachraum seien genannt: *editio. Internationales Jahrbuch für Editions wissenschaft* (seit 1987); *TEXT. Kritische Beiträge* (seit 1995); *Editionen in der Kritik. Editions wissenschaftliches Rezensionorgan* (seit 2005).

³ Vgl. etwa zur Edition von Protokollserien: Decker, Frank, *Fraktion in der Fraktion. Spannende Einblicke in die Frühgeschichte der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 271 (21. November 2011), S. 8; Gelberg, Karl-Ulrich, *Präsenzbibliothek im Nebenraum. Das Jahr 1969 mit dem Kanzlerwechsel von Kiesinger zu Brandt im Spiegel der Bonner Kabinettsprotokolle*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 292 (16. Dezember 2013), S. 8. Für die Edition einer – so der Rezensent – landeshistorisch relevanten Quelle: Looz-Corswarem, Clemens von, *Besprechung von: Die Baumeisterrechnungen der Stadt Ahrweiler 1695-1777*, bearb. von Hans-Georg Klein, in: *RhVjbl* 80 (2016), S. 332f. Ein Beispiel für den digitalen Diskurs rund um die Kleist-Edition des Hanser-Verlags: Müller-Salget, Klaus, *Ein trauriges Ende*, 29. Mai 2016, <http://www.sueddeutsche.de/kultur/kleist-edition-ein-trauriges-ende-1.3010409?reduced=true> (Abruf vom 20.06.2016); zur Online-Edition der Tagebücher von Kardinal Faulhaber: Hönig, Myriam, *Krisenjahre eines Kirchenfürsten in München*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 256 (4. November 2015), S. N 3.

⁴ Vgl. beispielsweise Fritze, Christiane [u. a.] (Hrsg.), *Digitale Edition und Forschungsbibliothek. Beiträge der Fachtagung im Philosophicum der Universität Mainz am 13. und 14. Januar 2011 (Bibliothek und Wissenschaft 44)*, Wiesbaden 2011. Weitere Beispiele bei Schlemmer, Martin, *Eine „Leitquelle“ des Landes. Die (digitale) Edition der Kabinetts-Protokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen*, in: *Archivar* 68,3 (2015), S. 270f., hier S. 271 Anm. 2.

⁵ So zum Beispiel das an der Universität Heidelberg angesiedelte Projekt eines editionsphilologischen Handbuchs (vgl. <https://heidelberg-berger-forum-edition.de/> [Abruf vom 23.09.2016]) oder der knappe Werkstattbericht von Klaus Garber: *Entdeckungen beim Edieren von Benjamin*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 238 (12. Oktober 2016), S. N 3.

„Digitales Edieren im 21. Jahrhundert“, die am 3. und 4. November 2015 in Düsseldorf stattfand.⁶ Editionen sind angesichts meist nur allgemeiner und rudimentärer Geschichtskennntnisse⁷ eine (intensive) Form der immer wichtiger werdenden Kontextualisierung von Archivgut, von Quellen jeglicher Art.⁸

1.1. Zum Wert der Quelle „Kabinettsprotokolle“

Während die nordrhein-westfälischen Kabinettsprotokolle der ersten Wahlperiode noch Verlaufsprotokollen glichen,⁹ handelt es sich in späterer Zeit, so auch in der achten Wahlperiode, quasi um reine Ergebnisprotokolle. Sie sind in nüchterner Sprache verfasst und meist sehr knapp gehalten. Zu manchen Ereignissen der Landespolitik und der Landesgeschichte schweigen sie sich sogar völlig aus. Für entsprechende Fragestellungen dürften sich die Kabinettsprotokolle daher als unzureichende Quelle erweisen.¹⁰

Wer jedoch einen guten Einstieg sucht, um sich einen Überblick über zentrale Themen der Landesgeschichte zu verschaffen, wird die verdichtete Information in den Kabinettsprotokollen zu schätzen wissen. Die Protokolle werden in der vorliegenden Edition durch Unterlagen aus den Kabinettsakten wie etwa durch Kabinettsvorlagen oder durch interne Stellungnahmen der Staatskanzlei ergänzt, so dass sich auch der historische Kontext schnell erfassen lässt.¹¹ Insofern lassen sich die Kabinettsprotokolle auch als „Substrat“ der Landespolitik verstehen.¹²

⁶ Der Tagungsband soll digital im Jahr 2016 und analog im Jahr 2017 erscheinen. Zum Sinn und Nutzen von – in diesem Falle philologisch-germanistischen – Editionen auch im schnelllebigen 21. Jahrhundert vgl. Reuß, Roland, Edieren in Deutschland: Ein Krisenbericht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 202 (1. September 2010), S. N 5.

⁷ So schon vor geraumer Zeit mit Bezug auf die Situation in Nordrhein-Westfalen Wehler, Hans-Ulrich, Jugend ohne Geschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 52 (3. März 2003), S. 31.

⁸ Vgl. hierzu Hollmann, Michael, Deutschland in zwei Nachkriegszeiten. Der Einstieg in das Online-Archiv des Bundesarchivs, in: Archivar 69,1 (2016), S. 6-9, und Treffeisen, Jürgen, Zum aktuellen Stand der archivischen Bewertungsdiskussion in Deutschland – Entwicklungen, Trends und Perspektiven, in: *Scrinium* 70 (2016), S. 58-92.

⁹ Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950 (Ernen-nungsperiode und Erste Wahlperiode) (Veröffentlichungen derstaatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe K: Kabinettsakten, Bd. 1), hrsg. von Peter Hüttenberger und WilhelmJanssen, eingel. und bearb. von Michael Alfred Kanther, Siegburg 1992, Vorwort der Herausgeber, S. X.

¹⁰ Vgl. Morsey, Rudolf, Feiern oder betrauern? Das Jahr 1959 im Spiegel der Kabinettsprotokolle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 203 (2. September 2003), S. 7.

¹¹ Vgl. hierzu auch Schlemmer, Martin, Kabinettsakten, in: Heckl, Jens (Hrsg.), Unbekannte Quellen: „Massenakten“ des 20. Jahrhunderts. Untersuchungen seriellen Schriftguts aus normierten Verwal-tungsverfahren, Bd. 2 (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 43), Düsseldorf 2012, S. 30-55.

¹² Vgl. das Vorwort der Herausgeber zum siebten Band der Edition der Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1970 bis 1975 (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 27), Düsseldorf 2009, S. VII.

1.2. Konzeption der Editionsreihe

Das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen fährt seit der Publikation des sechsten Bandes der Edition der Kabinettsprotokolle „zweigleisig“: Wie nur wenige andere staatliche Archive Deutschlands legt es seither sowohl eine analoge als auch eine digitale Variante der Edition vor. Eine Angleichung der Konzeption der Edition an diese Umstellung war erforderlich. Dies betrifft sowohl die gedruckte als auch die digitale Version.¹³ Es wäre allerdings verfehlt, von einer „hybriden“ Edition zu sprechen. Zum einen ist eine digitale Edition mit all ihren Möglichkeiten und Funktionen der Vernetzung und Verlinkung nicht „ausdrückbar“.¹⁴ Zum anderen entwickeln sich analoge und digitale Edition mehr und mehr unabhängig voneinander, ohne unmittelbare gegenseitige Bezugnahme. Es liegen eine analoge, linear angeordnete und eine digitale Edition mit modularer Struktur¹⁵ vor, nicht aber eine Gesamtedition, die aus digitalen und analogen Teilen besteht.¹⁶

Im November 2015 erfolgte im Rahmen der bereits erwähnten Fachtagung zum Thema „Digitales Edieren im 21. Jahrhundert“ die feierliche Online-Veröffentlichung der nordrhein-westfälischen Kabinettsprotokolle von 1946 bis 1980 im NRW-Archivportal,¹⁷ also auch die der Editionsbande 1 bis 5, die bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich analog vorlagen.¹⁸ Was die ins Netz gestellten Dokumente der achten Wahlperiode

¹³ Vgl. hierzu Schlemmer, Martin, Das gedruckte Buch nur noch als Nebenprodukt der Online-Edition? (Vortrag auf der Tagung „Edition und Internet“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia, 10. bis 12. November 2009), http://protokolle.archive.nrw.de/schlemmer_edition_kp_nrw.pdf (Abruf vom 27.09.2016); Ders., Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1966-1975 (Vortrag auf dem Workshop „Digitale Editionen“ der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften am 9. Juli 2012 in München), http://protokolle.archive.nrw.de/Schlemmer_Kabinettsprotokolle_Muenchen_09072012.pdf (Abruf vom 27.09.2016).

¹⁴ Vgl. Koltes, Manfred, Elektronische Edition vs. Buch. Überlegungen zum Verhältnis zweier Medien zueinander am Beispiel der „Briefe an Goethe“, in: Meier, Jörg/Ziegler, Arne (Hrsg.), *Edition und Internet* (Beiträge zur Editionsphilologie, Bd. 2), Berlin 2004, S. 111-132, hier S. 121; Stäcker, Thomas, *Creating the Knowledge Site – elektronische Editionen als Aufgabe einer Forschungsbibliothek*, in: Fritze, Christiane [u. a.] (Hrsg.), *Digitale Edition und Forschungsbibliothek. Beiträge der Fachtagung im Philosophicum der Universität Mainz am 13. und 14. Januar 2011* (Bibliothek und Wissenschaft 44), Wiesbaden 2011, S. 107-126, hier S. 123f.

¹⁵ Vgl. hierzu auch Heil, Dietmar, *Per aspera ad acta. Ein Werkstattbericht zur Edition der Deutschen Reichstagsakten aus der Zeit Kaiser Maximilians I.*, in: Ders. (Red.), „Nit wenig verwunders und nachgedenkens“. Die „Reichstagsakten – Mittlere Reihe“ in Edition und Forschung (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 92), hrsg. von Eike Wolgast, Göttingen 2015, S. 19-43, hier S. 43.

¹⁶ Vgl. Hagner, Michael, *Zur Sache des Buches*, Göttingen 2015, S. 214-216.

¹⁷ Vgl. hierzu Nentwig, Teresa, *Zwischen digital und analog: Zur Zukunft von Editionen*, <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/zwischen-digital-und-analog-zur-zukunft-von-editionen>; Schlemmer, Martin/Saam, Alena, *Fachtagung „Digitales Edieren im 21. Jahrhundert“ und Online-Veröffentlichung der nordrhein-westfälischen Kabinettsprotokolle von 1946 bis 1980*, in: *Archivar* 69,1 (2016), S. 42-46; Boden, Ragna, *Tagungsbericht: Digitales Edieren im 21. Jahrhundert*, 03.11.2015-04.11.2015 Düsseldorf, in: *H-Soz-Kult*, 07.01.2016, <<http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6309>>; Schulz, René, *Digitales Edieren im 21. Jahrhundert. Neue Qualität des kollaborativen Edierens oder Herstellung manipulierbarer Zeichenketten?*, <http://histrhen.landesgeschichte.eu/2016/02/digitales-edieren-im-21-jahrhundert/> (Abrufe jeweils vom 23.03.2016).

¹⁸ Die „alte“ digitale Edition der Bände 6 und 7 wurde inzwischen vom Landesarchiv NRW archiviert. Die archivierte Webseite trägt die Archivsignatur LAV NRW R NW 1399 (Findbuch 331.02.00).

(1975-1980) betrifft, hat sich das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen das Verfahren des Bundesarchivs zum Vorbild genommen.¹⁹ Zunächst wurden die bloßen Dokumente unkommentiert online gestellt, während die interne und externe Verknüpfung sowie die Kommentierung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen und dann online ergänzt werden. Die digitale Edition wird hier, um mit Thomas Stäcker zu sprechen, ausdrücklich als „Arbeitsinstrument“ verstanden.²⁰ Auch die Dokumente der übrigen online veröffentlichten, bis 2015 ausschließlich analog vorliegenden Wahlperioden werden weiter vereinheitlicht, ergänzt, bezüglich ihrer Funktionalität ausgebaut und somit insgesamt für die Benutzung und Handhabung optimiert.

Mit seiner nun acht Wahlperioden umfassenden digitalen Edition der Kabinettsprotokolle kann Nordrhein-Westfalen auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle für sich in Anspruch nehmen.²¹ Andere Bundesländer sind auch in ihren zuletzt erschienenen Protokoll-Bänden auf dem ausschließlich analogen Weg verblieben.²² Das rein analoge Konzept bietet jedoch keinerlei Vorteile gegenüber einem digitalen oder hybriden Format, während seine Nachteile ebenso klar auf der Hand liegen wie die Potenziale der digitalen Publikationsform mit ihren Möglichkeiten der Verknüpfung innerhalb der Edition sowie der Vernetzung auf externe Angebote.²³ Einer zusätzlichen analogen Publikationsform kann immerhin eine „Backup-Funktion“ zugebilligt werden. Sie dokumentiert den Bearbeitungsstand zu einem bestimmten Zeitpunkt, während nachträgliche Veränderungen ausgeschlossen sind.²⁴ Und schließlich gibt es Interessierte, die beim gründlichen Studium eines (edierten) Textes noch immer lieber zum Buch greifen: „die digitale Edition wird benutzt, die gedruckte gelesen“²⁵.

¹⁹ Zum Vorgehen der Editionsgruppe des Bundesarchivs seit 2011/2014 vgl. die Ausführungen des Präsidenten des Bundesarchivs, Michael Hollmann, in dessen Geleitwort zu: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 23: 1970, hrsg. für das Bundesarchiv von Michael Hollmann, bearb. von Christine Fabian und Uta Rössel unter Mitwirkung von Walter Naasner und Christoph Seemann, Berlin, München, Boston 2015, S. 7f., hier S. 8.

²⁰ Stäcker, *Creating*, S. 124.

²¹ Vgl. Schlemmer, „Leitquelle“, S. 270.

²² Vgl. beispielsweise für Hessen: Hedwig, Andreas (Hrsg.), *Die Kabinettsprotokolle der Hessischen Landesregierung. Kabinett Stock 1947-1950*, Bd. 1: 1947-1948 (Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen 21/1), Wiesbaden 2008; für Rheinland-Pfalz: Rummel, Walter (Bearb.), *Die Protokolle des Ministerrats von Rheinland-Pfalz*, Bd. 1: Provisorische Regierung Boden und Erste Regierung Altmeier. 1.-109. Ministerratssitzung (2.12.1946 - 29.12.1948) (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Sonderreihe Ministerratsprotokolle, Bd. 1), Koblenz 2007.

²³ Vgl. hierzu: Schlemmer, Buch. Ders., *Neue „Schläuche“ – neue Nutzer? Die Auswirkungen der Digitalisierung der Edition der Kabinettsprotokolle von Nordrhein-Westfalen auf deren Nutzung*, in: *Transformation ins Digitale*. 85. Deutscher Archivtag 2015 in Karlsruhe (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag, Band 20), Fulda (im Druck). Zu den Vorzügen einer digitalen Edition vgl. auch die Ausführungen von Günter Dunz-Wolff zur digitalen Kleist-Edition: http://www.kleist-digital.de/edition_intro#potentiale (Abruf vom 20.06.2016) sowie Heil, *Werkstattbericht*, S. 41.

²⁴ Vgl. Koltes, *Edition*, S. 116; Altenhöner, Reinhard, Trau, schau, wem – Zur Authentizität und Langzeitverfügbarkeit digitaler Objekte, in: Fritze, Christiane [u. a.] (Hrsg.), *Digitale Edition und Forschungsbibliothek. Beiträge der Fachtagung im Philosophicum der Universität Mainz am 13. und 14. Januar 2011* (Bibliothek und Wissenschaft 44), Wiesbaden 2011, S. 153-170, hier S. 155; Waldenberger, Sandra, *Chancen und Möglichkeiten der Hypermedialisierung*, in: Meier, Jörg/Ziegler, Arne (Hrsg.), *Edition und Internet* (Beiträge zur Editionsphilologie, Bd. 2), Berlin 2004, S. 149-166, hier S. 156f.

²⁵ Heil, *Werkstattbericht*, S. 42.

1.3. Einrichtung der Edition

Auch Band 8 der Edition der Kabinettsprotokolle folgt im Wesentlichen den in Band 6 dargelegten Richtlinien.²⁶ Anders als in Band 7 werden jedoch für den vorliegenden Band wieder ergänzende Aktenstücke und zur Kommentierung der 187 Kabinettsprotokolle weitere Bestände des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen herangezogen. Zusammen genommen handelt es sich um 256 Dokumente (80 Kabinettsvorlagen, 176 ergänzende Unterlagen). Diese werden – abweichend von der Konzeption der Online-Edition – den jeweiligen Protokollen nachgefügt. Als Vorlage für die zu edierenden Kabinettsprotokolle dienten die nach erfolgter Kabinettsitzung erstellten Ausfertigungen der Protokolle, nicht etwa die im Vorfeld einer Sitzung versandten Tagesordnungen. Sowohl bei den ergänzenden Unterlagen als auch bei den Kabinettsvorlagen, die dem Bestand NW 30 (Kabinettsakten) entnommen wurden, konnte nur eine Auswahl in die Edition aufgenommen werden. Wie gehab wurde die Tagesordnungspunkte zu „Bundesangelegenheiten“ jeweils von der Edition ausgenommen. Ein Hinweis hierauf findet sich in den betreffenden Protokollen an der entsprechenden Stelle. Ebenso verhält es sich mit Tagesordnungspunkten zu „Personalia“.

Die Einleitung wurde gegenüber denjenigen der Vorgängerbände²⁷ deutlich im Umfang ausgedehnt, was nicht nur der verbesserten Einordnung der Edition und ihrer Dokumente in den historischen Gesamtkontext dient, sondern auch der Entlastung des Kommentars in den einzelnen Dokumenten: Wo es sich anbot, wurde im Anmerkungsapparat auf den jeweiligen Themenblock der Einleitung verwiesen. Auf die Weiterverfolgung der sich einem Kabinettsbeschluss in Angelegenheiten von Gesetz- oder Verordnungsentwürfen anschließenden parlamentarischen Behandlung wurde verzichtet, wenn der entsprechende Entwurf nicht noch einmal aus dem Landtag in das Landeskabinett zurückgespielt wurde.²⁸ Die einschlägigen Landtagsdrucksachen lassen sich leicht eruieren im online verfügbaren Angebot des Landtags von Nordrhein-Westfalen.²⁹ Kurzbiografien (Biogramme) wurden für die Druckversion lediglich für die Kabinettsmitglieder, die Staatssekretäre respektive die Inhaber einer vergleichbaren Funktion – im Falle der Staatskanzlei der Chef der Staatskanzlei (CdS), im Falle des Ministeriums für Bundesangelegenheiten, das nicht mit einem eigenen Staatssekretär ausgestattet war, der Ministerialdirigent –, für die beiden Landespressechefs und für die Frauenbeauftragte der Landesregierung angefertigt.

Anonymisierungen wurden bei Personen unterhalb der Ebene eines Leitenden Ministerialrats vorgenommen, zudem beim Vorliegen schutzwürdiger Belange, etwa bei der im Kabinett erörterten Frage, ob ein Studienreferendar angesichts von Zweifeln an

²⁶ Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1966 bis 1970 (Sechste Wahlperiode) (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, Bd. 8), hrsg. von Christoph Nonn, Wilfried Reininghaus und Wolf-Rüdiger Schleidgen, eingel. und bearb. von Andreas Pilger, Siegburg 2006, S. 26-29.

²⁷ Bd. 6: 29 Seiten; Bd. 7: 8 Seiten.

²⁸ Ähnlich verfährt das Bundesarchiv bei der Edition der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 24: 1971, hrsg. für das Bundesarchiv von Michael Hollmann, bearb. von Walter Naasner und Christoph Seemann unter Mitwirkung von Christine Fabian und Uta Rössel, Berlin, Boston 2016, S. 11.

²⁹ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Navigation_R2010/040-Dokumente-und-Recherche/040-Dokumentenabruf/Inhalt.jsp (Abruf vom 20.04.2016).

seiner Verfassungstreue in den öffentlichen Dienst übernommen werden sollte oder nicht.

Grundsätzlich blieb der Buchstaben- und Textbestand unangetastet. Grammatik und Interpunktion sowie offensichtliche Tippfehler der Vorlagen, die für das Textverständnis hinderlich sind, wurden allerdings behutsam angeglichen beziehungsweise stillschweigend korrigiert. Die Korrektur von sinntragenden Schreibfehlern wie auch von abweichenden Schreibvarianten wurde hingegen kenntlich gemacht und im Anmerkungsapparat entsprechend vermerkt.

Eine erneute Aufwertung erfuhr der Abbildungsteil der Edition.³⁰ Die Zahl der Abbildungen wurde ein weiteres Mal erhöht. Zudem fanden vermehrt farbige Fotografien Aufnahme in den Abbildungsteil der Edition. Die abgedruckten Fotos stammen ausnahmslos aus den Beständen der Abteilung Rheinland des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, zumeist aus dem Fotokonvolut des Landespresse- und Informationsamtes.³¹ Viele dieser Fotos werden hier zum ersten Mal veröffentlicht.

Erstmals wurden für einen Band der Edition Zeitzeugengespräche³² mit einigen noch lebenden Zeitzeugen geführt. Mit Ausnahme von Horst-Ludwig Riemer standen alle noch lebenden Kabinettsmitglieder für dieses Projekt zur Verfügung. Hinzu kam noch ein Gespräch mit Ludwig Poullain, dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der WestLB. Die Zeitzeugengespräche werden im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen archiviert³³ und können in Zukunft von der Forschung genutzt werden.³⁴

Um den Anmerkungsapparat für eine bessere Übersichtlichkeit noch weiter zu verschlanken, wurde wissenschaftliche Literatur nur in solchen Fällen herangezogen, in welchen dies notwendig erschien. Die nach der zweiten Zitation verwendeten Kurztitel werden im Literaturverzeichnis aufgelöst.

Beim Erstellen der Register blieb der Fußnotentext unberücksichtigt. In das Personenregister wurden lediglich die Namen der entsprechenden Personen aufgenommen. Amtsbezeichnungen, Funktionen, Berufe und Titel wurden nicht erfasst, mit Ausnahme von Adelsprädikaten, die als Bestandteil des Namens gelten.

³⁰ Zum Stellenwert von Fotografien als Quelle für die Landeszeitgeschichte vgl. Jakob, Volker/Köster, Markus, Fotografien als Gegenstand der Regionalgeschichte – Eine Einführung, in: Westfälische Forschungen 58 (2008), S. 1-12; Reininghaus, Wilfried, Fotografien in der Landes- und Ortsgeschichte Westfalens. Eine Bestandsaufnahme, in: Westfälische Forschungen 58 (2008), S. 21-42; bezüglich der Edition der nordrhein-westfälischen Kabinettsprotokolle vgl. Ackermann, Volker, Das Tagebuch staatlicher Entscheidungen. Zur Edition der Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, in: Der Archivar 53 (2000), S. 318-323, hier S. 320.

³¹ Vgl. zur „Bildproduktion des Landespresse- und Informationsamtes“ Faust, Anselm, Politik im Bild. Fotos aus dem Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 35), Münster 2011, S. 10f.

³² Vgl. hierzu Schreiber, Waltraud, Zeitzeugengespräche führen und auswerten. Ein Leitfaden für Nicht-Historiker, <http://www.ku.de/fileadmin/140205/Publikationen/Oralhistory.pdf> (Abruf vom 18.07.2016).

³³ Audiodateien: LAV NRW R RWM Nr. 697-701 (Findbuch 485.01.00/Ton); (autorisierte) Transkriptionen: LAV NRW R RWD Nr. 207-211 (Findbuch 486.01.00/Begleitmaterialien, Dokumentation).

³⁴ Vgl. hierzu etwa Schyga, Peter, Gedächtnis und Geschichte. Zeugenschaft ist noch keine Erinnerungskultur, in: Kommune 30,6 (2012), S. 50-53, hier S. 53; Fried, Johannes, Der Schleier der Erinnerung. Grundzüge einer historischen Memorik, München 2004, hier besonders S. 367-380. Vgl. zum Wert von Zeitzeugenbefragungen für Archive auch Piontek, Olaf, Zeitzeugen-Interviews zum Thema „Migration“ für das Stadtarchiv Hameln, in: Archiv-Nachrichten Niedersachsen 16 (2012), S. 92-96.

2. Landesregierung und Kabinett in der 8. Wahlperiode

2.1. Bildung der Landesregierung und erste Schwierigkeiten

Mit der achten Wahlperiode (1975-1980) ist die letzte Wahlperiode Gegenstand dieses Bandes der Edition, die der „Polarisierungsphase“ des nordrhein-westfälischen Parteiensystems (1962-1980) zugerechnet werden kann. Die beiden großen Volksparteien lagen zusammen genommen stets bei über 90 % Stimmenanteilen und lieferten sich bei Landtagswahlen mehr oder weniger ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Ausschlaggebendes „Zünglein an der Waage“ war als Mehrheitsbeschafferin jeweils die FDP.³⁵

In der Landtagswahl vom Mai 1975 fiel die regierende SPD in der Wählergunst von 46,1 auf 45,1 % leicht ab, so dass die CDU mit einem leichten Zuwachs von 46,3 auf 47,1 % ihren Vorsprung als stärkste Kraft im Land ausbauen konnte. Entscheidend war infolgedessen erneut die Positionierung der FDP, die ihren Stimmenanteil von 5,5 auf 6,7 % verbessern konnte.³⁶

Nach den Wahlen bildeten sich recht bald Delegationen der bisherigen sozial-liberalen Koalitionspartner, die dann ebenso rasch in Koalitionsverhandlungen eintraten.³⁷ Den jeweils siebenköpfigen Abordnungen gehörten an: für die SPD Ministerpräsident Heinz Kühn, der SPD-Landesvorsitzende Werner Figgen, der Chef der SPD-Landtagsfraktion Dieter Haak³⁸, der Vorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen Hermann Heinemann³⁹, der designierte Finanzminister Friedrich Halstenberg, der Kölner Oberbürgermeister John van Nes Ziegler⁴⁰ sowie der SPD-Landesausschussvorsitzende Günter Schlatter⁴¹; für die FDP nahmen an den Gesprächen teil: der Landespartei-vorsitzende Horst-Ludwig Riemer⁴², dessen Stellvertreter Hans-Günter Deimel⁴³ und Alf-

³⁵ Vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo, *Regieren in Nordrhein-Westfalen. Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990 bis 2006*, Wiesbaden 2006, S. 46.

³⁶ Vgl. Düding, Reform, S. 434.

³⁷ Vgl. hierzu und im Folgenden Art. „Dieter Haak führt die SPD-Fraktion im NRW-Landtag“ von Gerd Goch, in: *Westdeutsche Allgemeine* vom 12. Mai 1975 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291); <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41496537.html> (Abruf vom 18.03.2016).

³⁸ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_1/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00058; <http://lassalle-kreis.de/node/1000> (Abrufe jeweils vom 17.03.2016).

³⁹ Vgl. http://www.europarl.europa.eu/meps/de/825/HERMANN_HEINEMANN_home.html (Abruf vom 17.03.2016).

⁴⁰ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Praesidentengalerie/ziegler.jsp; <http://www.munzinger.de/search/portrait/John+van+Nes+Ziegler/0/11504.html>; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14320289.html> (Abrufe jeweils vom 17.03.2016).

⁴¹ Vgl. http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/nachlass/nachlass_s/schlatter-gue.htm (Abruf vom 17.03.2016).

⁴² Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_1/I.1/Ab-geordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00141; <http://www.munzinger.de/search/portrait/Horst+Ludwig+Riemer/0/12746.html>; <http://www.zeit.de/1979/47/knapp-eine-stunde-fuer-den-harten-schnitt> (Abrufe jeweils vom 17.03.2016).

⁴³ Vgl. <http://kreisverband.fdp-duesseldorf.de/index.php/positionen/geschichte/379-vorsitzenden.html>; <http://www.duesseldorf.de/stadtarchiv/stadtgeschichte/chronik/1976.shtml> (Abrufe jeweils vom 18.03.2016).

red Ollesch⁴⁴, der Vorsitzende der Landtagsfraktion Hans Koch⁴⁵, der Geschäftsführer der Landtagsfraktion Wolfgang Heinz⁴⁶, Otto Graf Lambsdorff⁴⁷ sowie der langjährige, nun aus dem Amt scheidende Innenminister Willi Weyer.

Auf der Ebene der Staatssekretäre kam es im Zuge der Regierungsbildung kaum zu personellen Veränderungen. Einzig der Wechsel von Herbert Schnoor als Staatssekretär des Wissenschaftsministeriums an die Spitze der Staatskanzlei führte dazu, dass der Staatssekretär im Ministerium für Bundesangelegenheiten, der 47 Jahre alte Ulrich Kleiner, Schnoors Nachfolge im Wissenschaftsressort antrat, während sein eigener bisheriger Posten nach dem Wechsel unbesetzt blieb.⁴⁸

Dem Kabinett Kühn III gehörten als Minister respektive Ministerin an:⁴⁹

Dr. Horst-Ludwig Riemer (FDP): Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr

Dr. Burkhard Hirsch (FDP): Innenminister

Prof. Dr. Friedrich Halstenberg (SPD): Finanzminister (von 17.01.1978 bis 09.02.1978 geschäftsführend, danach amtierend: Dr. Diether Posser (SPD))

Dr. Diether Posser (SPD): Justizminister (ab 09.02.1978: Inge Donnep (SPD))

Jürgen Girsensohn (SPD): Kultusminister

Johannes Rau (SPD): Minister für Wissenschaft und Forschung

Prof. Dr. Friedhelm Farthmann (SPD): Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. h. c. Diether Deneke (SPD): Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Inge Donnep (SPD): Ministerin für Bundesangelegenheiten (ab 09.02.1978: Dr. Christoph Zöpel (SPD)).

Wie bereits in vergangenen Wahlperioden beschloss das Kabinett, im Abstand von circa zwei Monaten auswärtige Kabinettsitzungen in verschiedenen Regionen des Landes abzuhalten.⁵⁰

Zur „Vorbereitung der Kabinettsberatungen“ wurde in der 1370. Kabinettsitzung vom 20. September 1978, eine Regelung vom 1. Dezember 1970 bestätigend, folgendes Verfahren festgelegt:⁵¹

⁴⁴ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00685 (Abruf vom 18.03.2016).

⁴⁵ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00087 (Abruf vom 18.03.2016).

⁴⁶ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00068 (Abruf vom 18.03.2016).

⁴⁷ Vgl. <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/mdb/mdb13/bio/L/lambsot0.html> (Abruf vom 18.03.2016).

⁴⁸ Vgl. Art. „Kleiner neuer Staatssekretär bei Rau“, in: Düsseldorf Nachrichten vom 28. Mai 1975 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁹ Vgl. auch Düding, Dieter, *Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen 1946-1980. Vom Fünfparteien- zum Zweiparteienlandtag* (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus), Düsseldorf 2008, S. 782.

⁵⁰ Vgl. 1255. Kabinettsitzung, TOP III, 4.

⁵¹ Vgl. 1370. Kabinettsitzung, TOP II, 4.

„a) Kabinetttageangelegenheiten sind aufgrund entsprechender Kabinetttvorlagen unter Beachtung der in § 13 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Landesregierung vorgesehenen Wochenfrist auf die Kabinettt-Tagesordnung zu setzen.

b) Angelegenheiten, die ausnahmsweise vor einer Aufnahme in die Tagesordnung im Kabinettt vorerörtert werden müssen, können nur dann außerhalb der Tagesordnung behandelt werden, wenn das zuständige Ressort derartige Punkte bis spätestens Freitag, 14.00 Uhr, vor der jeweiligen Kabinettt Sitzung beim Chef der Staatskanzlei angemeldet und die übrigen Mitglieder der Landesregierung ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt hierüber unterrichtet hat.

c) Im übrigen dürfen außerhalb der Tagesordnung nur Punkte angesprochen werden, die keiner Beratung bedürfen, wie z. B. Terminfragen und unbedeutende Routineangelegenheiten“.

„Beratungen außerhalb der Tagesordnung“ seien „grundsätzlich zu vermeiden“.

Der achten Legislaturperiode vorausgegangen war ein umstrittener Einsatz von öffentlichen Mitteln im Wahlkampf der Landesregierung. Es wurde gemutmaßt, dass dadurch das Wahlergebnis beeinflusst worden sein könnte. Die Opposition sah in dem Vorgehen der Landesregierung einen unlauteren Eingriff in den politischen Wettbewerb und eine wesentliche Beeinträchtigung der Chancengleichheit. Auch der 1. und der 4. Senat des Landesrechnungshofes von Nordrhein-Westfalen rügten die Landesregierung für den Einsatz von Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit im Wahlkampf. Der Chef der Staatskanzlei Schnoor erhob daraufhin massive Vorwürfe gegen den 4. Senat des Landesrechnungshofes, dessen Vereinigter Senat am Ende mit der ausschlaggebenden Stimme des Präsidenten die Vorwürfe gegen die Landesregierung als haltlos verwarf. Vertreter der CDU wiederum verwiesen auf die SPD-Mitgliedschaft des Rechnungshof-Präsidenten, der zudem vormals Staatssekretär gewesen sei, und betrachteten das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gegen die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes im Jahr 1976⁵² auch als „gebührende Abfuhr“ für die sozialliberale Regierung in Nordrhein-Westfalen.⁵³

In der ersten Märzhälfte 1977 kam es erneut zu einer heftigen Debatte im Landtag, in die auch die Absicht der Landesregierung einbezogen wurde, einen „Nordrhein-Westfalen-Report“ ins Leben zu rufen.⁵⁴ Dieser sollte als vierteljährliche Beilage in

⁵² Vgl. BVerfG, 02.03.1977 - 2 BvE 1/76, online unter: <http://dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Text=BVerfGE%2044,%20125;Volltextveroeffentlichung>; <http://www.telemedicus.info/urteile/Informationsrecht/Staatliche-Oeffentlichkeitsarbeit/404-BVerfG-Az-2-BvE-176-Oeffentlichkeitsarbeit.html> (Abrufe jeweils vom 21.04.2016).

⁵³ Vgl. hierzu etwa die Stellungnahme des Neusser Bundestagsabgeordneten und ehemaligen nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Heinz Günther Hüsche (CDU) „Ein BVG-Urteil und seine Konsequenzen“, in: Deutschland-Union-Dienst Nr. 49, 31. Jahrgang, S. 5-6, das Zitat S. 5 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291). Zur Person Hüsches vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00205; <http://www.huesch-und-partner.de/rechtsanwaelte/dr-heinz-guenther-huesch.html> (Abrufe jeweils vom 21.04.2016).

⁵⁴ Vgl. 1291. Kabinettt Sitzung, TOP I, 6 und 1301. Kabinettt Sitzung, TOP III, 1.

Tageszeitungen vertrieben werden.⁵⁵ Das Landespresseamt und die Pressereferenten der Ministerien sollten das Redaktionsteam stellen.⁵⁶

Schnoor räumte ein, dass vor dem Hintergrund der Entscheidung der Karlsruher Verfassungsrichter die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der Landesregierung während des Wahlkampfes 1975 in einem anderen Licht erschienen und „manche Äußerungen und manche Rechtsausführungen, die ich seinerzeit im Rechnungsprüfungsausschuß gemacht habe, heute anders gesehen werden müssen“⁵⁷. Allerdings habe die Regierung die Konsequenzen gezogen und beabsichtige künftig Zurückhaltung in Wahlkampfzeiten. Darüber hinaus sollten keine Informationsmaterialien der Landesregierung mehr über die Parteien an die Öffentlichkeit gebracht werden. Den Vertrieb des „NRW-Reports“ sehe er durch die Karlsruher Entscheidung gedeckt, die entsprechenden Maßnahmen der Landesregierung bewegten sich im verfassungsmäßigen Rahmen. Der Report diene lediglich der sachlichen Information der Bevölkerung und ergänze die übrigen Formen der Öffentlichkeitsarbeit wie Broschüren, Pressekonferenzen oder Pressegespräche.⁵⁸ Die Landesregierung wolle „informieren und nicht propagieren“⁵⁹. Nicht ganz eindeutig war in dieser Frage die Position des Innenministers. Hirsch bekannte sich zwar in der Öffentlichkeit ebenfalls zu dem Projekt eines „NRW-Reports“,⁶⁰ doch Teile der Medien und auch die Pressereferenten der Ressorts zählten ihn zum Kreis der Kritiker dieses Vorhabens.⁶¹

Die Kosten für den „NRW-Report“ veranschlagte die Landesregierung für zwei Ausgaben mit 1,6 Millionen DM – 600.000 DM für die Herstellung, eine Million DM für den Vertrieb.⁶² Gegen das Projekt bezog allerdings nicht nur die Opposition Stellung, sondern auch, was ein Novum in der nordrhein-westfälischen Landesverwaltung darstellte,⁶³ die Gesamtheit der Pressereferenten der Ministerien. Die Referenten brachten, wie die „Ruhr Nachrichten“ berichteten, „einstimmig schwere Bedenken“ gegen die Absichten der Landesregierung vor.⁶⁴ Man hege Zweifel, dass sich die Bevölkerung

⁵⁵ Vgl. die schriftliche Fassung des Gesprächs von Karl Fischer mit Herbert Schnoor im „Forum West“ des Westdeutschen Rundfunks, III. Programm, am 15. März 1977, unter dem Titel „Schnoor: ‚Nicht im Stil von Waschmittelreklame‘“ (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁶ Vgl. Art. „Streit um Zeitungsbeilagen der Regierung“ von Helmut Breuer, in: Rheinische Post vom 7. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁷ Zitiert nach derschriftlichen Fassung des Gesprächs von Karl Fischer mit Herbert Schnoor im „Forum West“ des Westdeutschen Rundfunks, III. Programm, am 15. März 1977, unter dem Titel „Schnoor: ‚Nicht im Stil von Waschmittelreklame‘“ (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁸ Vgl. ebd.

⁵⁹ Zitiert nach Art. „Schnoor: Kühn will informieren“ von Horst-Werner Hartelt, in: Düsseldorf Nachrichten vom 7. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁶⁰ Vgl. Art. „Streit um Zeitungsbeilagen der Regierung“ von Helmut Breuer, in: Rheinische Post vom 7. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁶¹ Vgl. hierzu die dpa-Meldungen lnw 016 pol „widerstand gegen nrw-report“ und lnw 027 pol „hirsch: keine bedenken“ vom 4. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁶² Vgl. 1301. Kabinettsitzung; dpa-Meldung lnw 018 pol „fuer dieses jahr 1,6 millionen mark“ vom 4. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁶³ Vgl. Kommentar „Der ‚NRW-Report‘“ von E. Aeckersberg, in: Ruhr Nachrichten vom 7. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁶⁴ Art. „Pressechefs gegen ‚NRW-Report‘“, in: Ruhr Nachrichten vom 7. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

durch eine amtliche Publikation wie den „NRW-Report“ beeinflussen lasse.⁶⁵ Da, wie es in der „Rheinischen Post“ hieß, „auch mehrere Minister“ ihre Skepsis zum Ausdruck gebracht haben sollten⁶⁶ – eine dpa-Meldung sprach in diesem Zusammenhang von „gravierende[n] einwaende[n]“ und nannte sogar die vermeintlichen oder tatsächlichen Gegner beim Namen⁶⁷ –, gingen beide Blätter davon aus, dass sich das Kabinett erneut mit der Sache befassen müsse.⁶⁸

Schnoor kritisierte die ablehnende Haltung der Pressereferenten scharf, vor allem was den Zeitpunkt des Votums betraf: „ihre bedenkenhaetten die damen und herrenaeusernkoeennen, bevor die landesregierung den report beschlossen hat“⁶⁹. Ihm gegenüber hätten die Regierungsexperten für Öffentlichkeitsarbeit der Überzeugung Ausdruck verliehen, „dass zeitungsbilagen noch die beste moeglichkeit seien, die buerger zu erreichen“. Zudem habe der Ministerpräsident seine Minister explizit darauf hingewiesen, dass über der Erstellung des „NRW-Reports“ nicht die übrigen Formen der Öffentlichkeitsarbeit vernachlässigt werden dürften. Letztlich konnte sich die Idee eines regelmäßig erscheinenden „NRW-Reports“ nicht durchsetzen.

Doch auch wenn das Kabinett diese Krise ganz zu Beginn seiner Tätigkeit ohne sichtbare Blessuren und personell unbeschadet überstand: Die Landesregierung startete bereits mit einer Hypothek in die neue Wahlperiode.

2.2. Die letzten Jahre der Ära Kühn

Neubesetzung des SPD-Landesvorsitzes

Der personelle Wechsel an der Spitze der Landesregierung bahnte sich bereits zu Beginn der Legislaturperiode an: Das dritte und letzte Kabinett Kühn zog die Reformbremse, um das bis zu diesem Zeitpunkt Erreichte zu sichern. Dieser Kurs der Konsolidierung irritierte, ja frustrierte viele der eigenen Parteifreunde, besonders in den beiden Landtagsfraktionen von SPD und FDP.⁷⁰ Zudem attestierte die Presse dem Ministerpräsidenten bereits einige Zeit vor seinem tatsächlichen Rücktritt Amtsmüdigkeit. So heißt es in dem Kommentar „Kühn steht im Schußfeld“ von Josef Braunleder, der anlässlich der HFG-Affäre⁷¹ am 12. Oktober 1977 in den Aachener Nachrichten erschien: „Schon lange will Kühn aufs Altenteil und politische Hobbys pflegen. Er ist der aktiven Politik müde. Und so regiert er wohl auch. Die Partei ist mit dem Landesvater schon länger unzufrieden. Jetzt hat auch zum erstenmal [sic!] die Fraktion öffentlich gegen ihn aufgemuckt“⁷².

⁶⁵ Vgl. Kommentar „Der ‚NRW-Report‘“ von E. Aeckersberg, in: Ruhr Nachrichten vom 7. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁶⁶ Vgl. Art. „Streit um Zeitungsbeilagen der Regierung“ von Helmut Breuer, in: Rheinische Post vom 7. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁶⁷ Dem Vernehmen nach handelte es sich um die Minister Hirsch, Girgensohn, Rau und Farthmann (vgl. dpa-Meldung lnw 016 pol „widerstand gegen nrw-report“ vom 4. März 1977 [LAV NRW R NW 756 Nr. 291]).

⁶⁸ Die Angelegenheit wurde im Kabinett zwischen März 1977 und dem Ende der achten Wahlperiode offenbar nicht weiter verfolgt.

⁶⁹ Zitiert nach dpa-Meldung lnw 027 pol „schnoor veraergert - das haetten pressereferenten fruher sagen sollen“ vom 4. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291). Dort auch das folgende Zitat.

⁷⁰ Düding, Parlamentarismus, S. 740f.

⁷¹ Vgl. hierzu Kap. 3.13. dieser Einleitung.

⁷² LAV NRW R NW 756 Nr. 291.

Zunächst war aber die Frage nach der Besetzung des SPD-Landesvorsitzes virulent. Der damals 54 Jahre alte Werner Figgen hatte Anfang Oktober 1976 erklärt, aus gesundheitlichen Gründen im Herbst des Folgejahres nicht wieder für den Parteivorsitz zu kandidieren. Zum einen war seine Partei zunehmend unzufrieden mit seiner Amtsführung, zum anderen berichtete die Presse, dass sich Figgen auch deshalb aus der aktiven Politik zurückziehen wolle, um seine schwerkranke Frau zu pflegen. Er hatte das Amt des Parteivorsitzenden seit 1973 innegehabt.⁷³ Sollten der SPD-Landesvorsitz und das Ministerpräsidentenamt künftig weiterhin voneinander getrennt werden, attestierte die Presse Kultusminister Girgensohn – der allerdings seine Ablehnung bekundete – gute Chancen für eine Wahl zum SPD-Landeschef. Für den Fall jedoch, dass beide Ämter in einer Person konzentriert werden sollten, räumte man den „sogenannten Kühn-Kronprinzen“ Farthmann, Posser und Rau die besten Aussichten auf die Nachfolge Figgens ein.⁷⁴ Die Wahl zum neuen SPD-Landesvorsitzenden auf dem SPD-Landesparteitag in Duisburg am 25. Juni 1977 verlief denkbar knapp: Nachdem der eindeutige Favorit Friedhelm Farthmann im direkten Anschluss an Figgens Rücktrittsproklamation seinen Hut in den Ring geworfen hatte, musste der zögernde Rau erst von Schnoor und Hans-Otto Bäumer regelrecht zu seiner Kandidatur genötigt werden. Mit einem – im Gegensatz zu seinem Kontrahenten – engagierten Auftritt vor den Parteitagsdelegierten traf er „den Nerv der Partei und kippte die Stimmung zu seinen Gunsten“⁷⁵. Dennoch lagen die Kandidaten bei der Abstimmung Kopf an Kopf: Während Farthmann im ersten Wahlgang sogar noch mit einer Stimme in Führung gelegen, das absolute Mehr jedoch verpasst hatte, sah der zweite und entscheidende Wahlgang dann Rau mit 158 zu 155 Stimmen vorne.⁷⁶

Die Forschung macht Raus persönliche Eigenschaften, nicht zuletzt sein rhetorisches Geschick, für seinen Sieg über den „hoch favorisierten“ Farthmann verantwortlich.⁷⁷ Farthmann selbst sieht die Ursache für sein Scheitern in eigenen Fehlern. So habe er, den vermeintlich sicheren Sieg vor Augen, den Einfluss und die Bedeutung der „Parteiapparate“, die „Parteibürokratie“ unterschätzt.⁷⁸ Auch habe er es nicht für möglich gehalten, dass eine Rede wie die Raus so viel bewirken könne.⁷⁹ Letztlich seien es jedoch seine, Farthmanns, Unabhängigkeit und sein Eigensinn gewesen, die ihn ins Hintertreffen hätten geraten lassen: „Erst [...] zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang habe ich die entscheidenden Stimmen verloren. Das kann nichts mehr mit der Rede zu tun gehabt haben. Ich glaube vielmehr, daß es damals viele Genossen gab, die gesagt haben: ‚Der Farthmann wird uns gefährlich, der [...] ist zu eigensinnig und

⁷³ Vgl. hierzu und zur Nachfolgefrage die ausführlichen Presseberichte in LAV NRW R NW 756 Nr. 165.

⁷⁴ Vgl. hierzu Art. „Figgen kandidiert nicht wieder“, in: Westfälische Rundschau vom 8. Oktober 1976; Art. „SPD-Landeschef Figgen tritt nicht wieder an“, in: Westfälischer Anzeiger und Kurier vom 8. Oktober 1976 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291); dpa-Meldung zu lnw 032 pol „farthmann laesst frage nach figgen-nachfolge offen“ (LAV NRW R NW 756 Nr. 165).

⁷⁵ Florack, Martin, Johannes Rau (1931-2006), in: Gösmann, Sven (Hrsg.), Unsere Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen. Neun Porträts von Rudolf Amelunxen bis Jürgen Rüttgers, Düsseldorf 2008, S. 154-181, hier S. 162.

⁷⁶ Vgl. ebd. S. 163.

⁷⁷ Mittag, Jürgen/Tenfelde, Klaus, Johannes Rau und die Zeitgeschichte. Vom Politiker zur politischen Biografie, in: Dies. (Hrsg.), Versöhnen statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte, Oberhausen 2007, S. 11-32, hier S. 20.

⁷⁸ Vgl. Farthmann, Blick, S. 190f.

⁷⁹ Vgl. ebd. S. 191.

zu dickköpfig. Der läßt uns nicht unsere Spielwiesen, und deswegen müssen wir den mal ausbremsen“⁸⁰. Mit Rau hätten sich die Delegierten für „den etwas Elastischeren, vielleicht auch für den damals Moderneren“ entschieden, „der mehr das Bildungsbürgertum in der SPD ansprach, die linke intellektuelle Schicht, die ja sehr gewachsen war im Laufe der sechziger und siebziger Jahre“⁸¹.

Farthmann sprach hier den Konflikt an, der sich um die Frage drehte, inwiefern und wie weit sich die SPD der Klientel und den Themen der „Grünen“ öffnen sollte. Er sieht den Abwärtstrend seiner Partei in dem Moment beginnen, „als das grüne Denken auch in unserer Partei Einzug hielt, als Randgruppenpolitik zum Herzstück wurde“⁸². Zugespißt formuliert: Traditionell ausgerichtete Sozialdemokraten wünschten eher, die Soziale Frage, die Gerechtigkeitsfrage im Blick zu behalten, während die „Modernisierer“ eine Öffnung hin zu neuen Wählerkreisen empfahlen.⁸³ Der Weg zu diesen sollte über die Frage nach der Emanzipation von Minderheiten und gesellschaftlichen Randgruppen führen.

Diese Debatte lag nicht zuletzt im Wandel der Mitgliederstruktur der SPD in Nordrhein-Westfalen begründet. Zwar konnte die SPD ihren Mitgliederbestand in quantitativer Hinsicht halten, ja sogar von etwa 200.000 Mitgliedern im Jahr 1968 auf annähernd 300.000 bis Mitte der 1970er Jahre ausbauen und – gegen den Bundestrend – bis Ende der 1980er Jahre auf diesem Niveau stabilisieren. Qualitativ aber wandelte sich die Partei gleichzeitig sukzessive von einer eher traditionellen (Fach-)Arbeiter- hin zu einer „breiten Arbeitnehmerpartei“, in deren Parteiämtern Repräsentanten der abhängig beschäftigten Mittelschichten und allgemein der Dienstleistungsberufe überproportional vertreten waren.⁸⁴ Die Entwicklung korrelierte durchaus mit der Abnahme des Anteils der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung: Um das Jahr 1980 herum übertraf der Bevölkerungsanteil der Angestellten deutschlandweit erstmals denjenigen der Arbeiter.⁸⁵ Diese Rahmenbedingungen blieben nicht ohne Wirkung auf die personelle Struktur von sozialdemokratischer Partei und Kabinett in Nordrhein-Westfalen.

Namentlich Christoph Zöpel war es, der sich für die Öffnung seiner Partei gegenüber neuen Adressatenkreisen aussprach. Hierüber geriet er Anfang 1980 in einen Disput mit dem nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Siegfried Bleicher, der über das sozialdemokratische Parteiorgan „Vorwärts“ ausgetragen wurde.⁸⁶ Die Auseinandersetzung entzündete sich an einem Beitrag

⁸⁰ Ebd. S. 191f.

⁸¹ Ebd. S. 192.

⁸² Ebd. S. 218.

⁸³ Vgl. Herbert, Ulrich, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert* (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert), München 2014, S. 982.

⁸⁴ Goch, Stefan, „Wir in Nordrhein-Westfalen“. Die SPD in den 1970er und 80er Jahren, in: Mittag, Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hrsg.), *Versöhnen statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte*, Oberhausen 2007, S. 97-122, hier S. 109-111. Dort auch das Zitat.

⁸⁵ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, *Am Ende des „sozialdemokratischen Zeitalters“*. Anmerkungen zur Biografie von Johannes Rau, in: Mittag, Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hrsg.), *Versöhnen statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte*, Oberhausen 2007, S. 337-344, hier S. 343.

⁸⁶ Vgl. hierzu Art. „Wege auseinander“, in: *Der Spiegel* Nr. 6 (4. Februar 1980), S. 43-45 dort auch die folgenden Zitate; ferner „Zöpel: ‚Kontroverse besteht im Prinzip nicht‘. Ein Interview mit dem Minister für Bundesangelegenheiten im ‚Deutschlandfunk‘ (5. Februar 1980)“ sowie Art. „Minister Zöpel legt sich mit dem DGB an“, in: *Welt der Arbeit* vom 17. Januar 1980 (LAV NRW R NW 756 Nr. 380).

Zöpels im „Vorwärts“, in dem es unter anderem hieß: „Die Bedeutung der solidari- schen Aktion für die Unterprivilegierten als Motivation für Parteipräferenzen nimmt wegen der Verbesserung der Lebensbedingungen ab“. Gegen diesen Trend zu einer „Partei der Intellektuellen“ – wie der „Spiegel“ schrieb – meldeten sich Gewerkschaf- ter und der „traditionelle“ Flügel der SPD zu Wort. Ein Mitglied des Landtags aus dem Ruhrgebiet monierte, dass die „Modernisierer“ „über Minderheiten und Bürgerinitiati- ven reden und so wenig über Renten und Sozialversicherung“.

Ebenso treffend wie anschaulich schildert Stefan Goch die Situation, in der sich die SPD im Laufe der 1970er Jahre zunehmend befand: „Sowohl aus Sicht von ‚Regie- rungssozialdemokraten‘ wie der auf Sozial- und Arbeitsmarktpolitik orientierten SPD- Teile waren die Umweltschutzbewegung bzw. die neuen sozialen Bewegungen ein ‚Modephänomen verwöhnter Bürgerkinder‘, die man nicht ernst nahm, zum Teil hart anging und damit in die Opposition zur SPD trieb“⁸⁷. Ein guter Teil der Partei, etwa der SPD-Bezirk „Westliches Westfalen“, wollte in der Sozialdemokratie auch künftig eher die „Schutzmacht der kleinen Leute“ sehen,⁸⁸ wengleich der Anteil der Arbei- ter in der Wählerschaft, aber auch in Partei, Gremien und Parlamenten kontinuierlich sank.⁸⁹ Hinsichtlich der Situation der SPD in Deutschland um etwa 1980 konstatiert Ulrich Herbert: „Ihre traditionelle soziale Basis, die Industriearbeiterschaft, schmolz dahin – 1980 waren nur noch 28 Prozent der Parteimitglieder Arbeiter, aber 36 Pro- zent Beamte und Angestellte. Die neuen Trägerschichten der Partei standen mit den alten Strukturen des sozialdemokratischen Milieus [...] kaum noch in Verbindung“⁹⁰. Diese Entwicklung stellte im westlichen Europa keinen Einzelfall dar, wie das Beispiel Frankreichs zeigt.⁹¹ So blieb es den „Grünen“ überlassen, sich als Partei der Minderhei- ten und Marginalisierten zu profilieren.⁹² Sie stießen mit „ihren Kernpunkten Ökologie, Abrüstung und Frauenpolitik“ in thematische Politikfelder vor, „welche die klassischen Parteien vernachlässigt oder grob unterschätzt hatten“⁹³.

Kabinettsumbildung

Erste personelle Veränderung im Kabinett gab es im Februar 1978 im Zuge der „Poul- lain-Affäre“, die zum Rücktritt von Finanzminister Friedrich Halstenberg führte und auch den Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten beschleunigte.⁹⁴

Halstenbergs Rücktritt zog weitere personelle Veränderungen im Kabinett nach sich: Diether Posser folgte Halstenberg im Amt des Finanzministers nach. Christoph Zöpel

⁸⁷ Goch, SPD, S. 114f.

⁸⁸ Vgl. ebd. S. 106.

⁸⁹ Vgl. ebd. S. 108-115.

⁹⁰ Herbert, Geschichte, S. 982.

⁹¹ Zu den Parallelen bei den französischen Arbeiterparteien – bei Sozialisten und Kommunisten – vgl. Bourdieu, Pierre, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 658), übersetzt von Bernd Schwibs und Achim Russer, 23. Auflage, Frank- furt am Main 2013, S. 636.

⁹² Mende, Silke, Von der „Anti-Parteien-Partei“ zur „ökologischen Reformpartei“. Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 273-315, hier S. 297.

⁹³ Herbert, Geschichte, S. 985.

⁹⁴ Vgl. hierzu Kap. 3.14. dieser Einleitung.

löste Inge Donnepp als Ministerin für Bundesangelegenheiten ab, die als „erfahrene Richterin“⁹⁵ von Posser das Justizministerium übernahm.

Das Ministerium für Bundesangelegenheiten erfuhr unter Zöpel eine gewisse Aufwertung: Seit Ende der 1960er Jahre durfte die Landesvertretung als „Ideenschmiede und politisches Labor für ganz Deutschland“⁹⁶ gelten. Ein Vorbild für die Repräsentanz des Landes in der (provisorischen) Bundeshauptstadt Bonn, für Zöpels Wirken in diesem Amt und für die neuen Akzente, die er zu setzen bemüht war, dürfte die „Inszenierung“ der Bundespolitik in Bonn gewesen sein. Zu nennen ist hier in erster Linie das Bundeskanzleramt. Von November 1949 bis Juli 1976 war das Palais Schaumburg dessen Sitz und zugleich Residenz der deutschen Bundeskanzler von Konrad Adenauer bis zu Helmut Schmidt. In dessen Regierungszeit fiel der Umzug in den neuen „76er-Bau“ an der Adenauerallee zum 1. Juli 1976, der seitens der Bundeskanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl regelmäßig als Forum für Kunst und Kultur genutzt wurde.⁹⁷

Der seit 1978 amtierende Minister für Bundesangelegenheiten Zöpel war bemüht, seine in der Nähe des Bundeshauses gelegene Landesvertretung in Bonn aufzuwerten und der interessierten Öffentlichkeit das Land Nordrhein-Westfalen – insbesondere das Ruhrgebiet – näherzubringen. Die „Westdeutsche Allgemeine“ zollte Zöpels Ansinnen Respekt: „Es mußte ja auch mal einer kommen, den es reizen würde, aus der Bonner NRW-„Botschaft“ das zu machen, was sich daraus machen läßt. Nachholbedarf ist unbestreitbar“⁹⁸.

Zöpel beabsichtigte, die eher rhapsodischen Initiativen seiner Vorgänger – Ministerin Inge Donnepp hatte beispielsweise den Ruhrfestspielen in Bonn ein Forum geboten – sowohl zu intensivieren als auch zu systematisieren. Auf drei Säulen sollte das Engagement in der Bundeshauptstadt beruhen: Auf der Wirtschaft, auf der Kultur und auf einer Präsentation der unterschiedlichen Regionen Nordrhein-Westfalens. Selbst die einzelnen Räume der NRW-Landesvertretung sollten künstlerisch ausgestaltet und ausgestattet werden. Für die Eröffnungsveranstaltung zur Ausstellung des Duisburger Wilhelm-Lehmbruck-Museums in der Bonner Landesvertretung Anfang des Jahres 1979 konnten die beiden Söhne Lehmbrucks, Guido und Manfred, gewonnen werden. Letzterer war als Architekt für den Bau des Lehmbruck-Museums verantwortlich gewesen. Die Lehmbruck-Brüder standen für Diskussionen über das Werk ihres Vaters zur Verfügung. Die Presse war durchaus angetan von derartigen Aktivitäten und wünschte Zöpels Unterfangen dauerhaften Erfolg: Man könne lediglich hoffen, „daß diese Initiative des jungen, dynamischen Ministers nicht durch die pol[it]ischen Alltagsgeschäfte behindert und gelähmt“ werde.⁹⁹

⁹⁵ Art. „Kabinettsumbildung: Bochumer Zöpel wird NRW-Minister“, in: Westfälische Rundschau vom 9. Februar 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁹⁶ Korfmann, Matthias, „NRW verliert Einfluss in Berlin“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 222 (22. September 2016), S. WRP 1.

⁹⁷ Vgl. hierzu Busse, Volker, Die Bonner Gebäude der Bundeskanzler in ihrer zeitgeschichtlichen Bedeutung, in: Bonner Geschichtsblätter 60 (2010), S. 175-195.

⁹⁸ Art. „Zöpel dokumentiert in Bonn Kultur-Landschaft Revier“ von Ernst Ney, in: Westdeutsche Allgemeine vom 10. Februar 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 379).

⁹⁹ Art. „Appetit auf NRW machen!“ von Hannes Schmidt, in: Neue Rhein Zeitung vom 10. Februar 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 379).

2.3. Wechsel des Ministerpräsidenten und Kabinettsumbildung

Der Wechsel von Kühn zu Rau

Eine bedeutende personelle Zäsur erlebte die Legislaturperiode mit dem „Wechsel des Steuermanns“¹⁰⁰, also dem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten von Heinz Kühn zu Johannes Rau. Der vorzeitige Rücktritt Kühns zeichnete sich bereits Anfang 1978 ab. So kam es Mitte Januar zu einer fünfstündigen Sitzung von SPD-Landtagsfraktion und Parteivorstand, in deren Verlauf Kühn entsprechende Signale aussandte.¹⁰¹ Der Düsseldorfer „Express“ machte bereits am 20. Januar Johannes Rau als Favoriten für die Nachfolge aus.¹⁰² Nachdem der Präsident des Landesverfassungsgerichtes in Münster, Diether Bischoff¹⁰³, als Kandidat für das Amt des Finanzministers in der Nachfolge Halstenbergs ausgeschieden war, kam es zu Überlegungen, ob nicht Schnoor der geeignete Mann für diesen Posten sei, da der ebenfalls zum Kandidatenkreis zählende Posser in diesem Falle Justizminister bleiben könne.¹⁰⁴ Der Kölner Oberbürgermeister John van Nes Ziegler hatte „unverhofft“, wie die „Westfälische Rundschau“ schrieb, nach einer Kühn gegenüber geäußerten vorläufigen Zusage auf das Amt im Justizressort verzichtet, um sich der im Herbst 1979 anstehenden Kölner Kommunalwahl widmen zu können.¹⁰⁵ Van Nes Zieglers Verzicht, der bei Posser für Überraschung sorgte, gab Anlass für weitere personelle Spekulationen: So wurde die Ministerin für Bundesangelegenheiten Inge Donnepp als künftige Justizministerin ins Gespräch gebracht, wobei sie auch weiterhin das Amt als Landesbeauftragte für Frauenfragen ausüben sollte. Die Bundesratsangelegenheiten sollten zurück in den Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei fallen, wo sie bis 1975 ressortiert hatten. Zugleich sollte der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Schnoor, in den Rang eines Ministers gehoben werden. Dass sich Kühn nicht dafür entschied, den – so die „Westfälische Rundschau“ – als „Wirtschafts- und Finanzfachmann“ „bestens geeignet[en]“ Zöpel in das Finanzressort zu berufen, sondern Posser mit diesem Amt betraute, wurde als Hinweis darauf gewertet, dass Kühn diesen gerne als seinen Nachfolger sähe und ihn entsprechend positionieren wolle.¹⁰⁶ Eine weitere in der Presse verhandelte Variante sah so aus, dass

¹⁰⁰ Düding, Dieter, Reform und Krisenmanagement. Die Jahre 1966 bis 1983, in: Reinicke, Christian/Romeyk, Horst (Red.), Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946-1996 (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen. Reihe C: Quellen und Forschungen, Bd. 36), Münster 1996, S. 417-441, hier S. 434.

¹⁰¹ Vgl. Art. „Kühn deutet vorzeitigen Rücktritt an“, in: Westfalen-Blatt vom 20. Januar 1978; Art. „Kühn will schon früher zurücktreten“, in: Kölnische Rundschau vom 20. April 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁰² Vgl. Art. „Kühn bereitet Rücktritt vor“, in: Düsseldorf-Express vom 20. Januar 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁰³ Vgl. http://www.vgh.nrw.de/pressemitteilungen/2014/14_140725/index.php; textgleich: http://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/01_archiv/2014/23_140725/index.php (Abrufe jeweils vom 22.03.2016).

¹⁰⁴ Vgl. Art. „SPD-Fraktion beklagt mangelnde Information“ von Klaus Simson, in: Westfalen-Blatt vom 20. Januar 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁰⁵ Art. „Kabinettsumbildung: Bochumer Zöpel wird NRW-Minister“, in: Westfälische Rundschau vom 9. Februar 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁰⁶ Art. „Nach Nes Zieglers Verzicht drehte sich Personalkarussell am Rhein“, in: Westfälische Rundschau vom 9. Februar 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

Rau das „weniger arbeitsaufwendige“¹⁰⁷ Ministerium für Bundesangelegenheiten übernehmen und Zöpel ihm als Wissenschaftsminister nachfolgen solle.¹⁰⁸

Das Kabinett war, was Kühns Nachfolge anbelangte, laut Presseberichten in zwei Lager geteilt: Justizministerin Donnep, Kultusminister Girgensohn, Arbeits- und Sozialminister Farthmann sowie Landwirtschaftsminister Deneke wurden Possers Lager zugerechnet, während Wirtschaftsminister Riemer, Bundesratsminister Zöpel und der Chef der Staatskanzlei Schnoor als Sympathisanten von Wissenschaftsminister Rau galten. Der scheidende Ministerpräsident sowie Innenminister Hirsch enthielten sich eines klaren Votums.¹⁰⁹

Auf dem Duisburger Sonderparteitag vom 17. September 1978 verweigerte fast die Hälfte der Delegierten Johannes Rau die Stimme, insbesondere – wie die Presse zu wissen vorgab – die Delegierten des bedeutenden und mit Abstand größten Parteibezirkes Westliches Westfalen, „prominente SPD-Landtagsabgeordnete“ wie der Fraktionsvorsitzende Haak sowie „Bonner Spitzengenossen, die seit Wochen [...] kräftig gegen Rau Stimmung gemacht haben sollen“¹¹⁰. Dieser „Block“ trat für Posser als Nachfolger Kühns ein. Auch Farthmann, der Rau ein Jahr zuvor im parteiinternen Wettstreit um den Landesvorsitz unterlegen war, zählte zu Raus innerparteilichen Gegnern.¹¹¹ Zu den Unterstützern Raus wurden hingegen Genossen aus dem Bergischen Land und dem Sauerland, aus Ostwestfalen und vom Niederrhein sowie von der Rheinschiene zwischen Duisburg und Bonn gezählt.¹¹² Auf Rau entfielen schließlich 161, auf Posser 150 Stimmen.¹¹³

Als letzte Hürde musste Rau nun die Abstimmung im Landtag nehmen. Da man „drei bis vier Genossen“, wie die „Rheinische Post“ schrieb,¹¹⁴ ein Nein-Votum gegen Rau zutraute und der FDP-Landtagsabgeordnete Jürgen Hinrichs nach einem schweren Verkehrsunfall in Berlin transportunfähig das Krankenlager hüten musste, nahm man die Wahl auch im Regierungslager nicht auf die leichte Schulter.¹¹⁵ Allerdings hatte der Vorsitzende des Bezirks Westliches Westfalen, Heinemann, unmittelbar nach dem Abstimmungsergebnis der Delegierten in Duisburg seine Loyalität zum frisch gekürten Ministerpräsidenten-Kandidaten Rau bekundet: „Johannes Rau kann sicher sein, daß wir ihn hundertprozentig unterstützen“¹¹⁶.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Vgl. ebd. und Art. „Kabinettsumbildung: Bochumer Zöpel wird NRW-Minister“, in: Westfälische Rundschau vom 9. Februar 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁰⁹ Vgl. Art. „NRW-Kabinett gespalten zwischen Posser und Rau“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Rhein Zeitung vom 30. August 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹¹⁰ Art. „Einigen Genossen würde man zutrauen.“ von Helmut Breuer, in: Rheinische Post vom 19. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹¹¹ Art. „Kühn-Nachfolge: Auch CDU glaubt nicht an einen Überraschungssieg“, in: Westfälische Rundschau vom 19. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹¹² Vgl. Art. „Einigen Genossen würde man zutrauen.“ von Helmut Breuer, in: Rheinische Post vom 19. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹¹³ Vgl. Düding, Reform, S. 435; Florack, Rau, S. 163.

¹¹⁴ Art. „Einigen Genossen würde man zutrauen.“ von Helmut Breuer, in: Rheinische Post vom 19. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹¹⁵ Vgl. ebd. sowie den Art. „Im Landtag ist kein Platz mehr frei“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Rhein Zeitung vom 19. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹¹⁶ Zitiert nach: Art. „Kühn-Nachfolge: Auch CDU glaubt nicht an einen Überraschungssieg“, in: Westfälische Rundschau vom 19. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

Einen Tag vor seinem Rücktritt brachte Kühn den Gedanken einer Neugliederung der Bundesländer ins Gespräch. Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der Bundesländer untereinander und mit dem Bund seien gleichartige Voraussetzungen in Größe sowie Finanz- und Wirtschaftskraft der einzelnen Bundesländer vonnöten.¹¹⁷ In der Konsequenz wäre ein Neuzuschnitt und – nicht zuletzt im Falle der Stadtstaaten – ein Zusammenlegen von Bundesländern vorzunehmen gewesen. Diese Planspiele wurden von der neuen Landesregierung unter Ministerpräsident Rau jedoch nicht ernsthaft weiterverfolgt. Am gleichen Tag startete Oppositionsführer Köppler einen Versuch, den Sozialdemokraten im letzten Augenblick den liberalen Juniorpartner auszuspannen und auf diese Weise die Koalition zu sprengen. Die Liberalen – namentlich der FDP-Landesvorsitzende Horst-Ludwig Riemer – waren vor der Wahl nicht müde geworden zu betonen, dass man Rau geschlossen unterstützen werde.¹¹⁸ Köpplers Angebot zu Koalitionsverhandlungen wurde seitens der FDP-Verantwortlichen abschlägig beschieden. Riemer betonte die Koalitionstreue seiner Partei und bekundete dem Koalitionspartner gegenüber Loyalität.¹¹⁹

Der aus dem Amt scheidende Ministerpräsident verlieh als letzte Amtshandlung dem CDU-Oppositionsführer und Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten Heinrich Köppler am 20. September 1978 den Stern des Großkreuzes zum Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland für seine Verdienste um das Land Nordrhein-Westfalen.¹²⁰ Am selben Tag erfolgte um 11:12 Uhr, so stand es in den Zeitungen zu lesen, mit dem Ende der Rücktrittserklärung der Wechsel des alten Ministerpräsidenten Heinz Kühn auf die Fraktionsbank, während der neue Landesvater Johannes Rau nach der Verkündung des Abstimmungsresultates um 12:45 Uhr die Regierungsbank besetzen durfte. Bei der Wahl, die der WDR in seinem Fernsehprogramm sowie auf seinen Rundfunkprogrammen WDR 1 und WDR 4 ab 11:00 Uhr live übertrug,¹²¹ stimmten vermutlich Regierungsfractionen und Opposition geschlossen für ihren jeweiligen Kandidaten.

Dem Ereignis wohnten neben Marianne Kühn Raus Mutter, Geschwister und weitere Verwandte auf der Besuchertribüne bei.¹²² Anders als sein Amtsvorgänger gab Rau unmittelbar nach seiner Wahl bekannt, sich von seinem Sitz im Verwaltungsrat des Westdeutschen Rundfunks trennen zu wollen. Der Opposition bot er einen argumentativen Politikstil an, den er „Streit aus Gründen des Prinzips“ vorziehe.¹²³

¹¹⁷ Vgl. Art. „Kühn sagt zur WELT: Bundesländer müssen neu geordnet werden“, in: Die Welt vom 20. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹¹⁸ Vgl. hierzu etwa den Art. „Riemer: Alle Stimmen der FDP für Rau“, in: Westfalen-Blatt vom 18. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹¹⁹ Vgl. hierzu die Art. „Köpplers Offerte läßt FDP-Chef Riemer kalt“, in: Ruhr Nachrichten vom 21. Juni 1978; „NRW: FDP bleibt bei der SPD“, in: Düsseldorf-Express vom 21. Juni 1978 sowie den Kommentar „Absage“ von Herbert Wagner, in: Ruhr Nachrichten vom 21. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹²⁰ Vgl. Art. „Kühns letzte Amtshandlung: Orden für Köppler“, in: Neue Rhein Zeitung vom 20. September 1978; Art. „Tausch mit Girgensohn möglich“ von Gerd Goch, in: Westdeutsche Allgemeine vom 20. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹²¹ Vgl. Art. „WDR überträgt Wahl“, in: Neue Westfälische vom 19. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹²² Vgl. Art. „Sogar von der Tribüne Beifall für Rau“ von Bernd Kleffner, in: Westfälische Rundschau vom 21. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹²³ Vgl. Art. „Rau bietet CDU ‚faire Zusammenarbeit‘ an“, in: Westfälische Rundschau vom 21. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

Kabinettsumbildung

Personell gab es nach dem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten einige Änderungen im Regierungsteam: Die Nachfolge Raus im Amt des Wissenschaftsministers war lange Zeit offen. Drei Kandidaten standen zur Auswahl, nachdem der SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Dieter Haak seinen Verzicht auf ein Ministeramt öffentlich gemacht hatte. Ihm wurden Ambitionen nachgesagt, unter Posser, für den er sich als Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt ausgesprochen und somit gegen Rau Stellung bezogen hatte, Finanzminister werden zu wollen. Nach Possers Niederlage sah er sich vermutlich nicht mehr in einer günstigen Ausgangsposition und verzichtete auf freien Stücken. Somit verblieben als Wunschkandidat der SPD-Landtagsfraktion der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans Schwier sowie als bevorzugte Kandidaten des designierten neuen Ministerpräsidenten der Chef der Staatskanzlei Herbert Schnoor sowie Professor Reimut Jochimsen, der seit 1973 als Staatssekretär im Bundesbildungsministerium und unter Willy Brandt als Planungschef im Bundeskanzleramt gewirkt hatte. Rau hielt Jochimsen für einen „exzellente[n] Hochschulpolitiker“¹²⁴. Da Jochimsen und Schnoor jedoch nicht der selbstbewussten Landtagsfraktion angehörten und diese ohnehin Schwier favorisierte, resümierte die „Westdeutsche Allgemeine“ wenige Tage vor der Entscheidung: „Wie Schnoor würde auch Jochimsen, der aus Niebüll im hohen Norden stammt, der ‚Bannfluch‘ der Fraktion gegen Außenstehende treffen. [...] So lief denn am Montag vieles für Schwier“¹²⁵. Auch die „Welt“ sah den 52-jährigen früheren Schulrat aus dem westfälischen Halle, der seit 1970 für die SPD im Landtag saß, in der „Favoritenstellung“. Er sei, da von der Fraktion unterstützt, „[a]ussichtsreichster Bewerber“¹²⁶. Tatsächlich jedoch gelangte mit Jochimsen – neben Farthmann und Hirsch – ein weiterer Nichtparlamentarier auf einen Ministerposten.

Schnoor, den Rau ebenfalls für einen „idealen Wissenschaftsminister“ hielt, sei in seiner Funktion als Chef der Staatskanzlei „unersetzbar“¹²⁷. Ähnlich sahen es, wie die „Westdeutsche Allgemeine“ konstatierte, die Genossen im Land: „Große Sympathien genießt Herbert Schnoor, der fünf Jahre lang Staatssekretär im NRW-Wissenschaftsministerium war, in der Fraktion, aber in der SPD sieht niemand einen Ausweg, wie Schnoor als oberster Beamter der Landesregierung, der alle administrativen Fäden in der Hand hat, ersetzt werden könnte“¹²⁸.

Landespressechef und Regierungssprecher Fritz Stallberg hatte angekündigt, mit Kühn seinen Abschied zu nehmen. Dieser hatte ihn 1966 als damaligen Pressesprecher der SPD von Bonn in die Landeshauptstadt geholt. Als Nachfolger Stallbergs waren zwei Kandidaten im Gespräch: Da der zunächst favorisierte Landtagspressechef Helmut Müller-Reinig bei Teilen der SPD auf Vorbehalte stieß, machte die Presse Raus Presse-

¹²⁴ Zitiert nach Art. „Rau bietet CDU ‚faire Zusammenarbeit‘ an“, in: Westfälische Rundschau vom 21. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹²⁵ Art. „Rau sucht Nachfolger: Drei sind im Gespräch“ von Gerd Goch, in: Westdeutsche Allgemeine vom 19. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹²⁶ Art. „Rau will kein großes Kabinetts-Revirement“ von Peter Weigert, in: Die Welt vom 19. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹²⁷ Zitiert nach Art. „Rau bietet CDU ‚faire Zusammenarbeit‘ an“, in: Westfälische Rundschau vom 21. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹²⁸ Art. „Tausch mit Girgensohn möglich“ von Gerd Goch, in: Westdeutsche Allgemeine vom 20. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

referentin, die ehemalige Düsseldorfer „Spiegel“-Korrespondentin Heidi Dörrhöfer-Tucholski¹²⁹, als weitere Kandidatin für diese Funktion aus.¹³⁰ Schließlich übernahm der mit Rau befreundete und für diesen als Berater tätige Müller-Reinig die öffentlichkeitswirksame Aufgabe als Landespressechef. Kühns Mitarbeiterstab in der Staatskanzlei sollte hingegen völlig aufgelöst werden.¹³¹ Zur Verabschiedung Kühns waren ein „Essen im Kreise des Kabinetts“ und ein großer Empfang vorgesehen.¹³²

Dem Kabinett Rau I gehörten als Minister und Ministerinnen an:¹³³

Dr. Horst-Ludwig Riemer (FDP): Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr (bis 13.11.1979; Stellvertreter des Ministerpräsidenten ab 19.11.1979; Dr. Burkhard Hirsch (FDP), Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr ab 19.11.1979; Liselotte Funcke)

Dr. Burkhard Hirsch (FDP): Innenminister

Dr. Diether Posser (SPD): Finanzminister

Inge Donnepf (SPD): Justizministerin

Jürgen Girgensohn (SPD): Kultusminister

Prof. Dr. Reimut Jochimsen (SPD): Minister für Wissenschaft und Forschung

Prof. Dr. Friedhelm Farthmann (SPD): Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dr. h. c. Diether Deneke (SPD): Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (bis 03.05.1979, ab 04.05.1979; Hans Otto Bäumer (SPD))

Dr. Christoph Zöpel (SPD): Minister für Bundesangelegenheiten.

Landwirtschaftsminister Deneke trat aus Protest gegen das umstrittene Projekt eines Ausbaus der Autobahn A 4 durch das Rothaargebirge bis nach Hersfeld, dessen Planung 1976/77 abgeschlossen war, im Jahr 1979 zurück, nachdem sich Ministerpräsident Rau unmissverständlich für den Autobahnausbau entschieden hatte.¹³⁴ Friedhelm Farthmann vermutet andere Hintergründe für den Rücktritt Denekes: „Der war einfach [nichts] weiter als [...] persönlich verletzt, weil er sich von Rau nicht genügend anerkannt fühlte, er [...] hatte immer Rau die Fahne gehalten, und Rau hat ihn dann ziemlich abtropfen lassen. Und da war er [...] mucksig und ist zurückgetreten. Das hatte [...] mit der A 4 [...] nichts zu tun“¹³⁵.

Einen letzten personellen Wechsel gab es im Landeskabinett recht knapp vor den Landtagswahlen: Riemer gab sein Ministeramt Mitte November 1979 an seine Parteifreundin Liselotte Funcke ab. Der Landesvorsitzende und „Spitzenkandidat“ der Liberalen wurde im November 1979 zum Verzicht auf sein Ministeramt regelrecht

¹²⁹ Vgl. <http://heinz-kuehn-stiftung.de/index.php/heide-doerrhoefer-tucholski> (Abruf vom 22.03.2016).

¹³⁰ Vgl. Art. „Rau will kein großes Kabinetts-Revirement“ von Peter Weigert, in: Die Welt vom 19. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹³¹ Vgl. Art. „Rau bietet CDU ‚faire Zusammenarbeit‘ an“, in: Westfälische Rundschau vom 21. September 1978; Art. „Rau siegessicher: SPD und FDP sind ‚einig wie nie‘“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Rhein Zeitung vom 20. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹³² Art. „Rau benennt den Nachfolger erst nach seiner Wahl“ von Gerd Goch, in: Westdeutsche Allgemeine vom 20. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹³³ Vgl. auch Düding, Parlamentarismus, S. 782.

¹³⁴ Vgl. Schütte, Leopold, Umweltschutz und Straßenbau – Die Autobahn durch das Rothaargebirge, in: Reinicke, Christian/Romeyk, Horst (Red.), Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946-1996 (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen. Reihe C: Quellen und Forschungen, Bd. 36), Münster 1996, S. 581-585, hier S. 585.

¹³⁵ Zeitzeugengespräch mit Friedhelm Farthmann am 21. Februar 2013 (LAV NRW R RWD Nr. 209).

gedrängt. Verantwortlich hierfür zeichnete nicht zuletzt die eigene Landtagsfraktion. Deren Unwillen hatte Riemer durch Alleingänge wie im Falle seiner Stellungnahme gegen den „Schnellen Brüter“ in Kalkar befördert.¹³⁶ Hinzu kam wohl, dass Riemer, so die mediale Einschätzung, weniger der große Auftritt vor Kameras und größeren Menschenansammlungen, sondern eher das Wirken und Netzwerken im Hintergrund lag. So hieß es Ende Mai 1975 in einem Kommentar der „Rheinischen Post“: „Kühns Kompagnon Riemer [...] lag nie der große Auftritt, die scharfe Debatte im Parlament. Er glänzt am liebsten im kleinen Kreis und bewies auch bei den jüngsten Koalitionsverhandlungen, deren Ergebnis man nur als klaren Erfolg der FDP werten kann, daß er ein Meister der Kabinettpolitik ist“¹³⁷.

Kühn selbst stand Ende 1978 auf der Wunschliste der SPD für das neu einzurichtende Amt des Bundesbeauftragten für ausländische Arbeitnehmer – auch „Bundesbeauftragter für Gastarbeiterfragen“ genannt –, dessen Einrichtung jedoch von CDU/CSU und FDP abgelehnt wurde.¹³⁸ Auch die „Personalkommission“ des Bundestages, bestehend aus jeweils zwei Vertretern von CDU/CSU und SPD sowie einem Vertreter der FDP, hatte sich einhellig gegen den Bundesbeauftragten-Posten ausgesprochen, was den Vertretern der SPD eine Rüge seitens ihres Fraktionsvorstandes einbrachte. Man habe allerdings, so berichtete die Presse, in der SPD zugegeben, dass die Nominierung Kühns „ein Fehlgriff“ gewesen sei. Das Finanzministerium beziffere die angesetzten Mittel für den Bundesbeauftragten ab Frühjahr 1979 auf 280.000 DM, darunter 30.000 Mark für einen neuen Dienstwagen, 35.000 DM für Reisen, 76.000 DM für einen Ministerialrat als Persönlichen Referenten, 55.000 DM für einen Chauffeur sowie 54.000 DM für zwei Sekretärinnen. Kühns Aufwandsentschädigung solle 6.000 DM betragen. Auf diese Weise vermeide man die Gefahr einer Kürzung von Kühns Pension. Schließlich endete die Angelegenheit für den ehemaligen Ministerpräsidenten mit einem Erfolg: Er konnte das Amt ungeachtet aller Widerstände antreten.¹³⁹

Rezeption Raus als Ministerpräsident

Anfangs hatte der neue Ministerpräsident durchaus mit Skepsis und Widerstand zu kämpfen. Die „Münstersche Zeitung“ sah in Rau „zunächst einmal ein[en] Regierungschef des Übergangs, dem seine Bewährungsprobe noch bevorsteht“¹⁴⁰. Die „Düsseldorfer Nachrichten“ konstatierten im Februar 1979, dass es 200 Tage nach der Wahl Raus zum Ministerpräsidenten, die eine regelrechte „Aufbruchstimmung“ erzeugt habe, inzwischen „weniger ‚auf‘ als ‚Bruch‘“ gebe.¹⁴¹ Die SPD-Fraktion gehe „nicht gerade sanft mit ihrem ersten Mann um“. Zu zaudernd und zu wenig öffentlichkeitswirksam

¹³⁶ Vgl. Düding, *Parlamentarismus*, S. 749f.

¹³⁷ Kommentar „Kabinettpolitik“ von Helmut Breuer, in: *Rheinische Post* vom 28. Mai 1975 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹³⁸ Vgl. hierzu und im Folgenden Art. „Tauziehen um den Auftrag an Kühn“ von Klaus Dreher, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 8. Dezember 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹³⁹ Vgl. auch Motte, Jan/Ohliger, Rainer, *Rückblick: 30 Jahre Kühn-Memorandum*, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/57143/rueckblick-30-jahre-kuehn-memorandum> (Newsletter „Migration und Bevölkerung“, Ausgabe 7/2009) (Abruf vom 26.04.2016).

¹⁴⁰ Kommentar „Programmgemäß“ von Wolfgang Thate, in: *Münstersche Zeitung* vom 21. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁴¹ Vgl. hier und im Folgenden Art. „Die Genossen machen Rau zu schaffen“ von Christoph Lütgert, in: *Düsseldorfer Nachrichten* vom 10. Februar 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

trete der Ministerpräsident in Erscheinung. Zudem kritisiere man die zu ausgeprägte Rücksichtnahme auf den Juniorpartner in der Koalition. Raus Sympathisanten führten demgegenüber ins Feld, dass der Ministerpräsident zwar unauffällig, aber konstant und integrativ agiere, was der Autor des Zeitungsartikels bestätigte: „Kabinettsmitglieder bekunden in Hintergrundgesprächen mit Journalisten unaufgefordert, unter Rau mache Regieren wieder mehr Spaß“. „Gereizt“, so heißt es in dem Artikel weiter, sei „die Stimmung im Verhältnis Fraktion – Kabinett“, was sich an dem Umstand ablesen lasse, dass selbst „Kleinigkeiten [...] zu brisanten Streitfällen aufgebauscht“ würden. Seit geraumer Zeit habe sich Unmut in der SPD-Fraktion angestaut, nicht zuletzt wegen der bereits vor Monaten ergangenen Ankündigung des Ministerpräsidenten, eine Ruhrgebietskonferenz einzuberufen, die sich insbesondere dem drückenden Problem der hohen Arbeitslosigkeit annehmen solle. Viele empfänden den Zeitraum bis zum voraussichtlichen Beginn der Konferenz im Mai 1979 als zu lang, denn die oppositionelle CDU habe zwischenzeitlich gehandelt und eine eigene Ruhrgebietskonferenz abgehalten, die auch zu konkreten Ergebnissen gekommen sei, etwa dem Entwurf eines 700 Milliarden DM schweren Hilfsprogramms für das Ruhrgebiet. Die von Rau avisierte Konferenz werde hingegen selbst in Regierungskreisen mit Skepsis beäugt. So mache der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Riemer, „keinen Hehl daraus, daß er sich von der Revierkonferenz wenig oder gar nichts verspricht“.

Gerd Goch hielt in der „Westdeutschen Allgemeinen“ fest, dass der neue Ministerpräsident „nicht den polemischen Biß“ seines Vorgängers besitze:¹⁴² „Er ist schlagfertig, wenn er auf Zwischenrufe antworten kann. Aber in der Sachdiskussion brilliert er nur dann, wenn es sich um Themen seiner Neigung handelt“. In der Ruhrgebietsdebatte sei Rau „gegenüber dem ätzenden Spott des Oppositionsführers für den Geschmack seiner Freunde viel zu defensiv“ aufgetreten. Rau wisse, dass ihm Entscheidungsschwäche vorgeworfen werde. Dass der Ministerpräsident nicht von seiner Fraktion verteidigt werde, gebe „zu denken“. So habe unlängst Koalitionspartner Riemer dem Regierungschef beispringen müssen. Dabei habe, so Goch, die Partei gewusst, wen sie mit Johannes Rau zum Ministerpräsidenten küerte, dass Rau ein „Politiker mit sanfter Ausdauer“ sei. Goch zufolge habe die SPD Rau „auch die Chance und die Zeit [zu] lassen, mit seinem Regierungsstil den Erfolg zu suchen“.

Letztlich jedoch erwies sich der Wechsel des Ministerpräsidenten für den neuen Amtsinhaber und seine Partei als Erfolgsgeschichte: Die Jahre unter Johannes Rau gelten zu Recht als die „goldenen Jahre“ der Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen. Dem neuen Landesvater gelang es, „in erstaunlich kurzer Zeit zu einem Ministerpräsidenten mit großer Popularität und zu einer Integrationsfigur des Landes“¹⁴³ zu werden. Unter Rau wurde der von Bodo Hombach ersonnene Slogan „Wir in NRW“ zur unwiderstehlichen Wahlkampfparole: Die SPD versuchte, sich der Bevölkerung als Staatspartei anzudienen.¹⁴⁴ Es wurde wieder Wert auf Homogenität gelegt – zumindest nach außen. Da die Partei die entscheidende Basis für Raus Wirken bildete, achtete er bei

¹⁴² Kommentar „Chance für Rau“ von Gerd Goch, in: Westdeutsche Allgemeine vom 10. Februar 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291). Dort auch die nachstehenden Zitate.

¹⁴³ Düding, Reform, S. 438. Meinungsumfragen im Vorfeld der Landtagswahl im Mai 1980 sahen Rau als Wunsch-Ministerpräsidenten von etwa der Hälfte der Befragten, während Herausforderer Biedenkopf lediglich 37 Prozent der Befragten präferierten (vgl. ebd.).

¹⁴⁴ Vgl. Florack, Rau, S. 163-165.

der Zusammenstellung seines Kabinetts strikt auf die Einhaltung eines „ausgeklügelten parteiinternen Proporzsystem[s]“¹⁴⁵. Es zeichnete sich in der verbleibenden Zeit bis zum Ende der Legislaturperiode das ab, was später charakteristisch für den Politikstil Johannes Raus werden sollte: eine „Ministerpräsidentendominanz“ bei gleichzeitiger „Konsensorientierung“¹⁴⁶. Mit Recht hat die Forschung darauf verwiesen, dass die strukturellen Voraussetzungen Raus individuelles Erfolgsrezept, sein Wirken zunächst als „parteipolitische Führungsfigur“, mit fortschreitender Zeit dann als „landesväterliche Integrationsfigur“ überhaupt erst ermöglichten: „Sicherlich kann der innerparteiliche Aufstieg von Rau auf den Umstand zurückgeführt werden, dass er innerhalb der Sozialdemokratie eine integrative Kraft verkörperte, die sowohl Parteitraditionen aufnahm, als auch eine neue, aufstiegsorientierte Klientel der Partei bediente“¹⁴⁷.

Farthmann bestärkt den Eindruck einer „Konsensorientierung“ der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten, wenn er rückblickend von der Landes-SPD als einer „Partei der biederen Wasserträger“ spricht, was sich unter Rau nicht geändert, ja vielmehr zementiert habe: „Sehen Sie sich die Bundestagsabgeordneten in den 60er und 70er Jahren an [...]: Das waren alles treue Partei-Soldaten, die ein unheimlich hohes Ansehen in ihrem Taubenverein, in ihrer Gewerkschaft, in ihrem Kleingartenverein hatten, [...] die aber weder ein Interesse noch die Fähigkeit hatten, politische Innovationen anzustoßen oder durchzusetzen. Insofern hat Johannes Rau eine Partei vorgefunden, die sich als Partei der parlamentarischen Absicherung, der Stabilität, der Ruhe und der Geschlossenheit verstanden hat. Er hat dann allerdings selbst [...] einen politischen Stil gepflegt, der diese verlässliche, ruhige Truppe weiter in diesem Status gehalten hat. Die Landesvorstandssitzungen waren [...] in den letzten Jahren reine Routineveranstaltungen. Sie dienten der Ausgabe von Sprachregelungen und Direktiven. Eine ernsthafte Debatte hat es kaum jemals gegeben“¹⁴⁸. Dieter Düding charakterisiert Raus Führungsstil als von „Dialog und Konsensbildung“ geprägt,¹⁴⁹ was der allgemeinen Wahrnehmung Raus in der Öffentlichkeit recht nahe kommen dürfte.

3. Inhaltliche Schwerpunkte der 8. Wahlperiode

Nachdem in der Bundesrepublik längere Zeit nahezu Vollbeschäftigung geherrscht hatte, musste sich die Politik Mitte der 1970er Jahre mit dem Phänomen der Massenarbeitslosigkeit auseinandersetzen, welches nicht zuletzt auch junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer respektive Arbeitssuchende betraf.¹⁵⁰ Innerhalb kurzer Zeit waren Zahl und Beschaffenheit der ergriffenen politischen Gegenmaßnahmen unüberschaubar. Das in der Bevölkerung zunächst noch stark ausgeprägte Vertrauen in staatliche Maßnahmen wie Sonderprogramme ließ schnell nach.

¹⁴⁵ Ebd. S. 165.

¹⁴⁶ Vgl. Korte/Florack/Grunden, *Regieren*, S. 382. Vgl. hierzu auch den Art. „Rau: Ich setze auf Kooperation“, in: *Rheinische Post* vom 10. Februar 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁴⁷ Mittag/Tenfelde, Rau, S. 20.

¹⁴⁸ Farthmann, *Blick*, S. 183f.

¹⁴⁹ Düding, *Reform*, S. 436.

¹⁵⁰ Vgl. hierzu Raithel, Thomas, *Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Entwicklung und Auseinandersetzung während der 1970er und 1980er Jahre* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 105), München 2012.

Als Rau im Jahr 1978 das „Zepter“ übernahm, erbten er und seine Mitstreiter am Kabinettsstisch weitere Herausforderungen: Die neue Landesregierung steuerte einer exorbitanten Neuverschuldung entgegen. Die Opposition sprach im Landtag von „Superverschuldung“¹⁵¹. Im Jahr 1979 wechselte Nordrhein-Westfalen beim horizontalen Finanzausgleich erstmals von der Seite der wohlhabenden Geberländer auf die Seite der „bedürftigen“ Nehmerländer.¹⁵² In haushalts- und finanzpolitischer Hinsicht hatten sich spätestens 1978 die Exponenten des linken Flügels der SPD-Landtagsfraktion – namentlich Jürgen Büsow¹⁵³ und der stark keynesianisch geprägte Christoph Zöpel – mit ihrer haushaltspolitischen Expansionspolitik gegen den Sparkurs von Finanzminister Halstenberg durchgesetzt, was das Selbstbewusstsein der Landtagsfraktion unterstrich. Neben einer Haushaltsausweitung stand nun der Personalaufbau im öffentlichen Dienst auf der Agenda.¹⁵⁴ Die Nettoverschuldung, die 1974 noch bei knapp 1,9 Milliarden DM gelegen hatte, durchbrach 1975 erstmals die 4-Milliarden-DM-Marke und stieg über 4,9 Milliarden DM im Jahr 1978 bis zum Jahr 1981 auf 10,5 Milliarden DM an, was annähernd 20 Prozent des Gesamthaushalts entsprach.¹⁵⁵

Ansonsten zeichnete sich die zweite Hälfte der achten Wahlperiode durch einen „reaktivierte[n] Reformelan“¹⁵⁶, eine „neu entfachte Reformglut“¹⁵⁷ aus, die das Kabinett Rau doch deutlich von seinem Vorgängerkabinett abhob. Bis zum Jahr der Landtagswahl 1980 wurde eine erstaunlich umfangreiche Agenda an Reformprojekten abgearbeitet oder doch zumindest in Angriff genommen: die gesetzliche Einführung des 10. Schuljahres für die Gesamtheit der Jugendlichen, das Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen, das den Bildungsauftrag der Fachhochschulen definierende und konkretisierende Fachhochschulgesetz, das nach einer Normenkontrollklage der Opposition vom Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen ausgesetzte Gesetz über die Eingliederung der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten, das mit der Einführung des Amtes eines Datenschutzbeauftragten verbundene Datenschutzgesetz sowie die Novellierung der Landesentwicklungspläne I und II aus den Jahren 1966 und 1970, die eine Einteilung der 396 nordrhein-westfälischen Gemeinden in Grund-, Mittel- und Oberzentren zur Folge hatte.¹⁵⁸

Welche Themen wurden nun aber im Kabinett behandelt? Es sind eindeutige Schwerpunkte erkennbar, welche die Landesregierung zum Teil ausschließlich in der achten Wahlperiode, zum Teil aber über einen längeren Zeitraum hin beschäftigten. Diese Themen werden im Folgenden schlaglichtartig vorgestellt.

¹⁵¹ Vgl. Düding, *Parlamentarismus*, S. 740f. und S. 743.

¹⁵² Vgl. Düding, *Reform*, S. 432.

¹⁵³ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00016 (Abruf vom 22.06.2016).

¹⁵⁴ Vgl. Düding, *Parlamentarismus*, S. 703-711.

¹⁵⁵ Vgl. Düding, *Reform*, S. 432-434; Hitze, Guido, *Verlorene Jahre? Die nordrhein-westfälische CDU in der Opposition 1975-1995 (Teil I: 1975-1985)* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 45), Düsseldorf 2010, S. 42.

¹⁵⁶ Ebd. S. 438.

¹⁵⁷ Ebd. S. 437.

¹⁵⁸ Vgl. hierzu ebd.

3.1. Landesentwicklung und Landesplanung¹⁵⁹

Bereits in der Gründungsphase des Landes Nordrhein-Westfalen spielte die Landesplanung eine bedeutende Rolle.¹⁶⁰ In der Folgezeit erfuhr das Thema steigende Wertschätzung und mündete in den 1960er Jahren in einen „Planungsoptimismus“¹⁶¹, in eine regelrechte „Planungseuphorie“. Obwohl diese Euphorie auch in der Folgedekade noch anhielt,¹⁶² stellte die Landesplanung von Beginn der achten Wahlperiode an einen Konflikt her, an dem sich Opposition und Kommunen in einer Frontstellung gegenüber den Vorstellungen der Landesregierung häufig genug abarbeiteten. Verstärkt wurde dieses Problem durch die seit Mitte der 1970er Jahre immer intensiver erörterten „Herausforderungen der Bürgerinitiativ-Bewegung an die konventionelle Repräsentationskultur“¹⁶³, wie sie sich bereits in der ersten Hälfte der Dekade gezeigt hatten. So wurde zum Beispiel das erste Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen – gegen die kommunale Gebietsreform – im Februar 1974 von etwa sechs Prozent der Wahlberechtigten unterstützt.¹⁶⁴ Getreu dem Motto „Big is beautiful“ wurden zwischen 1968 und 1976 die Grenzen von Städten, Landgemeinden und Kreisen neu festgelegt. In der Regel entstanden auf diese Weise deutlich größere Verwaltungseinheiten. Die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden sank von 2.292 auf 369, diejenige der Landkreise von 57 auf 31 und die der kreisfreien Städte von 37 auf 23. Auch hier war das Ziel der Politik die Effizienzsteigerung der Verwaltung.¹⁶⁵ Dabei konfigurierten politischer Gestaltungswille und „Planungseuphorie“ der Landesregierung mit dem sich immer häufiger artikulierenden Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach politischer Partizipation und aktiver Mitbestimmung quasi von der „Basis“ her.¹⁶⁶ Tatsächlich handelte es sich um eine „Reform für den Bürger, aber nicht mit dem Bürger“¹⁶⁷. So kann es nicht verwundern, dass einige Kommunen – etwa Wesseling – den Rechtsweg beschritten, um die kommunale Selbständigkeit wiederzuerlangen, und dass die neu gegründete Partei der „Grünen“ Ende der 1970er Jahre auf kommunaler Ebene die Bemühungen

¹⁵⁹ Vgl. Kabinettsitzungen 1254, 1256-1257, 1259-1260, 1263-1264, 1266, 1269, 1275, 1277-1279, 1281-1283, 1287-1288, 1290, 1293, 1297-1299, 1302-1303, 1305-1307, 1310, 1318, 1320, 1328, 1338, 1363, 1366, 1376, 1378, 1383-1384, 1389-1392, 1394-1399, 1401-1403, 1407, 1411, 1415-1419, 1421-1425, 1427-1429, 1431-1433.

¹⁶⁰ Vgl. beispielsweise Prager, [Stephan Friedrich] (Bearb.), Grundlagen der Landesplanung Nordrhein-Westfalen (Schriften des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen – Landesplanungsbehörde – Düsseldorf, Heft 8), Düsseldorf 1947.

¹⁶¹ Herbert, Geschichte, S. 805.

¹⁶² Vgl. Goch, Region, S. 301.

¹⁶³ Ruck, Michael, Tanker in der rauen See des Struktur- und Wertewandels. Repräsentation, Partizipation und Administration während der 1980er Jahre – eine Problemskizze, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 253-271, hier S. 258.

¹⁶⁴ Vgl. hierzu ausführlich Mecking, Sabine, Bürgerwille und Gebietsreform. Demokratieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965-2000 (Studien zur Zeitgeschichte 85), München 2012.

¹⁶⁵ Vgl. Nonn, Christoph, Geschichte Nordrhein-Westfalens (C.H.Beck Wissen in der Beck'schen Reihe), Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, München 2009, S. 99.

¹⁶⁶ Vgl. hierzu auch Arend, Rudolf, Bürger und kommunale Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen seit 1945. Ein Beitrag zur Landesgeschichte (Europäische Hochschulschriften III, Bd. 1074), Frankfurt am Main 2010.

¹⁶⁷ Mecking, Bürgerwille, S. 457.

um Rückgemeindungen unterstützte. Die Städte Erkrath und Meerbusch konnten ihre Eigenständigkeit im Frühjahr 1976 verteidigen: Der Regierungsgesetzentwurf – ein nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes in Münster notwendig gewordenes „Reparaturgesetz“ – zur Eingliederung des linksrheinischen Meerbusch und des rechtsrheinischen Erkrath nach Düsseldorf scheiterte am 20. Mai 1976 mit 92 zu 94 Stimmen bei sieben Enthaltungen denkbar knapp im Landtag.¹⁶⁸ Die Stadt Meerbusch hatte gegen ihre Aufteilung auf die Städte Düsseldorf, Krefeld und Neuss Klage erhoben. Der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen hatte am 13. September 1975 entschieden, dass das Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Mönchengladbach/Düsseldorf/Wuppertal vom 10. September 1974 mit Ausnahme der Teileingliederung nach Neuss nichtig sei.¹⁶⁹ Eindeutig schien allen Beteiligten lediglich die Tatsache, dass Nordrhein-Westfalen mit einem demographischen Wandel zu rechnen haben würde, mit einer Stagnation und schließlich einem Rückgang der Einwohnerzahl sowie damit einhergehend mit einer sinkenden Schülerzahl. Der Chef der Staatskanzlei Herbert Schnoor ging im Sommer 1976 davon aus, dass sich die Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens von 17,25 Millionen Ende 1973 auf 16,5 Millionen im Jahr 1985 verringern werde.¹⁷⁰ Der Landesentwicklungsplan I/II, der die Abgrenzung der Ballungkerne zum Ziel hatte und die zentralörtliche Gliederung sowie die Entwicklungsschwerpunkte festlegen sollte,¹⁷¹ geriet in die Kritik von CDU-Opposition, Kommunen und Medien, die einen staatlich-bürokratischen Dirigismus fürchteten, der sich selbst Ziel und Zweck sei. Im Oktober 1977 wandten sich sämtliche Landtagsabgeordneten der SPD¹⁷² aus dem Regierungsbezirk Detmold in einer – wie die „Neue Westfälische“ schrieb – „bisher noch nie dagewesenen Aktion“ schriftlich an die Landesregierung und forderten diese auf, trotz einer im Landesentwicklungsprogramm vorgesehenen „Herabstufung“ auch weiterhin die Finanzierung der elf Gemeinden Bad Driburg, Bad Meinberg, Barntrup, Beverungen, Brakel, Delbrück, Enger, Spenge, Steinheim, Vermold und Vlotho zu gewährleisten.¹⁷³ Der Bürgermeister von Ahlen und Landtagsabgeordnete der CDU Herbert Faust¹⁷⁴ sowie der Präsident des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes und SPD-

¹⁶⁸ Vgl. Art. „Meerbusch wird nicht aufgeteilt“, in: Düsseldorf Nachrichten vom 21. Mai 1976 (LAV NRW R NW 756 Nr. 165).

¹⁶⁹ Vgl. VerfGH 43/74, online unter http://www.vgh.nrw.de/entscheidungen/1990_und_vorher/index.php (Abruf vom 20.07.2016).

¹⁷⁰ Vgl. Schnoor, Herbert, Strukturpolitik am Niederrhein, in: Mitteilungen der I.H.K. Duisburg Nr. 13/14 vom 20. Juli 1976, S. 259-261, hier S. 259 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁷¹ So Rudolf Erberich in der Sendung „Forum West“ mit Henner Heyken, 7. April 1978, WDR III (gedruckte Version unter dem Titel „Landesplanung für verbesserte Lebenschancen“, LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁷² Es handelte sich um die Abgeordneten Brenne, Denzer, Hein, Meyer zur Heide, Rohe, Schlüter, Schwier, Trinius, Wegener und Wilmbuse.

¹⁷³ Vgl. Kleine Anfrage 999 vom 13. Oktober 1977, LT.-Drucksache 8/2459, online unter <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD08-2459.pdf>, und Antwort der Landesregierung vom 11. November 1977, LT.-Drucksache 8/2560, online unter <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD08-2560.pdf> (Abrufe jeweils vom 18.07.2016); Art. „Landesregierung läßt elf Gemeinden nicht fallen“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Westfälische vom 26. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁷⁴ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00042 (Abruf vom 18.03.2016).

Landtagsabgeordnete Rudolf Erberich¹⁷⁵ sahen die kommunale Selbstverwaltung sowie die „Entscheidungsfreiheit“ der Räte in Gefahr, wenn zu viele Kompetenzen an das Land abgetreten werden sollten. Unbeschadet aller Planung und aller zentralen Steuerung der kommunalen Selbstverwaltung müssten, so Erberich, im Sinne einer „bürgernahe[n] Verwaltung“ „echtes Mitwirkungsrecht“ und „Mitbestimmungsrecht“ auf kommunaler Ebene „absolut erhalten“ bleiben. Der Gedanke der kommunalen Selbstverwaltung dürfe nicht zugunsten des politischen Zieles einer „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ untergewichtet werden, da andernfalls die demokratische Partizipation auf der unteren politischen Ebene ausgehöhlt werde. Faust bekundete eine grundsätzliche Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Gestaltung des LEP I/II, nicht ohne zugleich mit Nachdruck zu betonen, dass „die Entscheidungs- und Planungshoheit der Gemeinden in keiner Weise durch Maßnahmen des Landes irgendwie eingeschränkt“ werden dürfe.¹⁷⁶ Die beiden Landesverbände der CDU kündigten politischen Widerstand gegen die staatliche Landesentwicklungsplanung in Nordrhein-Westfalen an. Frank Schürmann sprach in seinem Rundfunk-Kommentar vom 4. September 1978 von einem „zentralistische[n] und planungsbürokratische[n] Denkschema“, welches dem LEP zugrunde liege. Er verwies darauf, dass der Widerstand gegen den LEP I/II, ausgehend von Münsterland und Siegerland, längst Züge eines „Flächenbrand[es]“ angenommen habe, der „alle Parteien und Landtagsfraktionen“ erfasst habe. Ursache des vehementen Widerstandes sei die Befürchtung, dass eine ausufernde Staatsbürokratie durch ihren „Planungsfetischismus die verfassungsmäßig garantierte Selbstverwaltung der Gemeinden ausfüllen und damit die Entscheidungsfreiheit und die Eigenverantwortung der Bürger ersticken würde“¹⁷⁷. Selbst Innenminister Hirsch sprach angesichts des bürokratischen Charakters des Entwurfes – so Henner Heyken in der Sendung „Forum West“ am 7. April 1978 – von einer „inneren Distanz zu dieser absoluten Fachsprache“¹⁷⁸.

Seitens der Landesregierung und ihrer Fürsprecher verteidigten Staatssekretär Schnoor und der 1978 ins Amt gelangte Regierungspräsident von Köln Franz-Josef Antwerpes¹⁷⁹, bis 1978 SPD-Landtagsabgeordneter, die zunächst zur Diskussion gestellten Regelungen des LEP. Antwerpes argumentierte, das Land dürfe sich nicht auf eine Nachwächterfunktion zurückziehen, sondern müsse seinerseits eine Entscheidungsfreiheit auf dem Gebiet der Raumordnung für sich beanspruchen. Hinsichtlich der Funktion der Unterzentren sei einzig und allein die Frage umstritten, ob diese „auch künftig Mittel erhalten bei Neuansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben“¹⁸⁰. Schnoor hielt einen zentralen Entwicklungsplan sogar für lebensnotwendig für die

¹⁷⁵ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00038 (Abruf vom 18.03.2016).

¹⁷⁶ Vgl. hierzu die Äußerungen der beiden Politiker in der Sendung „Forum West“ mit Henner Heyken vom 7. April 1978, WDR III (gedruckte Version unter dem Titel „Landesplanung für verbesserte Lebenschancen“ in: LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁷⁷ Kommentar „Umstrittene Landesentwicklungsplanung“ von Frank Schürmann, in: Westdeutscher Rundfunk, II. Programm, 4. September 1978, 17:55 Uhr (gedruckt vorliegend in: LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁷⁸ Sendung „Forum West“ mit Henner Heyken vom 7. April 1978, WDR III (gedruckte Version unter dem Titel „Landesplanung für verbesserte Lebenschancen“ in: LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁷⁹ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00207 (Abruf vom 18.03.2016).

¹⁸⁰ Sendung „Forum West“ mit Henner Heyken vom 7. April 1978, WDR III (gedruckte Version unter dem Titel „Landesplanung für verbesserte Lebenschancen“ in: LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

kommunale Selbstverwaltung, würden doch auf diesem Wege „die Dinge fair objektiviert“ und einem zu starken Konkurrenzkampf zwischen benachbarten Kommunen ein Riegel vorgeschoben. In Abstimmung mit den Kommunen werde durch den LEP I/II garantiert, dass „gleichwertige Lebensbedingungen im Lande stattfinden“. Zuletzt dürfe nicht darüber hinweggesehen werden, dass auch solche Aufgaben in den Kompetenzbereich der kommunalen Selbstverwaltung fielen, welchen nicht nur kommunale, sondern auch überörtliche Bedeutung zukomme.¹⁸¹ Die mangelhafte Wohnqualität habe eine Abwanderung aus den Ballungszentren zur Folge. Zusammen mit dem prognostizierten Bevölkerungsrückgang führe dies zu einem Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum und – dort noch stärker ausgeprägt – in den Ballungszentren beziehungsweise „Ballungskernen“ des Ruhrgebiets.¹⁸² Schnoor führte am 7. Oktober 1976 in Schwelm vor nordrhein-westfälischen Oberkreisdirektoren aus, dass die Landesregierung bis zum Jahr 1990 mit einem Bevölkerungsrückgang um acht Prozent von 17 auf dann 15,7 Millionen Einwohner rechne. Daraus ergebe sich als Konsequenz, dass keine weiteren Bauflächen benötigt würden und folglich keine weiteren Baugebiete mehr auszuweisen seien.¹⁸³

Auch der Landesentwicklungsplan VI sah sich immer wieder einer scharfen Kritik ausgesetzt. So kritisierte im Frühjahr 1977 der eigentlich an die Weisungen der Landesregierung gebundene Regierungspräsident von Düsseldorf Achim Rohde (FDP) den Landesentwicklungsplan VI, anstatt diesen dem Bezirksplanungsrat zur Annahme zu empfehlen. Rohde forderte Nachbesserungen, insbesondere in der Standortfrage von Kraftwerken. Für seinen Regierungsbezirk lehnte er eine „Doppelausweisung“ von Standorten, die sich für atomare wie für konventionelle Kraftwerke eignen sollten, ab. Stattdessen empfahl er für den dicht besiedelten Düsseldorfer Bezirk den Bau von Kohlekraftwerken.¹⁸⁴

Im Oktober 1977 forderte auch der Landkreistag Nordrhein-Westfalen eine Prüfung und Reduzierung der Standorte, die für großflächige Industrieanlagen und für atomare oder konventionelle Kraftwerke ausgewiesen waren. Kritisiert wurde insbesondere die Nähe dieser Standorte zu Freizeit- und Erholungsschwerpunkten. Pars pro toto wurde das in Veltheim geplante Kraftwerk¹⁸⁵ genannt, das zwischen den Naherholungsgebieten

¹⁸¹ Vgl. ebd. Dort auch die Zitate.

¹⁸² Vgl. hierzu die Ausführungen von Staatssekretär Schnoor und dem FDP-Landtagsabgeordneten Herbert Neu in der Sendung „Forum West“ vom 7. April 1978 (ebd.).

¹⁸³ Vgl. Art. „Weniger Baufläche notwendig“, in: Westfälische Rundschau vom 8. Oktober 1976 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁸⁴ Vgl. Art. „Regierungspräsident kontra NRW-Kabinett“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Rhein Zeitung vom 3. Mai 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291) und den Kommentar „Regierungspräsident streitet mit der Regierung“ von Horst-Werner Hartelt im Westdeutschen Fernsehen, 3. Mai 1977, 19:55 Uhr (schriftliche Fassung in ebd.).

¹⁸⁵ Zur 1959 gegründeten Gemeinschaftskraftwerk Weser GmbH (GKW) – seit 2004 Gemeinschaftskraftwerk Veltheim GmbH vgl. <http://www.gkw-weser.de/> (Abruf vom 05.04.2016); die ehemalige Homepage unter <http://www.gk-veltheim.de/> (Abruf vom 04.12.2012) ist inzwischen deaktiviert, das Kraftwerk seit Ende März 2015 stillgelegt (vgl. hierzu Lyrath, Stefan, Gemeinschaftskraftwerk Veltheim macht dicht – und dann?, unter: http://www.mt.de/lokales/porta_westfalica/10724493_Das_Kraftwerk_macht_dicht_-_und_dann.html; ferner <http://www.westfalen-blatt.de/OWL/Lokales/Kreis-Minden-Luebbecke/Porta-Westfalica/2109725-300-Fluechtlinge-kommen-in-leer-stehendem-Buerogebaeude-unter-Kraftwerk-wird-zur-Notunterkunft> [Abrufe jeweils vom 05.04.2016]).

„Großer Weserbogen Costedt“¹⁸⁶ (Kreis Minden-Lübbecke) und Varenholz¹⁸⁷ (Kreis Lippe) angesiedelt gewesen wäre.¹⁸⁸

Der SPD-Unterbezirkvorsitzende von Recklinghausen, Horst Niggemeier, unterstützte dagegen im Frühjahr 1977 die Bemühungen von sechs SPD-Landtagsabgeordneten, die Landesregierung dazu zu bewegen, kurzfristig und unabhängig von der Erstellung des Landesentwicklungsplans Standorte für Kohlekraftwerke mit einer Gesamtleistung von 6.000 Megawatt auszuweisen. Ausschlaggebend für diese Initiative war die seitens der Staatskanzlei angekündigte Verzögerung der Kraftwerks-Standortfindung für den Landesentwicklungsplan VI.¹⁸⁹

Im Spätsommer 1978 unterzog die Landesregierung den Landesentwicklungsplan VI erheblichen Korrekturen: Statt 28 wurden nun lediglich 16 Standorte für Kraftwerke ausgewiesen, darunter zwölf für konventionelle Kohlekraftwerke und vier für atomare Anlagen. Gleichzeitig wurden die für industrielle „flächenintensive Großanlagen“ reservierten Zonen um sechs auf 15 reduziert.¹⁹⁰

Etwa zeitgleich stellte der Chef der Staatskanzlei, Schnoor, in einem am 25. September 1978 unter dem Titel „Noch nichts entschieden“ abgedruckten Leserbrief an die Neue Rhein Zeitung fest, dass „der Landesentwicklungsplan VI nicht über die Errichtung von bestimmten Industrieanlagen und Kraftwerken entscheidet, sondern lediglich entsprechende Flächen sichern und anbieten soll“. Ferner stellte Schnoor klar, dass die Standorte Alpen am Niederrhein und Köln-Langel keineswegs bereits endgültig als mögliche Kraftwerksstandorte in den Landesentwicklungsplan aufgenommen worden seien. Es handele sich lediglich um verwaltungsinterne Vorüberlegungen.¹⁹¹ Insofern war die Landesregierung bemüht, die Situation zu beruhigen und „Dampf aus dem Kessel“ zu lassen.

„Problemzone“ Ruhrgebiet

Die Mitte der 1970er Jahre einsetzende Stahlkrise rückte eine „wirtschaftliche Problemzone Nordrhein-Westfalens“¹⁹² in den Fokus der Landespolitik: das Ruhrgebiet. Bezüglich der Arbeitslosenquote öffnete sich ab 1975 die Schere zwischen dem Ruhrgebiet und dem Landesdurchschnitt.

Mit dem „Gesetz über den Kommunalverband Ruhrgebiet“ vom 18. September 1979 trat am 1. Oktober desselben Jahres der „Kommunalverband Ruhrgebiet“ (KVR) ins Leben, der unter anderem für die regionale Koordinierung der Abfallbeseitigung, die Verwaltung von Freizeit- und Erholungsanlagen, das Vermessungswesen, die Landschaftspflege und die regionale Öffentlichkeitsarbeit zuständig war, die regionalpla-

¹⁸⁶ Zur gleichnamigen Freizeitanlage vgl. <http://www.grosserweserbogen.de/> (Abruf vom 05.04.2016).

¹⁸⁷ In der Vorlage „Vahrenholz“ – gemeint ist das Gebiet rund um den Ortsteil Varenholz der Gemeinde Kalletal mit Schloss Varenholz, das eine private Realschule mit angeschlossenem Internat beherbergt (vgl. <http://www.schloss-varenholz.de/> [Abruf vom 05.04.2016]).

¹⁸⁸ Vgl. Art. „NRW-Landkrestagkritisiert den Entwicklungsplan“, in: Westfalen-Blatt vom 17. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁸⁹ Vgl. dpa-Meldung Inw 033 pol „energie – gegen verzögerungen bei standort-entscheidungen“ vom 11. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁹⁰ Vgl. Art. „In NRW weniger Standorte für Kraftwerke-Bau“ von Eckhard Hohlwein, in: Westdeutsche Allgemeine vom 7. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

¹⁹¹ LAV NRW R NW 756 Nr. 291.

¹⁹² Hier und im Folgenden Düding, Reform, S. 432.

nerische Kompetenz seiner „Vorgängerinstitution“, des „Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk“ (SVR), jedoch einbüßte.¹⁹³ Eine einheitliche Mittelinstanz wurde für das Ruhrgebiet nicht geschaffen. Es blieb weiterhin auf drei Regierungsbezirke verteilt, welchen die mit Vertretern der kommunalen Selbstverwaltung besetzten Bezirksplanungsräte als staatliche Instanzen zur Seite standen. Deren Kompetenzen erstreckten sich „auf so wichtige Planungsfelder wie Städtebau, Wohnungsbau, Schul- und Sportstättenbau, Krankenhausbau, Freizeit- und Erholungswesen, Straßenbau, Landschaftspflege, Wasserwirtschaft und Abfallbeseitigung“¹⁹⁴.

Johannes Rau hatte bereits in seiner Regierungserklärung eine „Regionalkonferenz“ für das Ruhrgebiet in Aussicht gestellt, die sich mit den gravierenden Problemen der Region befassen sollte. In die Vorbereitungen, in die sich der Ministerpräsident auch persönlich einbrachte, wurden neben dem Kabinett, der Staatskanzlei und den Koalitionsfraktionen auch die (Ober-)Bürgermeister der Ruhrgebietsstädte mit einbezogen.¹⁹⁵

Für den 8. und 9. Mai 1979 berief die Landesregierung die erste Ruhrgebietskonferenz nach Castrop-Rauxel ein, an der Vertreter von Landes- und Bundesregierung, Landtagsabgeordnete, Kommunalpolitiker, Arbeitgeber sowie Gewerkschafts- und Kirchenvertreter aus dem Ruhrgebiet teilnahmen.¹⁹⁶ Aus dieser Konferenz resultierte ein mehrjähriges Handlungsprogramm, für das von 1980 bis 1984 Finanzmittel in Höhe von 6,6 Milliarden DM vorgesehen waren.¹⁹⁷ Dieses im September 1979 vorgelegte „Aktionsprogramm Ruhr“ war Ausdruck der „Planungseuphorie“, die sich der Politik seit den 1960er Jahren bemächtigt hatte. Es war somit Teil und Fortsetzung einer ganzen Reihe von Programmen der Landesregierung in diesen und in den folgenden Jahren: Dem Entwicklungsprogramm Ruhr (1968) folgten das Nordrhein-Westfalen-Programm (1970), Technologieprogramme, das Aktionsprogramm Ruhr (1979), das Umweltprogramm NRW (1983), gegen Ende der 1980er Jahre schließlich die Zukunftsinitiativen Montanregionen und Nordrhein-Westfalen sowie die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park.¹⁹⁸ Die Programme auf Landesebene fügten sich ein in einen bundespolitischen Rahmen von Konjunkturprogrammen, die in ihrer Wirkung jedoch begrenzt blieben.¹⁹⁹

Das „Aktionsprogramm Ruhr“ unterschied sich in vier Punkten maßgeblich von seinem „Vorgängerprogramm“, dem „Entwicklungsprogramm Ruhr“: a) Der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde ein noch größerer Stellenwert beigemessen; b) der Förderschwerpunkt „neue Technologien“ war völlig neu und zielte namentlich auf die neuen Wachstumsbranchen wie Mikro- und Messelektronik ab; c) dem Umweltschutz kam größere Bedeutung zu, beispielsweise hinsichtlich der Förderung von Entstaubungs- und Entschwefelungsanlagen; d) die „Kohlevorrangpolitik“ wurde nochmals hervorgehoben, was seinen Ausdruck im beabsichtigten Um- und Neubau von Steinkohlekraftwerken fand. Für diese Umbau- und Neubaupläne war die größte Teilför-

¹⁹³ Vgl. hierzu Goch, *Region*, S. 297-300.

¹⁹⁴ Ebd. S. 298.

¹⁹⁵ Vgl. Düding, *Reform*, S. 436.

¹⁹⁶ Vgl. ebd.

¹⁹⁷ Vgl. Zöpel, Christoph, *Weltstadt Ruhr*, Essen 2005, S. 7. Düding, *Reform*, S. 437 spricht von 6,9 Milliarden DM, wobei sich der Bund mit 1,4 Milliarden DM an dieser Summe beteiligen sollte.

¹⁹⁸ Vgl. Goch, *SPD*, S. 106.

¹⁹⁹ Vgl. Pöttsch/Hoffmann, *Bundesrepublik*, S. 5, S. 29.

dersumme des Programmes vorgesehen.²⁰⁰ Insgesamt betrachtet, handelte es sich beim „Aktionsprogramm Ruhr“ um das damals „größte regionale Förderungsprogramm in der Bundesrepublik“²⁰¹.

3.2. Strukturwandel²⁰²

Als hochindustrialisiertes Bundesland traf der Strukturwandel aufgrund der konjunkturellen und strukturellen Krisen, insbesondere in den Wirtschaftssektoren Kohle und Stahl, Nordrhein-Westfalen und namentlich das Ruhrgebiet besonders hart.²⁰³ Während der Höhepunkt der Kohlekrise zu Beginn der achten Wahlperiode bereits überschritten war – von ehemals 142 Zechen im Ruhrgebiet waren im Jahr 1978 gerade noch 31 in Betrieb –, fiel der Beginn der Eisen- und Stahlkrise quasi mit dem Beginn der Legislaturperiode zusammen: Nachdem die Rohstahlerzeugung im Land Nordrhein-Westfalen 1974 mit nahezu 35 Millionen Tonnen das Allzeithoch seit Gründung des Landes erreicht hatte,²⁰⁴ fiel die jährlich produzierte Rohstahlmenge zwischen 1974 und 1978 von knapp 35 auf ca. 26 Millionen Tonnen,²⁰⁵ während sich quasi im gleichen Zeitraum, von 1974 bis 1977, das Außenhandelsaldo der europäischen Stahlindustrie von 27 auf neun Millionen Tonnen pro Jahr verringerte und demnach um zwei Drittel schrumpfte.²⁰⁶ Dennoch wuchsen die Produktionskapazitäten der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie kontinuierlich weiter, so dass im Jahr 1979, gleichsam als Folge dieser ambivalenten Entwicklung, ein Drittel der bundesdeutschen Rohstahlproduktionskapazität in Höhe von 69 Millionen Tonnen ungenutzt blieb. Lange Zeit verkannte man, dass sich die Stahlbranche nicht nur in einer konjunkturellen, sondern in einer strukturellen Krise befand. Gründe hierfür waren unter anderem die nachhaltige „Ersetzung von Stahl durch andere Materialien und verbesserte Fertigungsverfahren“²⁰⁷. Betroffen hiervon waren auch die Zulieferbetriebe und weiterverarbeitende Industrien.²⁰⁸ Auf der anderen Seite eröffnete der Niedergang der Montanindustrie neue Möglichkeiten im Bereich der Industriekultur- und Denkmalpflege.²⁰⁹ Allerdings handelte

²⁰⁰ Vgl. Düding, Reform, S. 436.

²⁰¹ Ebd. S. 437.

²⁰² Vgl. Kabinettsitzungen 1263-1266, 1268, 1282, 1284, 1296, 1305, 1313, 1337, 1340-1341, 1345-1346, 1348, 1351, 1358, 1363, 1365, 1375-1376, 1378, 1380-1384, 1390, 1394-1398, 1400-1403, 1405, 1407-1408, 1415, 1417-1419, 1422-1425, 1427-1431.

²⁰³ Goch, SPD, S. 116 spricht sogar von einem „NRW-spezifische[n] Thema Strukturwandel“. Vgl. zum Strukturwandel speziell im Ruhrgebiet auch Goch, Stefan, Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Beiträge, Bd. 10), Essen 2002.

²⁰⁴ Vgl. Lauschke, Karl, Wandel und neue Krisen: Die alten Industrien in den 1970er und 1980er Jahren, in: Goch, Stefan (Hrsg.), Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, Bd. 16), Münster 2004, S. 136-162, hier S. 138.

²⁰⁵ Vgl. Lauschke, Karl, „Wir werden den Weg der Zusammenarbeit suchen“. Die Kohlen- und Stahlkrise, in: Mittag, Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Versöhnen statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte, Oberhausen 2007, S. 179-192, hier S. 179-181.

²⁰⁶ Vgl. hierzu und im Folgenden Lauschke, Wandel, S. 144f.

²⁰⁷ Vgl. Nonn, Geschichte, S. 107.

²⁰⁸ Vgl. ebd.

²⁰⁹ Vgl. hierzu etwa die Übersicht über die „Route der Industriekultur“: Lange, Detlef (Red.), route industriekultur (Industrial Heritage Trail). Entdeckerpass (Discovery Pass), hrsg. vom Regionalverband Ruhr/RVR-Betrieb Route der Industriekultur, [Spangenberg] 2015.

es sich bei den genannten Bemühungen um Ausgleich und Abfederung der Folgen des Strukturwandels kaum um eine angemessene Kompensation für die wegfallenden Industriezweige und die mit diesen verbundenen Arbeitsplätzen.

Stilllegungen von Zechen und Hochöfen

Ein Umdenken im Umgang mit dem industriellen Erbe an Rhein und Ruhr hatte bereits Ende der 1960er Jahre eingesetzt.²¹⁰ Dabei erfasste der Bewusstseinswandel gleichermaßen Bevölkerung und Politik. So waren an der Gründung der Essener Initiative Zentrum Zeche Carl e. V. 1977 Bürger, Jugendliche und kirchliche Kreise beteiligt. Diese Initiative trug maßgeblich zur Umwidmung der Anlage in ein Kulturzentrum bei, so dass auch der dazugehörige Malakowturm aus dem Jahr 1899 erhalten blieb. Auch die Maschinenhalle der Zeche Zollern II/IV in Dortmund-Bövinghausen hatte es Ende der 1960er Jahre dem Druck aus der Bevölkerung zu verdanken, dass sie vom geplanten Abriss verschont blieb.

Früher als in anderen Bundesländern – was angesichts der Größe des Landes sowie der ausgeprägten Kohle- und Stahlindustrie nicht weiter verwundert – entwickelte auch die Politik einen Sinn für das industrielle Erbe.²¹¹ Die nordrhein-westfälische Landesregierung erklärte auf Betreiben des Kulturausschusses des Landtags in ihrem 1970 vorgestellten und auf die Dauer von fünf Jahren angelegten „Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“ Bauwerke zu erhalten, welche zur Dokumentation der Technik- und Wirtschaftsgeschichte Nordrhein-Westfalens geeignet seien: so etwa „Fördertürme, Maschinenhallen, Schleusen und Schachtgebäude“. In den Jahren 1973 und 1974 konnten das Westfälische und das Rheinische Amt für Denkmalpflege die deutschlandweit ersten Planstellen für Industriedenkmalpflege besetzen. Die Verabschiedung des Denkmalschutzgesetzes erfolgte in Nordrhein-Westfalen jedoch später als in anderen Bundesländern. Dafür wurden explizit industrielle Objekte in die Schutzbestimmungen mit einbezogen.

Angesichts der zweiten Ölkrise im Jahr 1979 entschied die 1968 ins Leben gerufene Einheitsgesellschaft für den Bergbau an der Ruhr, die Ruhrkohle AG (RAG), die erst kurz zuvor beschlossene Reduzierung der täglichen Fördermenge in der Essener Zeche Zollverein von 12.000 auf 8.000 Tonnen sowie die Verminderung der Beschäftigtenzahl von 5.000 auf 3.000 auszusetzen.²¹² Die endgültige Stilllegung erfolgte dennoch nur wenige Jahre später, Ende 1986. Das Kesselhaus wurde hingegen bereits in der achten Wahlperiode, im Jahr 1977, aufgegeben.²¹³ Der Weg zur Umwidmung in eines der herausragenden Industriedenkmäler Nordrhein-Westfalens war somit frei. Im November 1998 wurde die Stiftung Zollverein von Land und Stadt gegründet, deren Ziel die Öffnung des Denkmals für die Öffentlichkeit ist.²¹⁴

Weitere wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Sicherung und Präsentation der Industriegeschichte in Nordrhein-Westfalen waren die Gründungen des Westfälischen

²¹⁰ Vgl. zu diesem Abschnitt Durchholz, Ute/Pfeiffer, Marita, Auf dem Weg in die Zukunft: Zollverein nach der Stilllegung, in: Stiftung Zollverein (Hrsg.), Welterbe Zollverein. Geschichte und Gegenwart der Zeche und Kokerei Zollverein, Essen 2008, S. 109-170, hier S. 112f.

²¹¹ Vgl. hierzu und im Folgenden ebd. S. 113f.

²¹² Vgl. ebd. S. 109.

²¹³ Vgl. ebd. S. 124.

²¹⁴ Vgl. ebd. S. 151.

und des Rheinischen Industriemuseums in den Jahren 1979 und 1984 durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe beziehungsweise den Landschaftsverband Rheinland. Grundidee war jeweils die Musealisierung an authentischen Stätten, insbesondere in historischen Industrieanlagen, die auf diesem Wege eine Umwidmung der Nutzung erfuhren, was ein wesentlicher Beitrag zum dauerhaften Erhalt derartiger Industriedenkmäler war.²¹⁵

Die Entwicklung und Vermarktung von brachliegenden Flächen oblag seit 1980 der im Auftrag des Landes tätigen Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen (LEG). Der Weg „[v]on der Kohle zur Kultur“ wurde nun konsequent weiter beschritten.²¹⁶

Von Stilllegungen betroffen waren ferner die Hütten und Hochöfen an Rhein und Ruhr. Die Thyssen Niederrhein AG Hütten- und Walzwerke in Oberhausen, die zur August Thyssen-Hütte AG in Duisburg-Hamborn gehörte, legte ihren Hochofen in Oberhausen zum 1. Juli 1979 still. Gleichzeitig wurde der erste Schritt zur Schließung des mit dem Hochofen verbundenen Kraftwerks getan. Die Stilllegung des Hochofens kostete 380 Personen, die Teilstilllegung des Kraftwerks 65 von 135 Mitarbeitern den Arbeitsplatz. Die Beschäftigten kamen beim Unternehmen selbst unter oder wurden von der Muttergesellschaft übernommen.²¹⁷ Diese Beispiele verdeutlichen, dass die goldenen Zeiten von Kohle und Stahl in Nordrhein-Westfalen allmählich zu Ende gingen, man jedoch bemüht war, die sozialen Folgen für die Belegschaften abzufedern.

Hoffnungsträger waren zunächst der Maschinenbau und in besonderem Maße die chemische Industrie.²¹⁸ Letztlich konnte Nordrhein-Westfalen jedoch lediglich bei Ansiedlungen der Medienbranche nennenswerte Erfolge verbuchen. Es erwies sich nun als Nachteil, dass Nordrhein-Westfalens Wirtschaft in erster Linie großbetrieblich strukturiert war, denn Klein- und Mittelbetriebe, die etwa in Deutschlands Südwesten dominierten, waren den Herausforderungen des Strukturwandels eher gewachsen und konnten mittels innovativer Lösungen flexibler auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren. Wenn man heute vom Ruhrgebiet als „neue[r] Wissenschaftsregion“²¹⁹ spricht, hat diese Entwicklung ihre Wurzeln zeitlich und programmatisch betrachtet nicht nur, aber zumindest doch auch in der achten Wahlperiode. Als abgeschlossen kann der Strukturwandel noch immer nicht gelten.²²⁰

3.3. Energie²²¹

Das Thema „Energie“ ist in Nordrhein-Westfalen, dem „Energiewald Nr. 1“ in Deutschland, im wahrsten Sinne des Wortes ein „Dauerbrenner“. Dabei gab es in

²¹⁵ Vgl. ebd. S. 114.

²¹⁶ Vgl. ebd. S. 118f.

²¹⁷ Vgl. Art. „Oberhausen: Thyssen legt Hochofen still“, in: Westdeutsche Allgemeine vom 21. Mai 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

²¹⁸ Vgl. hierzu und im Folgenden Nonn, Geschichte, S. 108f.

²¹⁹ Hier Döhrmann, Oliver, Ruhrgebiet: Identität im Wandel, in: Beckmann, Joscha [u. a.] (Hrsg.), Wissenschaft trifft Kohlenpott. Forschen und Leben im Ruhrgebiet, Essen 2015, S. 7-9, hier S. 9.

²²⁰ Vgl. zum Beispiel Bialdiga, Kirsten, RWI: Politik ist schuld an Nullwachstum, in: Rheinische Post Nr. 222 (22. September 2016), S. B 3.

²²¹ Vgl. Kabinettsitzungen 1254, 1259, 1263-1266, 1268, 1270, 1275, 1290, 1292, 1296, 1298, 1303-1308, 1310-1311, 1313-1314, 1316, 1318-1320, 1323, 1325-1328, 1330, 1335-1337, 1340, 1343, 1345-1348, 1352-1354, 1356, 1358, 1363-1364, 1367, 1373-1383, 1388, 1392, 1394-1403, 1405-1408, 1410-1411, 1413, 1415, 1417-1420, 1423-1425, 1427-1428, 1430, 1435.

Nordrhein-Westfalen eine Besonderheit, die mit dem exponierten Stellenwert der Kohleförderung zusammenhing, nämlich die so genannte Kohlefraktion im Landtag, die parteiübergreifend für den nahezu uneingeschränkten Erhalt der Kohle als Energieträger eintrat.²²² Die Landespolitik und somit auch die Landesregierung waren zu diesem Zeitpunkt von der Notwendigkeit des Erhalts, ja der Förderung der Energieträger Stein- und Braunkohle überzeugt und betrieben eine Kohlevorrangpolitik. So hielt das Wirtschaftsministerium in einem aus dem Jahr 1977 datierenden „Rohentwurf Energiepolitik NRW“ fest: „Die Kapazität Braunkohle ist praktisch ausgeschöpft; es bleibt jedoch die Steinkohle, die zu 90 % im Land NRW [...] gefördert wird. [...] Sie wird auch in Zukunft mit wachsender Bedeutung die wesentliche Basis der Energieversorgung bleiben, insbesondere auch durch die weitere technologische Entwicklung, wie zum Beispiel bei der Kohlevergasung und der Kohleverflüssigung. [...] Für die Energiepolitik des Landes NRW heißt dieses in erster Linie Erhaltung der einheimischen Energie, der Steinkohle“²²³.

Lange diskutiert und umstritten war seit Mitte der 1970er Jahre der letztlich nicht verwirklichte Bau eines neuen S in Aldenhoven-Siersdorf im Aachener Revier, für den sich Ministerpräsident Rau persönlich eingesetzt hatte.²²⁴

Die ansonsten nicht unbedingt für ihr protektionistisches Wirtschaftsverständnis bekannten Liberalen sprachen sich in Person der Wirtschaftsministerin Funcke Anfang 1980 gegen die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung geforderte Verdoppelung des zollfreien Importkohlekontingents auf 11,1 Millionen Tonnen pro Jahr aus.²²⁵ Hier konfigurierten unüberschbar die Interessen von kohlefördernden Bundesländern mit denjenigen der übrigen Bundesländer.

Im Rückblick wird das Festhalten an der Kohleenergie inzwischen häufig deutlich kritischer, zumindest aber differenzierter beurteilt. So kommt etwa Christoph M. Schmidt, seit 2002 Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen und Professor an der Ruhr-Universität Bochum, zu dem Schluss: „Warum hat man Scharen junger Menschen, um bei der Kohle zu bleiben, immer wieder in diese Karriere gelockt, um sie dann im Lobby-Wettkampf um weitere Subventionen als Faustpfand einzusetzen? Das ist nicht in Ordnung! Das hat die Region nicht verdient. [...] Die Kohle ist heute ebensowenig wettbewerbsfähig wie in den letzten Jahrzehnten: Hätten wir uns früher von ihr mit einem festen Zeitrahmen verabschiedet, der zwar mehrere Jahre umfasst, aber auch ein verlässliches Ende vorgesehen hätte, dann wären wir jetzt weiter!“²²⁶.

Gegenteiliger Meinung ist Rainer Slotta, von 1987 bis 2012 Leiter des Deutschen Bergbau-Museums in Bochum. Auf die Frage, ob man zu lange an der Kohle festgehalten

²²² Vgl. hierzu und zur Energiepolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung in der achten Wahlperiode Schlemmer, Martin, „... anders als noch vor Jahren“. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und die Energiefrage in den Jahren 1975 bis 1980, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 77 (2013), S. 178-230, hier S. 189.

²²³ Rohentwurf Energiepolitik NRW/Kernenergie – Steinkohle, S. 7f. (LAV NRW R NW 500 Nr. 690).

²²⁴ Vgl. Art. „Siersdorf: Politisches Thema“ von Hans-Peter Thelen, in: Aachener Nachrichten vom 4. November 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

²²⁵ Vgl. Art. „Importkohle“, in: Neue Rhein Zeitung vom 5. Januar 1980 (LAV NRW R NW 756 Nr. 380).

²²⁶ Aussagen im Rahmen eines Interviews in: Kiessler, Richard (Hrsg.), Metropole Rhein-Ruhr. Eine Region im Aufbruch, Oberhausen 2007, S. 217f.

habe, führt er aus: „Nein, [...] das glaube ich nicht. Zunächst muss ich sagen, dass ich fest von der Zukunft der Kohle überzeugt bin. Zumal sie der einzige Rohstoff ist, den wir hier haben. Ich verstehe die Diskussion überhaupt nicht, wir brauchen Bergbau hier, allein der Versorgungssicherheit wegen. Ich verstehe aber auch nicht, warum die Zukunft der Kohle so negativ bewertet wird. Steinkohle-Bergbau ist ‚High-Tech‘, die Steinkohle wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen“²²⁷.

Bereits gegen Ende der achten Wahlperiode war der Landesregierung bewusst, dass die Energieversorgungsunternehmen im Sinne einer umweltverträglicheren Energieerzeugung umzusteuern hätten. Farthmann schlug vor, „die noch bestehenden veralteten Kohlekraftwerke durch moderne Anlagen mit Rauchgasentschwefelung zu ersetzen und die sogenannte Wärme-Kraft-Koppelung weiter auszubauen, d. h. die bei der Stromerzeugung entstehende Abwärme (die ca. zwei Drittel der erzeugten Energie ausmacht) für Fernheizungszwecke zu nutzen“²²⁸.

Zu berücksichtigen ist bei der Beschäftigung mit der Energiefrage in der achten Wahlperiode auch die zweite Ölpreiskrise im Jahr 1979.²²⁹ Der 1977 zwischen der „Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke“ (VDEW) und dem „Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus“ (GVSt) geschlossene und im Frühjahr 1980 um eine Zusatzvereinbarung ergänzte „Jahrhundertvertrag“ über den Einsatz von deutscher Steinkohle bei der Stromerzeugung war Ausdruck der von Nordrhein-Westfalen maßgeblich unterstützten „Kohlevorrangpolitik“, zumal sich das Land – neben dem Bund – als Mitfinanzier dieses Vertrages betätigte.²³⁰ Die Kohle war ein wichtiger Faktor bei den Überlegungen zu einer verstärkten Unabhängigkeit von Importöl.

Einer anderen Energieform wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls große Aufmerksamkeit zuteil: der zunehmend umstrittenen Atomkraft. Während in den 1960er Jahren noch der Physiker Karl Bechert – einem Diktum Erhard Eppers zufolge – als einziger Bundestagsabgeordneter gelten durfte, der die Atomenergie bereits zu diesem Zeitpunkt kategorisch ablehnte, traten viele seiner Parteifreunde für deren wirtschaftliche Nutzung ein und erblickten in der Atomkraft eine Zukunftstechnologie.²³¹

Zu Beginn der 1950er Jahre war die zivile Nutzung der Atomenergie „mit geradezu phantastischen Erwartungen“²³² verbunden worden. Die Hoffnungen steigerten sich bis zum Ende des Jahrzehnts zu einer regelrechten „Atomeuphorie“: „Atomkraft werde Meere entsalzen, Polargebiete erwärmen, Wüsten bewässern, arktische Gebiete erschließen, Schiffe, Flugzeuge, Lokomotiven und Autos bewegen, Wohnhäuser heizen, neue Kunststoffe produzieren und sogar ‚gigantische Erdkorrekturen‘ ermöglichen“²³³. Im Jahr 1967 nahm im nordrhein-westfälischen Würgassen das erste kommerzielle

²²⁷ Aussagen im Rahmen eines Interviews in ebd. S. 256.

²²⁸ Farthmann, Friedhelm, *Entscheidungsjahre. Leben zwischen Freiheit und Ordnung*, Düsseldorf, Wien 1980, S. 144f.

²²⁹ Vgl. Düding, *Reform*, S. 438.

²³⁰ Vgl. ebd.; Fichtner, Wolf, *Jahrhundertvertrag*, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/jahrhundertvertrag.html> (Abruf vom 14.06.2016).

²³¹ Vgl. Wegner, Wilhelm, *vorbilder*. Karl Bechert, in: *chrison* 2012, Heft 2, S. 51.

²³² Herbert, *Geschichte*, S. 799.

²³³ Ebd.

Atomkraftwerk der Republik seinen Betrieb auf.²³⁴ Was die kommerzielle Nutzung der Atomkraft betrifft, produzierten gegen Ende der achten Wahlperiode, im Jahr 1980, die inzwischen 15 deutschen Atomkraftwerke 5,7 % der insgesamt in Deutschland erzeugten Energie.²³⁵ Im Nordrhein-Westfalen der späten 1970er Jahre begann sich jedoch die Einstellung der Landesregierung – oder genauer: zunächst von Teilen der Landesregierung – zur Atomkraft allmählich, aber entschieden zu wandeln.

Bis zum Ende der achten Wahlperiode ließ sich im Landeskabinett keine einheitliche Bewertung der Atomenergie erzielen, wie Friedhelm Farthmann 1980 konstatierte: „Genau wie in der Gesamtbevölkerung gibt es dazu auch innerhalb der Koalitionsparteien selbst trotz aller Kompromisse auf Parteitage tiefegehende Meinungsverschiedenheiten“²³⁶.

Burkhard Hirsch sieht in den FDP-Ministern die Vorreiter in Sachen Ausstieg aus der Atomenergie: „Und nun wurde ich in Nordrhein-Westfalen, wo wir Gott sei Dank nur diesen Thorium-Hochtemperaturreaktor hatten, und Jülich, konfrontiert mit Kalkar, und Farthmann war überhaupt nicht gegen Kalkar, Farthmann war dafür. Riemer und ich waren dagegen, und dann kommen meine Kernkraftleute und sagen: Wenn [...] ein Gau bei Westwind ist, sind Teile des Ruhrgebiets 20.000 Jahre unbewohnbar [...]. Farthmann war für Kalkar, ja klar, und das Ganze hat sich erst gedreht [...] nach 1980. Bis dahin waren Riemer und ich sozusagen einsame Gegner der Kernenergie. Die anderen nahmen es hin oder waren dafür oder waren unbeteiligt. Das war schon enttäuschend“²³⁷. Herbert Schnoor bestätigt Hirschs Schilderung: „Herr Riemer von der FDP [...] galt von 1975, von Beginn an, als Gegner der Atomenergie. Deshalb mussten wir zum Bundeskanzler Helmut Schmidt, weil der Bundeskanzler die Sorge hatte, die Düsseldorfer Landesregierung könne zerbrechen. [...] Ich habe noch an dem Krieg teilgenommen, war in der Kriegsgefangenschaft in Frankreich [...]. Und damals habe ich die Atomwaffen abgelehnt. Aber gegen die friedliche Kernenergie hatte ich nichts. Insofern war ich ursprünglich auch für die Atomenergie“²³⁸.

Farthmann wiederum warnte „nachdrücklich vor einem Glaubenskrieg und vor dogmatischen Positionen“²³⁹. Er plädierte dafür, „sich möglichst viele Optionen möglichst lange offenzuhalten“, machte allerdings die Klärung der ungelösten Frage der Entsorgung beziehungsweise der Endlagerung des Atommülls zur Voraussetzung für einen Ausbau der Atomenergie.²⁴⁰ Letztlich sollte die technische Entwicklung den Ausschlag geben: „Es muß jeweils nach der künftigen technischen Entwicklung, die sowohl heute vorhandene Risiken vermindern als auch neue Risiken sichtbar machen kann, der Weg dafür offenbleiben, die weitere Nutzung der Kernenergie einzustellen oder auszubauen“²⁴¹. In jedem Falle plädierte Farthmann dafür, die Nöte und Ängste der

²³⁴ Vgl. Wehner, Christoph Julian, Grenzen der Versicherbarkeit – Grenzen der Risikogesellschaft. Atomgefahr, Sicherheitsproduktion und Versicherungsexpertise in der Bundesrepublik und den USA, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 581-605, hier S. 600.

²³⁵ Vgl. Herbert, Geschichte, S. 799.

²³⁶ Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 37.

²³⁷ Zeitzeugengespräch mit Burkhard Hirsch am 18. März 2013 (LAV NRW R RWD Nr. 211).

²³⁸ Zeitzeugengespräch mit Herbert Schnoor am 30. Januar 2013 (LAV NRW R RWD Nr. 208).

²³⁹ Ebd. Dort auch das folgende Zitat.

²⁴⁰ Vgl. ebd. S. 38.

²⁴¹ Ebd.

Bevölkerung ernst zu nehmen.²⁴² Diese Haltung prägte generell die Position der Landesregierung in der (Atom-)Energiefrage während der gesamten Wahlperiode.²⁴³ Später hielt sich Farthmann zugute, die Inbetriebnahme des SNR Kalkar, des „Schnellen Brüters“, verhindert zu haben.²⁴⁴ Seine anfängliche öffentlich wahrnehmbare Befürwortung des Projekts habe auf der Unterstützung der offiziellen Linie der Bundesregierung unter Helmut Schmidt in dieser Frage beruht. Er, Farthmann, habe „schon sehr früh Bedenken gegen die Atomenergie“ gehabt, „mehr aus taktischen Gründen denn aus Überzeugung“ habe er jedoch „immer zu einer Versöhnung mit der Kohle geraten“²⁴⁵. Ebenso habe er stets auf den offenen Ausgang des Projekts „Atomkraft“ verwiesen: „Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß das für mich und für die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen keine vorweggenommene Zustimmung zur Inbetriebnahme bedeutet“²⁴⁶.

Dass die Landesregierung gewillt war, den Anliegen der Bevölkerung entgegenzukommen, beweisen Änderungen in der Genehmigungspraxis in Nordrhein-Westfalen, die während der achten Wahlperiode vorgenommen wurden.²⁴⁷ Die ursprüngliche Dauer eines Anhörungstermins von einem Tag wurde auf vier Tage im Falle des Leichtwasserreaktors Hamm-Schmehausen ausgedehnt. Die interessierte Öffentlichkeit durfte zwischen dem 11. und 16. März 1976 sogar – anders als zuvor üblich – Einsicht in die vorliegenden Gutachten nehmen. Anders als im Atomgesetz vorgeschrieben, gewährte die Landesregierung nach Rücksprache mit dem Bundesminister des Innern im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für das geplante Zwischenlager in Ahaus den Betroffenen einen öffentlichen Anhörungstermin. Ferner ließ die Landesregierung die Gutachten über die Umweltauswirkungen der geplanten Urananreicherungsanlage in Gronau sowie über das Zwischenlager in Ahaus öffentlich zur Einsichtnahme auslegen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich das Kabinett im Laufe der achten Wahlperiode allmählich von einem Standpunkt des „Kohle vor Atom“ hin zu einem Standpunkt des „Kohle statt Atom“ bewegte, ohne der Atomenergie eine klare und definitive Absage zu erteilen.²⁴⁸

Zu einer kritischeren Sicht auf die Nutzung der Atomkraft dürfte der schwere Reaktorunfall im US-amerikanischen Atomkraftwerk „Three Mile Island“ bei Harrisburg im Bundesstaat Pennsylvania im März 1979 beigetragen haben, „der in der deutschen Medienöffentlichkeit wenn auch nicht als ‚Super-GAU‘, so doch als dessen Präludium rezipiert wurde“²⁴⁹. Bei diesem Unfall, der als der bis zu diesem Zeitpunkt schwerste Störfall in einem westlichen Atomkraftwerk gelten musste, waren radioaktive Stoffe in

²⁴² Vgl. ebd. S. 39, S. 49.

²⁴³ Vgl. Schlemmer, Energiefrage, S. 203.

²⁴⁴ Welchen Nachhall das Projekt des „Schnellen Brüters“ auch auf der internationalen Ebene hatte, zeigt eine Anfrage der öffentlich-rechtlichen japanischen Rundfunkanstalt NHK Fukui im Frühjahr 2013 nach Unterlagen zum „Schnellen Brüter Kalkar“ im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, die im Rahmen einer Dokumentation zum „Schnellen Brüter Monju“ in Japan gezeigt werden sollten. Der Sender verfolgte dieses Projekt dann jedoch nicht mehr weiter.

²⁴⁵ Farthmann, Blick, S. 218-220.

²⁴⁶ Ebd. S. 220.

²⁴⁷ Vgl. hierzu Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 162f. Anm. 20.

²⁴⁸ Vgl. Schlemmer, Energiefrage, S. 229.

²⁴⁹ Vgl. Wehner, Grenzen, S. 600.

die Außenwelt gelangt, so dass ein Teil der in der Umgebung lebenden Bevölkerung evakuiert werden musste. Dennoch verständigten sich Bundesregierung und Opposition darauf, dass vier energiepolitische Prämissen zu beachten seien, zu welchen auch die verantwortungsvolle Förderung der Atomenergie zählte: „mehr Einsparung, verstärkte Nutzung heimischer Quellen, Förderung neuer Energieträger und verantwortungsbe-
wußter Ausbau der Kernenergie, [...] Sicherheit habe grundsätzlich Vorrang. Ein Bau-
stopp gefährde das Wachstum, vergrößere die Arbeitslosigkeit, Kernkraftwerke seien unverzichtbar, deren technische Probleme beherrschbar. Verzicht auf Atomstrom be-
deute Verzicht auf Lebensstandard. 200.000 Arbeitsplätze seien bereits 1976 mit der
Kernindustrie verbunden, das Risiko werde häufig überschätzt“²⁵⁰.

In der Kernforschungsanlage Jülich des Landes Nordrhein-Westfalen (KFA) ereignete sich im Jahr 1978 allerdings ein Störfall in einem Versuchsreaktor, welcher daraufhin für 15 Monate außer Betrieb genommen wurde.²⁵¹ Die Risiken dieser Energieform deuteten sich hier bereits an. Schwerer noch als solche Störfälle, schwerer als der Zwischenfall in Harrisburg wog bei der Beurteilung der Atomenergie in der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie laut Christoph Zöpel jedoch die Kohlevorrangpolitik. Zugunsten einer Stärkung der Kohle als Energieträger habe die SPD – Zöpel sieht diesbezüglich im Hamburger Parteitag des Jahres 1977 für seine Partei den Wendepunkt in der Atomfrage – die Atomkraft zunehmend ins Abseits gedrängt.²⁵² Hierzu führte Zöpel in einem Zeitzeugengespräch Anfang 2013 aus: „Der Wendepunkt war der Hamburger Parteitag der SPD 1977. In dem, auch vor allem von Helmut Schmidt forciert, die Befürwortung der Kernenergie zu Lasten der Kohle gehen sollte, das heißt Kohle weg, damit Kernenergie sich lohnt. Und da war der normale nordrhein-westfälische Reflex: Das geht nicht. Kohle erst erhalten und dann Kernenergie. [...] Rau durfte als 42. und ich als 44. sprechen. [...] das [...] war einer der ganz wenigen Konflikte, die ich je mit Rau hatte, [...] dass ich dafür war, dass die Kohle bleibt und nicht die Kernenergie alleine kommt. [...] Der Prozess [...] führte Schritt für Schritt zu der Haltung: Mehr Vorsicht bei Kernenergie. Ich würde sagen, mindestens in Nordrhein-Westfalen [...] war die Folge, Argumente zu suchen, warum man die Atomenergie nicht der Kohle vorziehen darf“²⁵³. Erneuerbare Energien spielten während der achten Wahlperiode in Nordrhein-Westfalen noch kaum eine Rolle.²⁵⁴

3.4. Bildung und Wissenschaft²⁵⁵

Mehr noch als die Energiefrage war die Bildungspolitik ein umstrittenes Feld der poli-

²⁵⁰ Pöttsch, Horst/Hoffmann, Marhild (Red.), Die Bundesrepublik Deutschland 1974-1983 (Informationen zur politischen Bildung 202), hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Auflage (Neudruck 1988), München 1988, S. 17.

²⁵¹ Vgl. Tyroller, Stefanie [u. a.] (Red.), 60 Jahre Forschung im Zentrum. Begleitheft zur Ausstellung, hrsg. von der Forschungszentrum Jülich GmbH, Greven [2016], S. 14.

²⁵² Vgl. Schlemmer, Energiefrage, S. 225.

²⁵³ Zeitzeugengespräch mit Christoph Zöpel am 22. Februar 2013 (LAV NRW R RWD Nr. 210).

²⁵⁴ Vgl. hierzu Schlemmer, Energiefrage, S. 228f.

²⁵⁵ Vgl. Kabinettsitzungen 1250-1256, 1258, 1260, 1263-1265, 1267, 1269, 1271-1274 1276-1277, 1280, 1282, 1284-1288, 1290, 1293-1304, 1306-1307, 1309, 1311, 1313-1321, 1323, 1326-1327, 1329-1330, 1333-1335, 1337, 1339-1341, 1343, 1347-1353, 1355-1359, 1361-1363, 1365, 1368-1369, 1372-1375, 1379-1380, 1382-1383, 1385-1398, 1400, 1402-1408, 1411, 1413-1414, 1416-1422, 1424-1427, 1429-1430, 1432.

tischen Auseinandersetzung – sowohl im Bund als auch in Nordrhein-Westfalen. Aufgrund der Zuständigkeit barg dieses Thema auf Landesebene ein besonders hohes Konfliktpotenzial. Zutreffend ist Farthmanns Feststellung aus dem Jahr 1980: „Sehr zum Schaden der Bildungspolitik und mehr als woanders sind dort die Ideologen aller politischen Richtungen unversöhnlich aufeinandergeprallt, haben sich dort wirkliche und vermeintliche Experten bei ihren Überlegungen über die Möglichkeiten und Interessen von Lehrenden und Lernenden hinweggesetzt und ist dort regional und sektoral gesehen eine dem Bürger kaum noch zumutbare Vielfalt und Unübersichtlichkeit entstanden“²⁵⁶. Zutreffend spricht Bernd Zymek von einer „Dynamik der Schulentwicklung in den 1970er Jahren“²⁵⁷. In zwei Bereichen, so Farthmann, seien wichtige Fortschritte erzielt worden: bei der Frage nach der Chancengleichheit und der freiheitlicheren Gestaltung der Bildungseinrichtungen.²⁵⁸

Namentlich dem Bildungs- und Wissenschaftspolitiker Johannes Rau war die Frage einer größeren Gerechtigkeit bei den Bildungschancen ein Anliegen, wenngleich viele der entsprechenden Weichen bereits unter Franz Meyers und Paul Mikat in diese Richtung gestellt worden waren.²⁵⁹ Dennoch konnte Rau während seiner Amtszeit die Gründung von 15 Fachhochschulen, fünf Gesamthochschulen sowie der ersten Fernuniversität Deutschlands in Hagen (1975) verbuchen.²⁶⁰ So sollte die Motivation zur Aufnahme eines Studiums auch in „bildungsfernen“ Regionen gesteigert werden.²⁶¹ Das von Rau vertretene Modell der Gesamthochschulen erwies sich hingegen als nur „begrenzt tragfähig“²⁶². Rau betrachtete Bildungspolitik stets auch als ein Mittel zur gesellschaftlichen Integration, womit er sich von klassisch-bürgerlichen Ansätzen in der Bildungspolitik absetzte.²⁶³

Im Land Nordrhein-Westfalen hatte sich die Politik – abseits der ideologischen Auseinandersetzungen – auch ganz konkreten Fragen zu widmen: Im Oktober 1977 drängte die Landesschulpflegschaft Nordrhein-Westfalen die Landesregierung zur Einstellung von mehr Hauptschullehrern sowie zur Bildung einer ausreichenden Lehrerreserve. Die bestehende Lehrerreserve von 650 Lehrkräften für ganz Nordrhein-Westfalen wurde als zu gering bezeichnet. Gleichzeitig plädierte die Landesschulpflegschaft für eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation von 23,5:1 auf 22:1.²⁶⁴ Tatsächlich stieg die Zahl der Lehrkräfte, die im Land an Grund-, Haupt-, Real-, Gesamt- und Berufsschulen sowie an Gymnasien unterrichteten, von 85.630 im Jahr 1970 auf 157.366 im Jahr 1980.²⁶⁵

Ein weiterer Aspekt der Lehrerausbildung war das Modell des „Stufenlehrers“, einer

²⁵⁶ Farthmann, *Entscheidungsjahre*, S. 40f.

²⁵⁷ Zymek, Bernd, *Konstellationen, Initiativen, Wirkungen. Die Schulpolitik der SPD in den 1970er Jahren*, in: Mittag, Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hrsg.), *Versöhnen statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte*, Oberhausen 2007, S. 137-149, hier S. 138.

²⁵⁸ Vgl. Farthmann, *Entscheidungsjahre*, S. 41.

²⁵⁹ Vgl. Mittag/Tenfelde, Rau, S. 21; Burger, Reiner, *Die Kunst der „schleichenden“ Hochschulgründung*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 269 (19. November 2015), S. 6.

²⁶⁰ Vgl. Mittag/Tenfelde, Rau, S. 21.

²⁶¹ Vgl. Nonn, *Geschichte*, S. 104.

²⁶² Mittag/Tenfelde, Rau, S. 22.

²⁶³ Vgl. ebd.

²⁶⁴ Vgl. Art. „Ruf nach mehr Lehrern“, in: *Münstersche Zeitung* vom 26. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

²⁶⁵ Vgl. Zymek, *Konstellationen*, S. 142.

Lehrkraft also, deren Ausbildung auf den Unterricht nach Altersstufen der Schüler – Primarstufe sowie Sekundarstufe I und II – ausgerichtet war. An diesem Model, das die FDP am liebsten zügig einer grundlegenden Reform unterzogen hätte, entzündete sich ein regelrechter Koalitionskonflikt. Nach einem monatelangen Tauziehen verständigten sich die Regierungsparteien auf die Beibehaltung der Stufenlehrausbildung. An den Verhandlungen hatten unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten der SPD-Fraktionsvorsitzende Haak, der FDP-Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Riemer sowie der FDP-Fraktionsvorsitzende Koch teilgenommen. „Wichtigstes Ergebnis“, so die „Neue Rhein Zeitung“: „Der Gymnasiallehrer wird nicht so drastisch vom Haupt- und Realschullehrer abgetrennt wie die FDP es ursprünglich wollte“²⁶⁶.

Den Charakter eines Kompromisses trug auch eine Ende März 1979 vom Kulturausschuss des Landtags bewilligte Rechtsverordnung des Kultusministers Girgensohn, der zufolge für ein fachgebundenes Abitur das Erlernen lediglich einer Fremdsprache ausreiche. Eine derartige Hochschulreife sollte jedoch ausschließlich zu einem Studium in Nordrhein-Westfalen berechtigen.²⁶⁷

Die Verlängerung der Schulpflicht auf zehn Jahre und die curriculare Angleichung der Stundentafeln in der Sekundarstufe I im Jahr 1979 führten zu einer erhöhten Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, da nun für die Anschlussfähigkeit eines Schulabschlusses zum nächsthöheren gesorgt war.²⁶⁸

Als Indiz „für einen tief greifenden kulturellen und sozialen Wandel, der weit über die Schulgeschichte hinaus wirkte“²⁶⁹, wertet Zymek die erweiterten Teilhabemöglichkeiten an Bildungsangeboten. Ermöglicht worden sei dies durch den Ausbau des Vollzeitschulwesens. So stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Vollzeitschulen von 85.000 im Jahr 1970 auf 163.000 im Jahr 1980. Diesen standen 1980 gerade einmal 20.000 Schülerinnen und Schüler in den gymnasialen Oberstufen gegenüber.²⁷⁰ Ein „Dauerbrenner“ an den Hochschulen war – und ist – das Thema der Regelstudienzeit. Ein Referentenentwurf zum Landeshochschulgesetz Nordrhein-Westfalen, der im Herbst 1977 den Rektoren der Hochschulen des Landes zugestellt wurde, sah vor, die Regelstudienzeit an nordrhein-westfälischen Universitäten auf vier Jahre zu begrenzen und eine Nachfrist von maximal zwölf Monaten zu gewähren. Sollten Studierende diese Frist überschreiten, sah der Entwurf die Exmatrikulation vor. Den Hintergrund der Initiative bildete das zwei Jahre zuvor verabschiedete Bundesgesetz, das die Einführung einer Regelstudienzeit vorschrieb und an das die Landeshochschulgesetze angepasst werden mussten.²⁷¹

Ein weiterer hochschulpolitischer Schwerpunkt war das Konzept der integrierten Gesamthochschule. Dieses erfreute sich bei der Landesregierung großer Beliebtheit. Ein

²⁶⁶ Art. „NRW-Koalition beschließt: Stufenlehrer bleibt“, in: Neue Rhein Zeitung vom 16. Februar 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

²⁶⁷ Art. „Abitur mit nur einer Fremdsprache jetzt rechtlich gesichert“, in: Düsseldorfer Nachrichten vom 29. März 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

²⁶⁸ Vgl. Behler, Gabriele, Schritt für Schritt mehr Chancengleichheit. Die Bildungspolitik in den Kabinetten Rau, in: Mittag, Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Versöhnen statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte, Oberhausen 2007, S. 165-177, hier S. 168.

²⁶⁹ Zymek, Konstellationen, S. 140.

²⁷⁰ Vgl. ebd.

²⁷¹ Vgl. Art. „NRW: Studium auf vier Jahre begrenzen“ von Alfons Pieper, in: Westdeutsche Allgemeine vom 4. November 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

Zwang zur Bildung entsprechender Gesamthochschulen war jedoch nicht vorgesehen.²⁷² Zusammenfassend betrachtet, trifft für die Bildungspolitik der achten Wahlperiode, insbesondere für die Zeit ab 1978, zu, was Gabriele Behler generell für die Bildungspolitik unter Ministerpräsident Rau konstatiert: „Die Bildungspolitik war [...] der Leitlinie gesellschaftlicher Integration durch sozialen Aufstieg über Bildung verpflichtet“²⁷³.

Die „Kooperative Schule“ („Koop-Schule“)

Der Höhepunkt der Auseinandersetzungen im Bildungssektor war ohne Zweifel das Tauziehen um die „Kooperative Schule“ („Koop-Schule“), also eine Schulform, welche die sozialliberale Landesregierung als Verbund von Hauptschule, Realschule und Gymnasium „unter einem Dach“ und unter einer Leitung konzipiert hatte.²⁷⁴ Laut Guido Hitze war dieser Schulstreit „das beherrschende landespolitische Thema“²⁷⁵ des Jahres 1977.

Nach der bedeutenden Zäsur des Jahres 1968, in welchem die Volksschule als „stärkste vertikale Säule“²⁷⁶ von den selbstständigen Schulformen der Grundschule und der Hauptschule abgelöst worden war, stellten die 1970er Jahre eine weitere Umbruchphase für das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen dar. In den Sekundarschulen standen nun die schülerreichsten Jahrgänge in der gesamten Geschichte des Landes zur Beschulung an, während sich gleichzeitig eine Veränderung bezüglich des Besuchs der unterschiedlichen Schultypen Bahn brach: Bei den Hauptschulen fiel die Übergangsquote im Zeitraum von 1970 bis 1980 von 59,6 auf 41,9 Prozent, die Übergangsquote bei den Realschulen verharrte bei knapp über 20 Prozent, wohingegen die Gymnasien eine Steigerung der Übergangsquote auf ca. 30 Prozent verzeichneten.²⁷⁷

Im Ganzen betrachtet, blieb der Schul- und Bildungssektor politisch-weltanschauliche „Kampfzone“: Die autoritätskritischen Erziehungs- und Bildungsideale der „68er“ riefen schon bald eine Gegenreaktion hervor, die etwa im Januar 1978 auf einer Tagung im Wissenschafts-Zentrum Bonn-Bad Godesberg zur Verabschiedung der öffentlichen Erklärung „Mut zur Erziehung“ führte, die unter anderem von Hermann Lübke, Golo Mann und Robert Spaemann unterzeichnet wurde.²⁷⁸ Auch die Frage der „Kooperativen Schule“ entwickelte sich zu einem „tief aufwühlende[n] Meinungsstreit“²⁷⁹.

Spiritus Rector des „Koop“-Schulmodells war nicht die Landesregierung, die sich gewissermaßen einen Reformstopp verordnet hatte. Diese Rolle kam vielmehr den bildungspolitischen Arbeitskreisen der Landtagsfraktionen von SPD und FDP zu.²⁸⁰ Namentlich der spätere Kultusminister Hans Schwier als Leiter des Arbeitskreises 2 der SPD-Landtagsfraktion sowie der bildungspolitische Referent der SPD-Fraktion Fried-

²⁷² Art. „Jochimsen will keinen Zwang“, in: Rheinische Post vom 21. Mai 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

²⁷³ Behler, Schritt, S. 167.

²⁷⁴ Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 160 Anm. 14 spricht in diesem Zusammenhang von einer „Mischform“.

²⁷⁵ Hitze, Jahre, S. 45.

²⁷⁶ Meyer, Werner G., Grundschule und Hauptschule – der Anfang der Schulreform in Nordrhein-Westfalen, in: Neumann, Werner / Lilien-Waldau, Falko Freiherr von (Red.), Der Raum Köln – Bonn – Aachen in den 70er Jahren (Deutschlands Städtebau – Kommunal- und Volkswirtschaft), Berlin-West [1975], S. 84-87, hier S. 84.

²⁷⁷ Vgl. Zymek, Konstellationen, S. 139.

²⁷⁸ Vgl. Raitchel, Jugendarbeitslosigkeit, S. 94 mit Anm. 185.

²⁷⁹ Düding, Reform, S. 434.

²⁸⁰ Vgl. Hitze, Jahre, S. 44.

rich Wilhelm Fernau zeichneten für die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes verantwortlich.²⁸¹ Gemeinsam mit Bernd Feldhaus MdL verfassten sie eine kleine Schrift, die Anfang 1978 in der Schriftenreihe der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NW e. V. erschien.²⁸² Diese Publikation sollte die „Koop-Schule“ gegen ihre Kritiker in Schutz nehmen und ihren Befürwortern entsprechende Argumente an die Hand geben. Die Landesregierung konnte darauf verweisen, dass nicht nur der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), sondern auch der niedersächsische Kultusminister Werner Remmers (CDU) die Schritte in Richtung einer Gesamtschule begrüßte.²⁸³ Zudem hatte die CDU in Nordrhein-Westfalen die 1969 angelaufenen Gesamtschulversuche anfangs noch mitgetragen.²⁸⁴

Zunächst aber stellten die Landtagsabgeordneten Schwier und Jürgen Hinrichs (FDP) am 10. November 1976 im Landtagsgebäude einen vom 9. November datierenden, „sehr pragmatischen“²⁸⁵ Gesetzentwurf ihrer Fraktionen über „Kooperative Schule und Orientierungsstufe“ vor, der auf Entwürfen vom 6. und 12. Oktober 1976 beruhte und die Einführung einer von der Schulform unabhängigen „Orientierungsstufe“ für die Klassen fünf und sechs vorsah. Die Klassen der Sekundarstufe I – also 5 bis 10 – aller Schultypen sollten in Schulzentren zu „Kooperativen Schulen“ zusammengefasst werden können.²⁸⁶ Dieser Gesetzentwurf war ein „Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes“. Das Inkrafttreten des Gesetzes war für den 1. August 1977 vorgesehen.²⁸⁷

Mit finanzieller und logistischer Unterstützung der oppositionellen Christdemokraten wurde ein Volksbegehren angestrengt, in welchem zwischen dem 16. Februar und dem 1. März 1978 anstatt des für einen Volksentscheid erforderlichen Quorums von 20 % immerhin 3,6 Millionen und somit 29,8 % der Eintragungsberechtigten für eine solche Volksabstimmung votierten.²⁸⁸ Daraufhin ließ die Landesregierung das Projekt der „Koop-Schule“ „[i]m Interesse des Schulfriedens“ fallen, um einer „falsche[n] Politisierung der Schulen“ vorzubeugen, wie sich Ministerpräsident Kühn vernehmen ließ.²⁸⁹ Wie aber kam es zum Scheitern des schulischen Vorzeigeprojekts der Landesregierung? Das Volksbegehren gegen das „Koop“-Schulgesetz wurde zwar auch von CDU-Oppositionsführer Heinrich Köppler²⁹⁰ unterstützt. Der größte und unmittelbarste Widerstand aber kam zunächst nicht von der CDU als solcher, sondern von den tendenziell der Opposition nahestehenden Eltern- und Lehrerverbänden und insbesondere von der Landeselternschaft der Gymnasien sowie vom Philologenverband.²⁹¹ Im Büro des Philologenverbandes in Düsseldorf riefen zehn nordrhein-westfälische Eltern- und

²⁸¹ Vgl. Köhler, Wolfram, Annahmeverweigerter. Das Volksbegehren gegen die Kooperative Schule in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1978, S. 33; Düding, Parlamentarismus, S. 712.

²⁸² Vgl. Feldhaus, Bernd/Fernau, Friedrich Wilhelm/Schwier, Hans, Kooperative Schule – Analysen, Argumente, Antworten – (SGK-Schriftenreihe, Bd. 5), Düsseldorf 1978.

²⁸³ Vgl. Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 160 Anm. 14.

²⁸⁴ Vgl. Nonn, Geschichte, S. 105.

²⁸⁵ Zymek, Konstellationen, S. 144.

²⁸⁶ Vgl. Düding, Reform, S. 434.

²⁸⁷ Der Gesetzestext findet sich abgedruckt auch bei Köhler, Annahme, S. 33-35.

²⁸⁸ Vgl. Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 160 Anm. 14; Düding, Reform, S. 435.

²⁸⁹ Zitiert nach Zymek, Konstellationen, S. 145.

²⁹⁰ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00090; <http://www.kas.de/wf/de/71.8070/> (Abrufe jeweils vom 21.03.2016).

²⁹¹ Vgl. Düding, Parlamentarismus, S. 714f.

Lehrerverbände im September 1977 die „Bürgeraktion Volksbegehren gegen die Kooperative Schule“ ins Leben.²⁹² Auch die katholische Kirche wandte sich entschieden gegen das Gesetzesvorhaben.²⁹³ Die evangelische Kirche reagierte zögerlicher, so dass erst Anfang November 1977 und im Januar 1978 die Landessynoden von Westfalen und Rheinland ihre Skepsis gegenüber der „Koop“-Schule artikulierten.²⁹⁴ Selbst in der Koalition war der Gesetzentwurf nicht unumstritten: Während die SPD in ihren Bemühungen um Gegenwehr eher hilflos wirkte – Ministerpräsident Kühn lavierte nach anfänglicher Ablehnung des Projekts zwischen Verständnis für die Bedenken gegen das „Koop“-Gesetz und behutsamem Voranbringen des Gesetzgebungsverfahrens²⁹⁵ –, gab es innerhalb der FDP erhebliche Widerstände, die jedoch nicht in der Landtagsfraktion, sondern in der Bundes- und Landespartei wurzelten.²⁹⁶

So kam es im Frühjahr 1977 auf dem FDP-Landesparteitag zu einem „Sturm“ gegen das Reformvorhaben, der – so die „Rheinische Post“ – darin mündete, dass „eine erschrockene Basis den Bildungsstürmern der Fraktion Ketten anlegte“²⁹⁷. Ohne den Rückhalt der FDP war die „Kooperative Schule“ im Landtag ohne Mehrheit, zumal Kühn und Riemer aus ihrer Skepsis weiterhin keinen Hehl machten. Sie waren vielmehr daran interessiert, „möglichst unauffällig“²⁹⁸ weiter regieren zu können. Auch in der SPD mehrten sich die kritischen Stimmen: Der Duisburger Oberbürgermeister Josef Krings²⁹⁹ lehnte die Einführung der „Koop-Schule“ in seinem Sprengel entschieden ab, und der Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Antwerpes stellte die Mehrheitsfähigkeit des Reformprojekts in seiner Fraktion infrage.³⁰⁰ Selbst ein Kabinettsmitglied vermutete der „Rheinischen Post“ zufolge, dass es in der Landesregierung „keine Stimme für diese neue Schule“ gebe.³⁰¹ Einziger entschiedener Befürworter der „Koop-Schule“ und ergo Gegner des Volksbegehrens war nicht etwa die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die anstelle der kooperativen die integrierte Gesamtschule favorisierte, sondern der DGB.³⁰² In der Landesregierung besaß das Volksbegehren in der Person des Innenministers Hirsch einen vehementen Gegner, er galt während der Auseinandersetzung um die „Koop“-Schule nicht nur als „leidenschaftlicher Anhänger des Koop-Gesetzes“, sondern zugleich auch als „einer der schärfsten Polemiker“³⁰³.

²⁹² Vgl. Düding, Reform, S. 435.

²⁹³ Vgl. ebd. S. 722. Vgl. auch „Erklärung der Bischöfe in Nordrhein-Westfalen zur beabsichtigten Einführung der Kooperativen Schule“ mit dem Titel „Die Einführung einer neuen Schulorganisation ist überflüssig!“, hrsg. vom Presseamt des Erzbistums Köln, August 1977 (LAV NRW R RW 180 Nr. 828 Bl. 122f.).

²⁹⁴ Vgl. Düding, Parlamentarismus, S. 722.

²⁹⁵ Vgl. Düding, Reform, S. 435.

²⁹⁶ Vgl. Düding, Parlamentarismus, S. 717-719 und S. 729.

²⁹⁷ Kommentar „Ende mit Schrecken“ von Helmut Breuer, in: Rheinische Post vom 3. Mai 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

²⁹⁸ Ebd.

²⁹⁹ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_1/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00575 (Abruf vom 21.03.2016).

³⁰⁰ Vgl. Art. „Kooperative Schule ist gescheitert“, in: Rheinische Post vom 3. Mai 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

³⁰¹ Zitiert nach ebd.

³⁰² Vgl. Düding, Parlamentarismus, S. 723.

³⁰³ Köhler, Annahme, S. 118f.

Die Bildungsexperten der nordrhein-westfälischen SPD hingegen sahen in der „Koop-Schule“ lediglich eine Durchgangsstation auf dem Weg zum endgültigen Ziel, der Gesamtschule.³⁰⁴ Insofern war es in gewisser Hinsicht lediglich konsequent, wenn die „Sozialistische Jugend – Die Falken“ auf ihrer 9. Landeskonferenz im Frühjahr 1977 das Modell der „Koop-Schule“ als „halbherzige[n] Schritt der schwachen SPD zu einer integrierten Gesamtschule“³⁰⁵ komplett ablehnte. Hierüber kam es mit dem Hauptreferenten der Tagung, Kultusminister Girgensohn, zu einer kontroversen Diskussion.³⁰⁶ Tatsächlich betrachtete auch Girgensohn die „Koop-Schule“ nur als Interimslösung und Vorstufe zur Gesamtschule, wie er am 25. November 1976 im Landtag ausführte: „[...] die Gesamtschul-Puristen sagen: Wir warnen Dich vor der Einführung der Kooperativen Schule; denn die Kooperative Schule ist der Endzustand unseres Bildungswesens. – Auf diese Behauptung antworte ich: Für mich ist eine bis ins letzte durchgeführte Kooperation im Schulwesen der Anfang der Integration. Ich glaube, daß die Kooperative Schule ein Zwischenstadium zur Integrierten Gesamtschule sein wird, und von diesem Glauben lasse ich mich auch nicht abhalten“³⁰⁷.

Solche Äußerungen waren Wasser auf die Mühlen der „Koop“-Gegner, jedoch unterstellten sie genau dies der Landesregierung als wahres Motiv: die insgeheim beabsichtigte sukzessive Einführung der integrierten Gesamtschule.³⁰⁸

Der Landtag aber verabschiedete den Gesetzentwurf zur Kooperativen Schule/Orientierungsstufe im November 1977 mit knapper Mehrheit als Ergänzung des Schulverwaltungsgesetzes.³⁰⁹ Aus diesem Abstimmungssieg leiteten einige der „Koop“-Befürworter einen Teil ihrer Argumente ab und unterstellten der das Volksbegehren unterstützenden CDU „ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie“ sowie die Verletzung demokratischer Spielregeln.³¹⁰ Im Gegenzug verwiesen die Unterstützer der Kooperativen Schule auf die Freiwilligkeit des Angebotes dieser Schulform.³¹¹

Einordnung des Volksbegehrens

Das bislang einzige erfolgreiche Volksbegehren in der Geschichte des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen war, um mit Dieter Düding zu sprechen, ein „persönlicher Sieg Köpplers“³¹², der sein gesamtes politisches Gewicht in die Waagschale geworfen hatte, um die auch in seiner Partei vorhandenen Skeptiker unter Hinweis auf die Parteidisziplin auf seine Linie zu bringen und zu einer Unterstützung des Volksbegehrens zu motivieren.³¹³

Man kann das Volksbegehren durchaus als „Bürgeraktion als außerparlamentarisches

³⁰⁴ Vgl. Art. „Kooperative Schule ist gescheitert“, in: Rheinische Post vom 3. Mai 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

³⁰⁵ Zitiert nach Art. „Falken lehnen Koop-Schule als ‚halbherzig‘ ab“, in: Westdeutsche Allgemeine vom 7. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

³⁰⁶ Vgl. ebd.

³⁰⁷ Zitiert nach Köhler, Annahme, S. 37.

³⁰⁸ Vgl. ebd.

³⁰⁹ Vgl. Düding, Reform, S. 435; Feldhaus/Fernau/Schwier, Kooperative Schule, S. 5, die allerdings von einer deutlichen Mehrheit im Landtag sprechen.

³¹⁰ Feldhaus/Fernau/Schwier, Kooperative Schule, S. 17.

³¹¹ Vgl. ebd. S. 19.

³¹² Düding, Parlamentarismus, S. 729.

³¹³ Vgl. ebd. S. 719 und S. 726 Anm. 76.

Korrektiv zur Politik der Regierung³¹⁴ bezeichnen. Wolfram Köhler übertreibt wohl nicht, wenn er im Vorwort zu seiner bereits 1978 erschienenen Monographie zum Scheitern der „Koop-Schule“ festhält: „Das Volksbegehren von 1978 war ein landesgeschichtliches Ereignis. Zum erstenmal [sic] seit Bestehen Nordrhein-Westfalens brachte eine Bürgerinitiative im Bündnis mit der Opposition den regierenden Parteien eine außerparlamentarische Niederlage bei“³¹⁵. Wenn man bedenkt, dass selbst das umstrittene Thema der kommunalen Gebietsreform – oder besser gesagt: die Initiative „Aktion Bürgerwille“ mit dem daraus resultierenden Volksbegehren gegen die kommunale Neuordnung – dieses Ziel verfehlte, wird die Bedeutung des Erfolgs der Anti-Koop-Kampagne ersichtlich. Das Tauziehen um die Gesamtschule sollte die Landespolitik – wie die gesamte Schulpolitik – noch lange beschäftigen. Die Auseinandersetzungen endeten keineswegs mit dem Projekt der kooperativen Schule.³¹⁶ Allerdings war mit der „Koop-Schule“ ein „letztes Aufbegehren von planungsgesteuerter Politik“³¹⁷ gescheitert.

3.5. Verfassungstreue im öffentlichen Dienst³¹⁸

Ein Thema, das während der gesamten Dauer der Wahlperiode das Kabinett beschäftigte und zu Kontroversen zwischen den Koalitionspartnern führte, war die Frage nach dem Umgang mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen im öffentlichen Dienst oder, wie es in den Kabinettsprotokollen heißt, „Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“. Allein die Tatsache, dass die entsprechenden Tagungsordnungspunkte häufig mehrfach auf andere Kabinettsitzungen verschoben wurden, zeugt von dem Konfliktpotenzial, das dieses Thema barg. Das „Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit“³¹⁹ war hier, ähnlich wie beim Thema „Terrorismus“ regelrecht mit den Händen greifbar. Ein prominenter Fall, der auch Nordrhein-Westfalen berührte, war der Werdegang des SPD-Mitglieds Charlotte Nieß. Ihr hatte das bayerische Justizministerium die Ernennung zur Richterin auf Probe aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der umstrittenen, als weit links stehend eingeschätzten „Vereinigung Demokratischer Juristen“ verwehrt. Im Jahr 1976 war ihre Klage vor dem Münchener Verwaltungsgericht erfolgreich, doch wurde dieses Urteil seitens des Bayerischen Oberverwaltungsgerichtes im Jahr darauf wieder kassiert. Eine beim Bundesverwaltungsgericht anhängige Klage zog Nieß zurück, da sie zwischenzeitlich eine Beschäftigung beim Landwirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen gefunden hatte.³²⁰ Dies macht deutlich, wie unterschiedlich die einzelnen Bundesländer die Mitgliedschaft in einer als von „Radikalen“ unterwandert

³¹⁴ Seifert, Benjamin, Reformoptimismus und Bürgerwut. Das Volksbegehren gegen die „kooperative Schule“ in Nordrhein-Westfalen (Göttinger Junge Forschung, Bd. 19), Stuttgart 2013, S. 331.

³¹⁵ Köhler, Annahme, S. 7.

³¹⁶ Vgl. hierzu statt vieler Hüwel, Detlev, Schlechte Noten für Ganztagschulen, in: Rheinische Post Nr. 100 (29. April 2016), S. 1.

³¹⁷ Seifert, Reformoptimismus, S. 338.

³¹⁸ Vgl. Kabinettsitzungen 1251, 1255, 1265, 1273-1275, 1277, 1282, 1292-1293, 1305, 1309-1310, 1319, 1324-1330, 1348, 1355, 1373-1375, 1399, 1416, 1419, 1422.

³¹⁹ Conze, Eckart, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 484.

³²⁰ Vgl. hierzu Requate, Jörg, Der Kampf um die Demokratisierung der Justiz. Richter, Politik und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik (Campus Historische Studien, Bd. 47), Frankfurt am Main, New York 2008, S. 351f.

geltenden Organisation beurteilten.

Im Februar 1979 berichtete die Presse, dass Nordrhein-Westfalens Innenminister Hirsch, „der Wert auf seine Übereinstimmung in der Radikalenfrage mit Rau“³²¹ lege, „insbesondere auf die Abschaffung der Regelanfrage“ abziele. Zugleich plädiere er dafür, dass der Verfassungsschutzbericht künftig nicht mehr jährlich, sondern quartalsweise oder halbjährlich erscheinen solle, vor allem um die Einstellungsbehörden bestmöglich über die Neubildung von verfassungsfeindlichen Zusammenschlüssen zu informieren. Ausschlaggebend für Hirschs Vorstoß sei die Aufdeckung einer zuvor unbekanntes neonazistischen „Wehrsportgemeinschaft“ in Höxter gewesen.

Friedhelm Farthmann verweist in seiner politischen Programmschrift „Entscheidungsjahre“ aus dem Jahr 1980 auf die Motive der sich in dieser Frage gegenüberstehenden Lager: Während die einen den Aspekt der „Ordnung“ in den Vordergrund rückten, sei für die anderen der Gesichtspunkt der „Freiheit“ ausschlaggebend. Einig seien sich alle Demokraten darin, dass „Verfassungsfeinde [...] nicht in den öffentlichen Dienst“ gehörten und Beamte gefordert seien, „jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“³²². Dissens herrsche jedoch in der Frage, auf welchem Wege die Verfassungstreue im Einzelfall nachzuweisen sei. Der Bund und die Länder hatten sich zunächst auf eine einheitliche Regelung verständigt, nämlich auf die „Regelanfrage“, also auf die „lückenlose und vollständige Karteiüberprüfung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst durch die Behörden des Verfassungsschutzes“³²³. Hiergegen wandte sich die SPD auf ihrem Mannheimer Parteitag im November 1975, die auf ihrem Kölner Europa-Parteitag gut drei Jahre später, am 9. und 10. Dezember 1978, dann sogar ausdrücklich die Abschaffung der Regelanfrage forderte. Nachdem sich auch die FDP auf ihrem Mainzer Parteitag im November 1978 in diese Richtung geäußert hatte, änderten der Bund und einige Bundesländer das Einstellungsverfahren und schafften die Regelanfrage, die als unverhältnismäßig betrachtet wurde, ab.³²⁴ Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte von Kanonen gesprochen, mit welchen man auf Spatzen schieße: Von etwa 1,4 Millionen überprüften Personen wurde lediglich ca. 1.100 die Aufnahme in den öffentlichen Dienst verwehrt.³²⁵ Im Februar 1979 gab der Stellvertretende Ministerpräsident Wirtschaftsminister Werner Klumpp (FDP) für die CDU/FDP-Regierung des Saarlandes bekannt, dass künftig auch das Saarland auf die Regelanfrage verzichte. Kurz zuvor hatte bereits Hamburg die Regelanfrage abgeschafft.³²⁶

In Nordrhein-Westfalen einigte sich die Koalition nach internen Auseinandersetzungen auf das so genannte „Listenmodell“, das eine Anfrage beim Landesverfassungsschutz nur für den Fall vorsah, dass ein Bewerber für den öffentlichen Dienst sich zu einer auf einem vorgelegten Fragebogen oder auf einer Liste aufgeführten, im Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung als „verfassungsfeindlich“ eingestuft Partei

³²¹ Hier und im Folgenden Art. „Öfter Berichte vom Verfassungsschutz“, in: Westfälische Rundschau vom 21. Februar 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

³²² Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 15f.

³²³ Ebd. S. 16.

³²⁴ Vgl. ebd. S. 16f.

³²⁵ Vgl. Stichtag 19. Mai 2006 – Vor 30 Jahren: Neue Richtlinien zum Radikalerlass, <http://www1.wdr.de/stichtag1570.html> (Abruf vom 29.10.2016).

³²⁶ Vgl. Art. „Auch Saarland verzichtet auf Regelanfrage“, in: Handelsblatt vom 16. Februar 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

respektive Organisation bekannte oder die Auskunft hierüber verweigerte. Verneinte der Bewerber eine solche Mitgliedschaft, sollte er eingestellt werden. Die Regelanfrage sollte in Nordrhein-Westfalen dagegen künftig wegfallen. Stattdessen hatte ein Bewerber gemäß dem Beschluss der Landesregierung vom 5. Juni 1979 eine Erklärung abzugeben, in welcher er sich verpflichtete, die Verfassung zu bejahen und aktiv für den Erhalt der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“ einzutreten.³²⁷

Strittig blieben bis zum Ende der achten Wahlperiode die Fragen, „ob die bloße Mitgliedschaft in einer extremen politischen Partei ausreicht, um die fehlende Verfassungstreue zu begründen, wieweit sogenannte Jugendsünden politischer Betätigung später noch verwertet werden dürfen oder wie die Ausbildungszeit in den Fällen zu behandeln ist, in denen der Staat das Ausbildungsmonopol auch für solche Berufe hat, die nicht zum öffentlichen Dienst gehören (z. B. bei Rechtsanwälten oder Wirtschaftsjuristen)“³²⁸. Während die CDU bereits die bloße Mitgliedschaft in einer extremistischen Partei als hinreichenden Grund für die Entlassung aus dem Staatsdienst betrachtete, differenzierte Ministerpräsident a. D. Heinz Kühn im Oktober 1978 drei Kategorien: „Briefträger, Lokführer und Bademeister können Mitglied der DKP etc. sein, Beamte sicherheitsempfindlicher Bereiche wie Polizei und Justiz dürfen keinesfalls Angehörige von DKP oder NPD sein. Und was die Lehrer betrifft, ich bin gegen jede Indoktrination unserer Kinder, ob kommunistisch oder faschistisch. Aber ein junger Radikaler, der die Gewähr dafür bietet, keine Indoktrination zu betreiben, sollte nach einem befriedigend verlaufenen Einstellungsgespräch und im Falle eines insge[s]amt positiven Persönlichkeitsbildes die Chance haben, eingestellt zu werden“³²⁹.

Dass der Themenkomplex „Radikalen-Erlass/Radikale im öffentlichen Dienst“ nicht nur für Kontroversen zwischen Regierung und Opposition beziehungsweise zwischen den Koalitionären sorgte, sondern auch Spannungen innerhalb der NRW-SPD sichtbar wurden, zeigt das Beispiel von Heinz Kühn: Als der ehemalige Ministerpräsident im Herbst 1978 öffentlich äußerte, wer für Kommunisten im Schuldienst eintrete, müsse auch NPD-Mitglieder im Schuldienst befürworten, brachte ihm dies „vor eigenem Publikum zischende Buh-Rufe“ ein.³³⁰

3.6. Politischer Radikalismus und Terrorismus³³¹

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nahm der (Links-)Terrorismus ein Ausmaß von „bislang nicht bekannter und auch für nicht faßbar gehaltener Brutalität“³³² an. Dies hatte Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft: „Wie nichts anderes trieb der Ter-

³²⁷ Die Erklärung findet sich im Wortlaut abgedruckt bei Farthmann, Entscheidungsjahre, Anm. 3, S. 156f.

³²⁸ Ebd. S. 18f.

³²⁹ Zitiert nach Art. „Kühn: Radikalen-Erlass muß neu geregelt werden“ von Jens Feddersen und Horst-Werner Hartelt, in: Neue Ruhr Zeitung Nr. 250 vom 27. Oktober 1978, S. 1 (LAV NRW R RW 292 Nr. 241).

³³⁰ Kommentar „Fast ein Spuk. Wer streitet für die Extremisten?“ von Jens Feddersen, in: Neue Ruhr Zeitung Nr. 250 vom 27. Oktober 1978, S. 2 (LAV NRW R RW 292 Nr. 241).

³³¹ Vgl. Kabinettsitzungen 1274, 1280, 1314, 1316, 1325, 1335, 1337, 1341, 1349, 1358, 1363, 1365, 1367, 1385, 1394, 1398, 1408-1409.

³³² Pöttsch/Hoffmann, Bundesrepublik, S. 14.

rorismus den Aufstieg des Politikfelds ‚Innere Sicherheit‘ voran³³³. Der Terrorismus, namentlich der Linksterrorismus der ‚Rote Armee Fraktion‘ (RAF), beschäftigte nicht nur die Bundesregierung, die vor allem mit dem Strafrechtsänderungsgesetz und dem ‚Anti-Terrorismus-Gesetz‘ zwischen 1976 und 1978 eine Reihe von Änderungen im materiellen Strafrecht sowie im Strafverfahrensrecht auf den Weg brachte. Sie führte die so genannte Rasterfahndung ein und schuf im Bundeskriminalrat eine Abteilung T (‚Terrorismus‘).³³⁴ Der Terrorismus spielte ebenso im Zusammenhang mit dem Thema ‚innere Sicherheit‘ auf der Landesebene und somit im Kabinett eine Rolle. Denn auch Nordrhein-Westfalen gehörte in den Jahren 1975 bis 1980 zum Operationsgebiet der RAF. Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer wurde in Köln entführt und in Erfstadt-Liblar gefangen gehalten. Das RAF-Mitglied Willy-Peter Stoll wurde in Düsseldorf von der Polizei in Notwehr erschossen, zwei Polizeibeamte in einem Wald bei Dortmund von RAF-Mitgliedern getötet. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wurde in Bonn als potenzielles Entführungsoffer ausgespäht. Die Bundeshauptstadt Bonn glich zeitweise einer Stadt im Belagerungszustand.³³⁵ Zugleich bedeutete das Jahr 1977 eine wichtige Zäsur für das strategische Konzept der RAF: An die Stelle von Großoperationen, namentlich erpresserischen Geiselnahmen, wie sie das Jahr 1977 gesehen hatte, sollte fortan die gezielte Tötung von Repräsentanten des ‚Militärisch Industriellen Komplexes‘ sowie von Vertretern des ‚Repressionsapparates‘ treten.³³⁶ Im Rahmen einer Kundgebung in Köln gegen den Terror der RAF, an der in der zweiten Oktoberhälfte des Jahres 1977 mehrere tausend Menschen teilnahmen, bezog Kühn klar Stellung gegen den Terrorismus und forderte ein ‚Zusammenstehen aller Demokraten‘. Er verwies dabei auf die Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik: ‚In der Verteidigung der demokratischen Freiheit und der mitmenschlichen Sicherheit müssen wir der Hundertschaft des Terrors die millionenfache Entschlossenheit der Bürger entgegensetzen, den Terror als eine Geisel [sic!] der Zivilisation und als einen Feind der Freiheit mit allen Mitteln, die uns im Rahmen unserer Verfassung erlaubt sind, auszurotten. [...] Wir werden die Demokratie nicht noch einmal, wie in der Weimarer Republik an mangelnder Verteidigungsbereitschaft der Demokratie zugrunde gehen lassen dürfen. Dazu gehört vieles, auch daß wir den mordverurteilten Baaders aller Namen nicht zu Pflaumenkuchen mit Sahne auch noch Pistolen mit Dynamit in die Zellen reichen lassen‘³³⁷.

Ähnlich entschieden äußerte sich Burkhard Hirsch in einem Zeitzeugengespräch im Jahr 2013, den schmalen Grad zwischen Wahrung der Freiheit und Garantie von Sicherheit für die Bevölkerung skizzierend: ‚Sie können private Gewalt nicht dulden, ob Sie liberaler oder konservativer oder sozialdemokratischer Innenminister sind, das geht nicht [...]. Die Frage, wie weit Sie versuchen, die notwendige staatliche Autorität durch immer höhere Eingriffsbefugnisse zu gewinnen, da liegen die eigentlichen Ge-

³³³ Conze, Suche, S. 472.

³³⁴ Vgl. Pötzsch/Hoffmann, Bundesrepublik, S. 4; Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 21.

³³⁵ Vgl. Peters, Butz, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, 3. Auflage, Frankfurt am Main 2007, S. 397-429, 477, 837f.

³³⁶ Vgl. Horchem, Hans Josef, Der Verfall der Roten Armee Fraktion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 46-47/90 (9. November 1990), S. 54-61, hier S. 56.

³³⁷ Zitiert nach Art. ‚Tausende Kölner gedachten in einem Schweigemarsch der Opfer‘, in: Kölnische Rundschau vom 26. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

gensätze. Ich bin der Überzeugung, dass der Staat zwar Autorität braucht, aber dass er die Autorität nicht gewinnt durch immer mehr Macht, sondern durch Ernsthaftigkeit, durch Maßhalten, durch Kontinuität, auch durch Personen. Durch Vertrauen, durch das Gefühl der Leute, dass Sie es ehrlich meinen, und dass Sie auch eine politische und soziale Gerechtigkeit wollen. Das macht staatliche Autorität aus. Sie brauchen die Polizei, weil Sie Gewalt, Rechtsbruch, und Straftaten nicht hinnehmen, nicht akzeptieren können. Und die Polizei muss so stark sein, dass sie vor keinem weglaufen muss. Welche Machtmittel Sie brauchen und einsetzen, und wie Sie sie einsetzen, das ist das eigentliche Problem. [...] Insofern war die RAF-Zeit für mich eine wirkliche Herausforderung, [...] weil der Erfolg eigentlich nicht darin liegen konnte, immer mehr Gewalt einzusetzen, [...] sondern die Frage, wie man das Nachrücken von Sympathisanten, wie man das austrocknen könnte. Ich habe mich wahnsinnig geärgert, dass ein Mann wie Heinrich Böll da keine klaren Fronten zog. Also, da gab es auch manche Anwälte, die auf beiden Seiten tanzten, das war schon ein Problem, weil ich mir gesagt habe: Diese Narren zerstören unsere Ansätze einer liberalen Innenpolitik. Wir waren ja dabei, Strafdrohungen aufzulockern, den Strafvollzug humaner zu machen, mehr Verhaltensweisen zu entkriminalisieren. Das alles wurde ja unter dem Sicherheitsgedröhn zunichte gemacht und begraben³³⁸.

Bereits im Jahr 1976 hatten auch die CDU-geführten Bundesländer den Anti-Terror-Gesetzen der Bundesregierung ihre Zustimmung erteilt – eine Maßnahme, die etwa von dem als tendenziell konservativ geltenden Deutschen Richterbund begrüßt wurde, auch wenn man dort eine weiter reichende Verschärfung der Gesetzgebung mit noch größerem Wohlwollen aufgenommen hätte.³³⁹ Die Ständige Konferenz der Innenminister beauftragte 1977 eine Expertenkommission mit der Untersuchung der Ursachen für die Entstehung des Terrorismus.³⁴⁰

Ein weiteres, in der achten Wahlperiode in Nordrhein-Westfalen neu geschaffenes Instrument, das der Landesregierung bei der Beschäftigung mit politischem Radikalismus

³³⁸ Zeitzeugengespräch mit Burkhard Hirsch am 18. März 2013 (LAV NRW R RWD Nr. 211).

³³⁹ Vgl. Requate, Kampf, S. 369.

³⁴⁰ Vgl. Pöttsch/Hoffmann, Bundesrepublik, S. 16.

diente, waren die Berichte der Landesregierung über den Rechts- und Linksextremismus im Land Nordrhein-Westfalen.³⁴¹

Zusammenfassend betrachtet trifft sicher die Beobachtung Jörg Requates zu, dass es „unter der Ägide der SPD zum Extremistenbeschluss der Ministerpräsidenten und schließlich zu den Antiterrorgesetzen der Jahre 1974 bis 1977“ kam und somit „das Paradigma der Liberalisierung [...] klar an seine Grenzen gestoßen war“³⁴². Andererseits legte Farthmann 1980 Wert darauf, dass „überaus weitsichtig [...] damals Bundestagsmehrheit und Bundesregierung der Versuchung widerstanden haben, den Rechtsstaat zu überstrapazieren“³⁴³.

3.7. Migration und Integration³⁴⁴

Eine gänzlich andere Gestalt hatten die Fragen von Migration und Integration. Sie gewannen für Nordrhein-Westfalen mit der Anwerbung der „Gastarbeiter“ seit den 1950er und 1960er Jahren an Bedeutung. Auch der am 23. November 1973 verhängte Anwerbestopp für Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten verhinderte nicht, dass die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer durch Zuzug von Familienangehörigen der bereits vor Ort lebenden „Gastarbeiter“ von etwa 2,6 Millionen im Jahr 1971 auf über 4,2 Millionen im Jahr 1987 stieg.³⁴⁵ Zu Beginn der achten Wahlperiode lebten ungefähr 4,5 Millionen Ausländer in Westdeutschland, was in etwa einem Bevölkerungsanteil von 7,5 % entsprach.³⁴⁶ Die Zahl der türkischen Wohnbevölkerung in Westdeutschland stieg zwischen 1974 und 1980 von 910.500 auf über 1,462 Millionen. Die Zahl der Griechen ging von 1973 bis 1981 hingegen um knapp 194.000, die Zahl der Spanier um 77.800 zurück.³⁴⁷ Die aus diesen Zahlen resultierenden Herausforderungen wurden jedoch nicht immer gleich erkannt. Bis zum Jahr 1969 gab es keine als solche deklarierte staatliche Ausländer-, Gastarbeiter- oder Migrationspolitik.³⁴⁸ Obwohl im Jahr 1979 lediglich 1,8 % der ausländischen Arbeitnehmer im Bergbau beschäftigt waren, spielte diese Gruppe für Nordrhein-Westfalen eine recht bedeutende Rolle: Bei der Belegschaft der Ruhrkohle AG betrug der Anteil ausländischer Arbeitnehmer im Jahr 1981 insgesamt etwa 17 %, unter Tage 25 %, in der Kohlegewinnung vor Ort sogar 50 %.³⁴⁹ Man ging lange davon aus, dass die „Gastarbeiter“ eines Tages wieder in ihre Her-

³⁴¹ Vgl. beispielsweise 1408. Kabinettsitzung, TOP I, 8; 1409. Kabinettsitzung, TOP II, 23.

³⁴² Requate, Kampf, S. 396.

³⁴³ Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 23.

³⁴⁴ Vgl. Kabinettsitzungen 1288, 1293, 1380, 1382, 1396, 1401-1402, 1405, 1409, 1413, 1430.

³⁴⁵ Farthmann, Friedhelm, Blick voraus im Zorn. Aufruf zu einem radikalen Neubeginn der SPD, Düsseldorf 1996, S. 98 sowie S. 239 Anm. 30.

³⁴⁶ Vgl. Mende, „Anti-Parteien-Partei“, S. 299. Pöttsch/Hoffmann, Bundesrepublik, S. 32 nennen folgende Zahlen bezüglich der „Ausländerquote“: 1973: 6,4 %, 1979: 6,7 %, 1981: 7,5 % (= 4,6 Mio., davon 2,08 Mio. Männer, 1,38 Mio. Frauen, 1,17 Mio. Kinder unter 16 Jahren).

³⁴⁷ Vgl. Şen, Faruk, Türken in der Bundesrepublik Deutschland, in: Homberg, Hannegret/Möckel, Iris/Pöttsch, Horst (Red.), Türkei (Informationen zur politischen Bildung 223), hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, München 1989, S. 44-48, hier S. 44.

³⁴⁸ Vgl. Stefanski, Valentina Maria, Ausländische Arbeitnehmer, in: Faust, Anselm (Red.), Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C: Quellen und Forschungen, Bd. 31), Düsseldorf 1993, S. 21-26, hier S. 26.

³⁴⁹ Vgl. ebd. S. 23.

kunftsländer zurückkehren würden.³⁵⁰ Dabei lebten 77 % derjenigen Personen, die aus den Hauptanwerbeländern für Gastarbeiter stammten, bereits seit acht oder mehr Jahren in der Bundesrepublik.³⁵¹ Vor allem für türkischstämmige Arbeitnehmer und deren Familien wandelte sich die Bundesrepublik Deutschland „von einem vorübergehenden Arbeitsaufenthaltsland zu einem Daueraufenthaltsland“³⁵².

Nur allmählich brach sich die Erkenntnis Bahn, dass es sich um „bleibende Gäste“ handeln könnte, zu deren Integration man einige Anstrengungen zu unternehmen haben würde. Im Editorial zum wda-magazin/Welt der Arbeit heißt es in der Ausgabe vom Mai 1976: „Was geschieht mit den Gastarbeitern, die bei uns bleiben wollen, die wir brauchen? [...] Allzu naiv wurden allzu lange nur Arbeitskräfte gerufen, die die Wirtschaft brauchte. Aber es kamen Menschen. Menschen auf Abruf? Die ‚Arbeitskräfte‘ sind nicht allein gekommen. Familien sind da, Kinder, Schulkinder. Gastarbeiter – oder wie immer man sie nennen mag – leben nicht im luftleeren Raum, sie leben mitten in dieser Gesellschaft. Wir müssen das Zusammenleben mit ihnen lernen“³⁵³. Der Integrationsgedanke war zu diesem Zeitpunkt dringend erforderlich geworden: Teile der deutschen Mehrheitsbevölkerung hegten Ressentiments. Man lebte eher nebeneinander her als miteinander. So ergab eine Studie der in Köln ansässigen „Deutschen Gesellschaft für sozialanalytische Forschung“, dass 85 Prozent der Bundesbürger der auf die Gastarbeiter bezogenen Aussage zustimmten: „Wir brauchen sie, aber sie sollen uns nicht stören“³⁵⁴. Die „Einwanderungswelle traf auf eine unvorbereitete und daher verständnislose Öffentlichkeit“³⁵⁵, obwohl spätestens seit Mitte der 1970er Jahre auch Bemühungen um Integration, Verständigung und Abbau von Ressentiments zu verzeichnen waren, wie etwa die vonseiten der Gewerkschaften und der Bundeszentrale für politische Bildung.³⁵⁶ Zu diesen Bemühungen zählten auch die auf einer dreistufigen Einteilung basierenden Richtlinien zur Beschulung von – wie es im damaligen Sprachjargon hieß – „Ausländerkindern“, die Kultusminister Girgensohn im Frühjahr 1976 in seinem Ressort erstellen ließ: In Deutschland geborene Kinder mit guten deutschen Sprachkenntnissen sollten in Regelklassen beschult werden, wobei ihnen im zweiten Schuljahr die Sprache ihres Herkunftslandes als Unterrichtsfach angeboten werden sollte; ältere Kinder sollten jahrgangsstufenweise in zweijährigen Vorbereitungsklassen zusammengeführt werden, wobei die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die Abschlussprüfung gemäß den Regularien des Herkunftslandes zu absolvieren; eine weitere Variante sah einen zweisprachigen Unterricht vor, bei dem Lernende eines gemeinsamen Herkunftslandes bis zu sechs Jahre in einem Klassenverband zusammenbleiben

³⁵⁰ Vgl. Art. „NRW: Unterricht für Ausländerkinder bald nur noch zweisprachig“ von Hans-Jörg Husong, in: Westdeutsche Allgemeine vom 20. Mai 1976 (LAV NRW R NW 756 Nr. 165).

³⁵¹ Mende, „Anti-Parteien-Partei“, S. 299.

³⁵² Şen, Türken, S. 47.

³⁵³ LAV NRW R RW 204 Nr. 484.

³⁵⁴ Art. „Der Stress beginnt nach Feierabend“, in: wda-magazin/Welt der Arbeit (Mai 1976), S. 26f., hier S. 26 (LAV NRW R RW 204 Nr. 484).

³⁵⁵ Ebd.

³⁵⁶ So etwa im in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, entstandenen wda-magazin (= „Welt der Arbeit. Die Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes“) vom Mai 1976 mit dem Titel „Hinausgewünscht und doch benötigt. Gastarbeiter in der Bundesrepublik“; hier insbesondere das unter der Überschrift „Giovanni ist ein As“ firmierende Fallbeispiel einer Hauptschule in Recklinghausen mit türkischen und italienischen Migrantenkindern (LAV NRW R RW 204 Nr. 484).

und erst nach und nach in „deutsche Klassenverbände“ integriert werden sollten.³⁵⁷ Insgesamt betrachtet tat sich die nordrhein-westfälische Landesregierung mit dem Themenkomplex „Zuwanderung, Gastarbeiter, Integration“ jedoch lange Zeit schwer. Friedhelm Farthmann zum Beispiel hielt 1996 rückblickend fest: „Die Ausländerpolitik [...] hat wie kein zweites Thema in den letzten Jahren Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie aufbrechen lassen“³⁵⁸. Diese Aussage besitzt nicht nur Gültigkeit in Hinsicht auf die Frage nach der Begrenzung des Asylrechts in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, die Farthmann hier in erster Linie im Blick hatte. Schon in der achten Wahlperiode gab es bezüglich des Umgangs mit der „Gastarbeiter“-Frage Berührungspunkte, wenn nicht gar eine inhaltliche Schnittmenge zwischen der oppositionellen CDU und (Teilen) der FDP-Fraktion. Geradezu sinnbildlichen Charakter hatte in diesem Zusammenhang die Reaktion der drei FDP-Landtagsabgeordneten Silke Gerigk-Groht³⁵⁹, Jürgen Hinrichs³⁶⁰ und Wolfgang Heinz auf einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion zur Verbesserung der Bildungschancen der ausländischen Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen: Dieser wurde „als ‚realistische und sachliche Beratungsgrundlage‘ begrüßt“³⁶¹. Darüber hinaus forderten die genannten Abgeordneten „die Landesregierung, zum wiederholten Male“ auf, den in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Rau angekündigten Maßnahmenkatalog vorzulegen³⁶². Arbeits- und Sozialminister Farthmann mahnte solidarische Hilfe von Staat und Gesellschaft für die volle gesellschaftliche Integration der ausländischen Arbeitnehmer an und konstatierte 1980: „Die wohl wichtigste Herausforderung an die Solidarität in unserer Gesellschaft bilden die ausländischen Arbeitnehmer“³⁶³. Tatsächlich lag der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit bei den Gastarbeitern mit 6,6 % 1,4 Prozentpunkte über demjenigen des Bevölkerungsdurchschnitts von 5,2 %.³⁶⁴ Zwei Aspekte lagen Farthmann besonders am Herzen: verbesserte Bildungschancen für Kinder ausländischer Arbeitnehmer und eine Vermeidung beziehungsweise Beseitigung von ghettoartigen Wohnverhältnissen ausländischer Familien.³⁶⁵ Auf der anderen Seite klangen auch bei Farthmann die Ängste an, die viele – auch Sozialdemokraten – mit dem Thema „Ausländer“, insbesondere aber mit dem Thema „Asyl“ verbanden.³⁶⁶ Die Tatsache, dass von den annähernd 2.400 in der Stadt Duisburg gemeldeten ausländischen Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren 43 % weder eine Arbeiterlaubnis besaßen noch eine Schule besuchten, bezeichnete Farthmann

³⁵⁷ Vgl. Art. „NRW: Unterricht für Ausländerkinder bald nur noch zweisprachig“ von Hans-Jörg Husong, in: Westdeutsche Allgemeine vom 20. Mai 1976 (LAV NRW R NW 756 Nr. 165).

³⁵⁸ Farthmann, Blick, S. 97.

³⁵⁹ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00050 (Abruf vom 05.04.2016).

³⁶⁰ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00073 (Abruf vom 05.04.2016).

³⁶¹ Art. „Düsseldorf: FDP lobt CDU-Vorstoß“, in: Ruhr Nachrichten vom 25. April 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

³⁶² Ebd.

³⁶³ Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 106.

³⁶⁴ Vgl. Urbaniak, Hans, Solidarität ohne nationale Grenzen, in: wda-magazin/Welt der Arbeit (Mai 1976), S. 11 (LAV NRW R NW 204 Nr. 484).

³⁶⁵ Vgl. Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 106f.

³⁶⁶ Vgl. Farthmann, Blick, S. 98.

als „ungeheuerlich“³⁶⁷. Farthmann fürchtete ghettoähnliche Zustände vor Ort und ein erschwertes Zusammenleben von einheimischer Bevölkerung einerseits und aus der Türkei stammenden Neubürgern andererseits.³⁶⁸

Der Kommentator der „Ruhr Nachrichten“ sah ebenfalls eine Mitverantwortung bei der deutschen Mehrheitsbevölkerung sowie bei den betreffenden Einrichtungen der Herkunftsländer: „Gewiß werden sich viele Bundesbürger fragen lassen müssen, ob sie genug tun, um den Ausländern das Mitleben zu erleichtern. Aber auch Regierungen, Botschaften und Konsulate der Ausländer sollten prüfen, ob sie die Vorbereitung und Betreuung ihrer Bürger ernst genug nehmen. Integrationsbereitschaft ist keine Sache nur einer Seite, dem ‚Nutzen‘ der Gastarbeiterbeschäftigung steht gleichrangig die Frage der sozialen Verantwortung gegenüber“³⁶⁹. Dies war ganz im Sinne Farthmanns, der die Bereitschaft der deutschen Mehrheitsbevölkerung einforderte, „den ausländischen Arbeitskollegen, Mitschüler und Nachbarn als gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft anzuerkennen und zu behandeln“³⁷⁰.

Auch die Parteien selbst erreichte die Frage nach der Integration von Ausländern. So beschloss die CDU Rheinland auf ihrem 30. Landesparteitag im November 1976, künftig auch Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit als Mitglieder aufzunehmen, falls diese seit mindestens drei Jahren in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaft waren und sich für die Dauer eines Jahres als Gast in der Partei betätigt hatten. Die Satzungsänderung sah ferner vor, auch die Vorstandsgremien für Ausländer zu öffnen.³⁷¹ So emotional aufgeladen, ja regelrecht vergiftet wie nach der christdemokratisch-liberalen „Bonner Wende“ von 1982/83 war die politische Debatte um den Themenkomplex „Ausländer – Gastarbeiter“ in der achten Wahlperiode noch nicht.³⁷²

Auf der einen Seite hielt das nordrhein-westfälische Kabinett in den vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit Kabinettsvorlage vom 31. März 1980 vorgelegten „Leitlinien zur Ausländerpolitik der Landesregierung Nordrhein-Westfalen“ fest: „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Auf der anderen Seite wurde diese Aussage um das Bekenntnis zur Verantwortung gegenüber den bereits im Land befindlichen Zugewanderten ergänzt: „Die Landesregierung bekennt sich jedoch zu ihren Verpflichtungen, die sich aus der langfristigen Aufenthaltsdauer der hier lebenden ausländischen Arbeitnehmer ergeben“³⁷³.

Ein weiteres wichtiges Themenfeld im Gesamtkomplex „Migration“ waren die Flüchtlinge und Asylbewerber. Die Zahl der Asylsuchenden war in der Bundesrepublik im Laufe der 1970er Jahre deutlich gestiegen: von 11.627 im Jahr 1976 auf 107.818 im Jahr 1980.³⁷⁴ Das Land Nordrhein-Westfalen hatte gemäß dem Verteilerschlüssel für

³⁶⁷ Art. „Ohne Schule und Arbeit am Rand der Kriminalität“, in: Ruhr Nachrichten vom 2. Juni 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

³⁶⁸ Vgl. hierzu auch Farthmann, Blick, S. 97.

³⁶⁹ Kommentar „Die Ausländer. Genug getan?“ von Klaus Reinmöller, in: Ruhr Nachrichten vom 2. Juni 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

³⁷⁰ Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 107.

³⁷¹ Vgl. Art. „CDU Rheinland nimmt auch Ausländer auf“, in: Aachener Volkszeitung vom 29. November 1976 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

³⁷² Vgl. Mende, „Anti-Parteien-Partei“, S. 297.

³⁷³ Vgl. 1430. Kabinettsitzung, TOP II, 6.

³⁷⁴ Pöttsch/Hoffmann, Bundesrepublik, S. 32 nennt folgende Zahlen: 5.388 (1971), 11.627 (1976), 33.136 (1978), 51.493 (1979), 107.818 (1980).

Asylbewerber 31,7 % der Antragstellenden aufzunehmen. Akut wurde diese Frage in der achten Wahlperiode beispielsweise im November 1978, als das Kabinett sich mit der Rückführung illegal eingereister Pakistani sowie mit der Aufnahme 1.000 weiterer vietnamesischer Flüchtlinge („Boatpeople“) befasste.³⁷⁵ Die „Eingliederung der Aussiedler“ beschäftigte die Landesregierung ebenfalls.³⁷⁶

3.8. Familie und Jugend³⁷⁷

Ein Themenfeld, das weder in der zeitgenössischen medialen Berichterstattung nennenswerten Niederschlag fand noch in der Überblicksliteratur zur Landes(zeit)geschichte, im Kabinett der achten Wahlperiode aber gleichwohl häufiger und in verschiedenen Kontexten und Projekten zur Sprache kam, ist das von „Familie“ und „Jugend“. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang etwa die Fragen nach der Unterbringung drogenabhängiger und schuldunfähiger Jugendlicher sowie nach der personellen Betreuung jugendlicher Untersuchungshäftlinge³⁷⁸ oder die Bemühungen um geeignete Erziehungsheime für jugendliche Untersuchungsgefangene.³⁷⁹ Mitte November 1975 kündigte die Landesregierung an, unter Federführung des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales „bis Ende 1977 einen Bericht zur Lage der Familie in Nordrhein-Westfalen“ vorzulegen.³⁸⁰ Der ursprünglich vorgesehene „Bericht über die Situation des Kindes in Nordrhein-Westfalen“ wurde gemäß Kabinettsbeschluss vom 18./19. Dezember 1975 nicht erstellt.³⁸¹ Die Initiative zur Erstellung dieses Berichts beruhte auf einem Beschluss des Parlaments vom 17. Oktober 1974, einen umfassenden Bericht über die Situation des Kindes vorzulegen und dazu eine unabhängige Fachkommission einzusetzen. Mit dem Hinweis auf nicht beantragte und somit nicht vorhandene Haushaltsmittel plädierten das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) sowie die Staatskanzlei für den Verzicht auf die Erstellung des Berichts.³⁸² Allerdings legte die Landesregierung im Jahr 1979 das Programm „Für ein kinderfreundliches Nordrhein-Westfalen“ auf.³⁸³ Nahezu zeitgleich legte sie dem Landtag den „Bericht der Landesregierung über die Lage der Jugend und über die Maßnahmen der Jugendhilfe im Lande“ vor.³⁸⁴ Ferner stand die Entwicklung eines Gesamtkonzepts zum Thema „Zukunftschancen der jungen Generation“ auf der Agenda des Kabinetts.³⁸⁵ So setzte die Landesregierung eine unabhän-

³⁷⁵ Vgl. 1380. Kabinettsitzung, TOP IV, 2 und 3; 1382. Kabinettsitzung, TOP III, 5; 1402. Kabinettsitzung, TOP III, 7.

³⁷⁶ Vgl. 1401. Kabinettsitzung, TOP II, 8.

³⁷⁷ Vgl. Kabinettsitzungen 1264, 1268, 1270, 1274, 1276, 1283, 1285, 1296, 1298-1299, 1309, 1323, 1333, 1339, 1349, 1351, 1357, 1360, 1363, 1368, 1373-1374, 1387-1389, 1396, 1398, 1400-1403, 1405, 1409, 1411, 1419, 1422-1427, 1431.

³⁷⁸ Vgl. 1400. Kabinettsitzung, TOP III, 1.

³⁷⁹ Vgl. 1411. Kabinettsitzung, TOP IV, 4.

³⁸⁰ Vgl. 1264. Kabinettsitzung, TOP II, 16.

³⁸¹ Vgl. 1268. Kabinettsitzung, TOP III, 5.

³⁸² Vgl. Vermerk des MAGS vom 17.12.1975 und Vermerk der Staatskanzlei vom 18.12.1975 zur 1268. Kabinettsitzung.

³⁸³ Vgl. 1401. Kabinettsitzung, TOP II, 10; 1402. Kabinettsitzung, TOP I, 23.

³⁸⁴ Vgl. 1419. Kabinettsitzung, TOP II, 18.

³⁸⁵ Vgl. 1401. Kabinettsitzung, TOP II, 20.

gige Wissenschaftlerkommission ein, die sich dem Thema annehmen sollte.³⁸⁶ Ein grundlegendes Ziel der Familien- und Jugendpolitik der Landesregierung formulierte Farthmann in einer Kabinettsvorlage zur Ausschreibung des Landeswettbewerbs „Vorbildliches zum Jahr des Kindes 1979“: „Die Freiheit der Entfaltung des einzelnen nimmt unter den Grundwerten unserer gesellschaftlichen Ordnung einen besonders hohen Rang ein. Die Erwachsenen haben ihre Ansprüche auf eigene Entfaltung vielfältig formuliert und arbeiten an ihrer Verwirklichung. Aber auch Kinder sind Träger der Grundrechte. Sie sind jedoch in den Lebensverhältnissen unserer Industriegesellschaft vielfach beengt und beeinträchtigt; in der Durchsetzung ihrer Rechte sind sie auf die Hilfe der Erwachsenen angewiesen. Der Wettbewerb will dazu anregen, diese Hilfsbereitschaft zu fördern und dem Kind in der Gesellschaft mehr Freiheit für seine Entfaltung und damit bessere Entwicklungschancen zu erwirken“³⁸⁷.

Im April 1980 beschloss das Kabinett, dem Landtag den auf einer Kabinettsvorlage des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales basierenden „Zweiten Familienbericht der Landesregierung“ vorzulegen.³⁸⁸ Die Integration junger Zuwanderer, der Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit, die Erhöhung des Gewährleistungsbetrages für Hebammen, die Steuerentlastung und Förderung von Familien sowie die Ausgestaltung des Unterhaltsvorschussgesetzes waren weitere Aspekte, die im Kabinett behandelt wurden.³⁸⁹

3.9. Frauen in der Landespolitik³⁹⁰

Die Frage nach der Politik für und nach der Förderung von Frauen ist ein weiteres Thema der achten Legislaturperiode, das auch in der Landespolitik der Gegenwart präsent ist und für Kontroversen sorgt.³⁹¹ Zu Beginn der achten Wahlperiode besaß der Aspekt der Gleichstellung aus verschiedenen Gründen Aktualität, Bedeutung und Brisanz. So war im Jahr 1980 bundesweit erstmals die Hälfte des Abiturjahrgangs weiblichen Geschlechts, weshalb man durchaus von einem „besondere[n] Datum in der Geschichte der Frauenbildung“ sprechen kann.³⁹² Der weibliche Anteil an Ministerposten, Parteiämtern, Gremien- und Parlamentszugehörigkeiten blieb jedoch noch immer weit hinter dem weiblichen Bevölkerungsanteil zurück, wobei diese Diskrepanz mit zunehmender Bedeutung der jeweiligen Aufgabe beziehungsweise Position deutlicher ausfiel.³⁹³ Dennoch drohte die Frauenfrage in der nordrhein-westfälischen Landespolitik in den Hintergrund zu treten: Während Ministerpräsident Kühn noch im Wahlkampf

³⁸⁶ Vgl. 1402. Kabinettsitzung, TOP I, 21.

³⁸⁷ Kabinettsvorlage des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 28. November 1978 (http://www.archive.nrw.de/LAV_NRW/jsp/edition.jsp?expandId=5881&id=1&archivNr=185&naviId=5802&y=638 [Abruf vom 29.10.2016]).

³⁸⁸ Vgl. 1431. Kabinettsitzung, TOP I, 6.

³⁸⁹ Vgl. 1409. Kabinettsitzung, TOP II, 30 und 31; 1425. Kabinettsitzung, TOP IV, 5; 1426. Kabinettsitzung, TOP III, 1; 1427. Kabinettsitzung, TOP I, 11.

³⁹⁰ Vgl. Kabinettsitzungen 1253, 1268, 1329, 1335, 1353-1354, 1358, 1374, 1396-1397, 1402-1403, 1405, 1422, 1424.

³⁹¹ Vgl. beispielsweise Art. „Frauenförderung unter Druck“, in: Neue Ruhr Zeitung Nr. 222 (22. September 2016), S. NPL 1.

³⁹² Zymek, Konstellationen, S. 139.

³⁹³ Zu ähnlichen Verhältnissen in der französischen Sozialistischen Partei im Jahr 1977 vgl. Bourdieu, Unterschiede, S. 635.

versprochen hatte, die Frauen in seiner neuen Landesregierung an „herausgehobener“ Stelle zu berücksichtigen,³⁹⁴ blieb der Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Inge Donnepp als „Trostpfaster“, wie die „Westdeutsche Allgemeine“ schrieb,³⁹⁵ lediglich die Rolle als „Landesmutter“ in Bonn: Sie erhielt nur noch ein „Alibi-Ministerium“, nämlich das Ministerium für Bundesangelegenheiten. Zunächst war Donnepp für das Sozialressort vorgesehen gewesen, doch „[n]ach heftigen Protesten aus Kreisen des DGB“³⁹⁶ ruderte der Ministerpräsident zurück und entschied sich für den von den Gewerkschaftern favorisierten Friedhelm Farthmann, der zuvor die Übernahme eines aus dem Arbeits- und Gesundheitsministerium ausgegliederten Ressorts für Arbeit und Umwelt vehement abgelehnt hatte. Auch zahlreiche Schreiben und Telegramme sozialdemokratischer Frauen, die sich für ihre Vorsitzende einsetzten, konnten Kühn nicht mehr umstimmen.³⁹⁷ So kam die „Westdeutsche Allgemeine“, die von „scharfer Konkurrenz“ zwischen SPD-Gewerkschaftern und SPD-Frauen sprach, zu dem Schluss, dass „der DGB über die Frauen gewonnen“ habe.³⁹⁸ Einen Befreiungsschlag sollte die Berufung der in Frauenfragen engagierten Sozialdemokratin Barbara von Sell zur „Beauftragten für Frauenfragen beim Ministerpräsident [sic!] des Landes Nordrhein-Westfalen“ darstellen. Allerdings war von Sell kein allzu großer Erfolg beschieden. Im Gegenteil: Die Presse betrachtete das Amt der Frauenbeauftragten als eine Art „Feigenblatt“ der Landesregierung, das mit zu geringen Entscheidungskompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten ausgestattet sei. Die „Ruhr Nachrichten“ zählten die Berufung von Sells, die von der Landesregierung „dann schnell im Stich gelassen“ worden sei, zu den „Fehlleistungen“ der Regierung Kühn.³⁹⁹ Bereits zu Beginn der Wahlperiode hatte Gerd Goch in der „Westdeutschen Allgemeinen“ darauf hingewiesen, dass von Sell mit ihrem Staatssekretariat für Frauenfragen „unter dem Patronat von Heinz Kühn“ stehe und jenes „mehr der Optik“ diene. Für die Frauen sei auf diese Weise „nicht viel Honig zu saugen“⁴⁰⁰.

Auch von Sell selbst schätzte ihre Einflussmöglichkeiten als gering ein und gab noch im ersten Jahr der achten Wahlperiode das Amt der Beauftragten für Frauenfragen zurück.⁴⁰¹ Herbert Schnoor sieht einen weiteren Grund für den frühen Rücktritt im – für ihre Partei vielleicht schon zu intellektuellen – Profil von Sells: „Aber manche hatten den Eindruck, wir müssten auch [eine] Straßenbahnschaffnerin [...], eine Frau aus dem Volk haben. Und das hat möglicherweise dann auch dazu geführt, dass sie zurückgetreten ist. Für Heinz Kühn lag es nahe, sich für Frau von Sell auszusprechen. Er gehörte [...] dem Rundfunkrat an, und [Herr] von Sell war [...] Intendant des Rundfunks, und

³⁹⁴ Vgl. Kommentar „Nur Trostpflaster“ von Gerd Goch, in: Westdeutsche Allgemeine vom 12. Mai 1975 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

³⁹⁵ Ebd.

³⁹⁶ Art. „Kühn unter Druck: DGB für Farthmann als Arbeitsminister“ von Gerd Goch, in: Westdeutsche Allgemeine vom 12. Mai 1975 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

³⁹⁷ Vgl. ebd.

³⁹⁸ Kommentar „Nur Trostpflaster“ von Gerd Goch, in: Westdeutsche Allgemeine vom 12. Mai 1975 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

³⁹⁹ Kommentar „Der ‚NRW-Report‘“ von E. Aeckersberg, in: Ruhr Nachrichten vom 7. März 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁰⁰ Kommentar „Nur Trostpflaster“ von Gerd Goch, in: Westdeutsche Allgemeine vom 12. Mai 1975 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁰¹ Vgl. 1268. Kabinettsitzung.

er kannte dadurch Frau von Sell recht gut⁴⁰². Trotz ihres vorzeitigen Ausscheidens blieb von Sell mit dem späteren Ministerpräsidenten Johannes Rau bis in die 1990er Jahre sporadisch in Kontakt.⁴⁰³ Die Aufgaben der Beauftragten für Frauenfragen wurden dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Bundesangelegenheiten, also Inge Donnepp, zugewiesen.⁴⁰⁴

Es war mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Farthmann ein Vertreter des Gewerkschaftsflügels der SPD, der Donnepp in der Funktion des Frauenbeauftragten im Zuge der Regierungsumbildung unter dem Ministerpräsidenten Johannes Rau nachfolgte: „In der Tat, die ganzen frauenpolitischen Aktivitäten damals, insbesondere [...] die ganze Bewegung um Mädchen in [...] Männerberufen, das hab' ich alles gemacht, [...] weil ich dafür die [...] entsprechenden büromäßigen Kompetenzen hatte. Und dann war ich die erste Frauenbeauftragte, damals hat da auch keiner irgendwie Anstoß dran genommen, [es] haben alle gesagt: Ja klar, der Sozialminister muss das machen“⁴⁰⁵.

3.10. Natur- und Umweltschutz⁴⁰⁶

Seit Ende der 1960er Jahre drängte der Themenkomplex „Umwelt“ und „Umweltschutz“ „mit Macht auf die öffentliche Agenda der Bundesrepublik“⁴⁰⁷. Dabei erfasste die Ökologiediskussion zunächst nicht in erster Linie die politische Linke oder liberale Kreise, sondern vornehmlich konservative Netzwerke, die traditionell einer liberalen Wachstums- und Fortschrittsgläubigkeit mit Skepsis begegneten. Undogmatische wie dogmatische Protagonisten der politischen Linken „stiegen vergleichsweise spät in die Umweltdebatte ein“⁴⁰⁸. In den 1970er Jahren erfolgte also bei etlichen linken Gruppierungen ein Umdenken in Sachen „Umwelt“. Auch Hubert Weinzierl, der 1975 zu den Gründern des „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) zählte, sieht den Beginn der grünen „Denkwende“ in der Dekade zwischen 1970 und 1980.⁴⁰⁹ In diesem Jahrzehnt wurde die deutsche Gesellschaft in zunehmendem Maße für umweltpolitische Fragen sensibilisiert: „Die größte Resonanz in der Öffentlichkeit fanden fraglos die Initiativen, die sich mit ökologischen Problemen beschäftigten. Das durch immer neue Meldungen über Belastungen, Mißstände und Katastrophen hellwach gewordene Umweltbewußtsein führte zu Bürgeraktivitäten, die selbst unmittelbar Abhilfe zu schaffen versuchten und überdies politische Entscheidungen forderten. [...] Es war unschwer abzusehen, daß von allen außerparlamentarischen Initiativen die Umweltbewegung die größte Aufmerksamkeit und die meiste Anhängerschaft bekommen

⁴⁰² Zeitzeugengespräch mit Herbert Schnoor am 30. Januar 2013 (LAV NRW R RWD Nr. 208).

⁴⁰³ Vgl. hierzu die verschiedenen Einladungsschreiben von Friedrich-Wilhelm und Barbara von Sell an Rau, datierend aus den Jahren 1978 bis 1994 (LAV NRW R NW 716 Nr. 860).

⁴⁰⁴ Vgl. 1268. Kabinettsitzung.

⁴⁰⁵ Zeitzeugengespräch mit Friedhelm Farthmann am 21. Februar 2013 (LAV NRW R RWD Nr. 209).

⁴⁰⁶ Vgl. Kabinettsitzungen 1261, 1264-1266, 1275, 1282, 1289, 1292, 1297, 1300-1301, 1303, 1305, 1308, 1310-1311, 1315, 1317-1320, 1323, 1326, 1330, 1332, 1334-1336, 1345, 1349, 1352, 1354, 1363, 1365-1366, 1373-1374, 1384-1385, 1389, 1393-1396, 1401-1402, 1404, 1407, 1411, 1414, 1416, 1418, 1424, 1427-1429, 1432-1433, 1435.

⁴⁰⁷ Mende, „Anti-Parteien-Partei“, S. 290.

⁴⁰⁸ Ebd. S. 291.

⁴⁰⁹ Vgl. Grossarth, Jan, Schrupf dich glücklich. Das Zukunftsbild des Hubert Weinzierl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 133 (11. Juni 2012), S. 16.

würde⁴⁴⁰.

Zu dieser umweltpolitischen Sensibilisierung trugen einzelne Ereignisse und Phänomene bei, die einen nachhaltigen Eindruck in der Bevölkerung hinterließen. So setzte am 10. Juli 1976 eine Explosion in der Produktionsanlage der zum Hoffmann-La Roche-Konzern gehörenden „Industria Chimica Meda Società“ (ICMESA) eine Dioxinwolke frei, die 1.800 Hektar Land um die italienische Kleinstadt Seveso verseuchte.⁴⁴¹ Dieser Unfall „ging wie kaum eine andere Umweltkatastrophe in das kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik ein“⁴⁴². Gleichwohl blieb die Umweltpolitik als solche in den 1970er Jahren – anders als in der Folgedekade – „ein klar umgrenzter Politikbereich“⁴⁴³.

Davon unabhängig kam es ab Mitte der 1970er Jahre zur Gründung verschiedener umweltbewegter Organisationen mit durchaus unterschiedlichem Charakter: BUND 1975, Öko-Institut e. V. in Freiburg 1977, die „GRÜNEN“ 1979/80, „Robin Wood“ 1982. Im Jahr 1977 waren etwa zwei Millionen Bundesbürger in einer der 750 Gruppen aktiv, die sich im „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) zusammengeschlossen hatten.⁴⁴⁴ Öffentlichkeitswirksam und effektiv wurden durch die „Neuen sozialen Bewegungen“ in vielen Fällen Belange des Umweltschutzes mit anderen Aspekten verknüpft, so etwa mit der Furcht vor „Technologierisiken“, namentlich der Atomenergie.⁴⁴⁵ Emanzipatorische wie ökologische Aspekte verbanden sich zu einem „Polit-Cocktail“, der die traditionell auf die Themen Gleichheit und Beschäftigung fixierte SPD in Bedrängnis brachte.

Auch im Land Nordrhein-Westfalen fanden Fragen des Umweltschutzes ihren Widerhall. Die sozialliberale Landesregierung wurde indes nicht unbedingt als Vorreiterin in Sachen Umweltschutz wahrgenommen. Dies schuf den für die Etablierung einer neuen politischen Kraft wie den „Grünen“ nötigen Freiraum auch auf Landesebene, wenngleich Nordrhein-Westfalen bis auf weiteres ein schwieriges „Pflaster“ für die junge Partei blieb. Letztlich gelang es der SPD nicht, wie es sich am Ende der achten Wahlperiode und namentlich bei den Landtagswahlen im Mai 1980 in Form einer Hinwendung „alternativ“ und ökologisch orientierter Kreise zu der jungen Partei der „Grünen“ zeigen sollte, „das neue, durch die neuen sozialen Bewegungen politisierte Wählerpotential dauerhaft an sich zu binden“⁴⁴⁶.

Gleichwohl hatten führende Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen die Bedeutung, aber auch die potenziellen Nachteile eines intensivierten Umweltschutzes erkannt. Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann sprach sich im Juni 1977 für die Gleichrangigkeit von Interessen des Umweltschutzes und des Arbeitsmarktes aus. Im

⁴⁴⁰ Pöttsch/Hoffmann, Bundesrepublik, S. 5.

⁴⁴¹ Vgl. Uekötter, Frank/Kirchhelle, Claas, Wie Seveso nach Deutschland kam. Umweltskandale und ökologische Debatte von 1976 bis 1986, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 317-334, hier S. 319.

⁴⁴² Ebd. S. 318.

⁴⁴³ Ebd. S. 317.

⁴⁴⁴ Vgl. Pöttsch/Hoffmann, Bundesrepublik, S. 16.

⁴⁴⁵ Vgl. Kemper, Claudia, International, national, regional. Die Organisation „Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges“ und der Wandel im anti-atomaren Protest in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 555-579, hier S. 561.

⁴⁴⁶ Vgl. Meyer, Thomas/Scherer, Klaus-Jürgen, Parteien in der Defensive? Plädoyer für die Öffnung der Volkspartei, in: Meyer, Thomas/Scherer, Klaus-Jürgen/Zöpel, Christoph, Parteien in der Defensive? Plädoyer für die Öffnung der Volkspartei, Köln 1994, S. 18-144, hier S. 39.

Rahmen des „Tages des Umweltschutzes“ wies er aber anlässlich des Besuches einer neuen Entstaubungsanlage für das Siemens-Martin-Stahlwerk der Mannesmann-Hüttenwerke AG in Duisburg-Huckingen darauf hin, dass Umweltschutzpolitik nicht zu Lasten der Arbeitsmarktpolitik, namentlich der Wirtschafts- und Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen, betrieben werden dürfe.⁴¹⁷ Die Bundesregierung legte im Jahr 1978 ein „Umweltgutachten“ vor und bewies somit ebenfalls ein Problembewusstsein. Bereits wenig später schien die „Flut der Literatur zum Umweltschutz [...] nicht mehr überschaubar“⁴¹⁸.

Im Jahr 1980 konstatierte Farthmann in seiner bereits erwähnten Monografie „Entscheidungsjahre“, dass es die Pflicht einer freiheitlichen Politik sei, „die Bemühungen zur Erhaltung unserer Umwelt konsequent und verstärkt fortzusetzen. Alle materiellen Verbesserungen des Lebensstandards [...] sind letztlich sinnlos, wenn die Erträge der geleisteten Arbeit nicht mehr in einer lebenswerten Umwelt genossen werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, werden große Anstrengungen und auch materielle Opfer nötig sein, sowohl von der öffentlichen Hand als auch von Unternehmen und Verbrauchern. Da der Regelungsmechanismus des Marktes hier weitgehend versagt, muß der Gesetzgeber mit Auflagen und – soweit erforderlich – auch mit Produktionsverboten eingreifen“⁴¹⁹. Und weiter: „Natürlich können durch umweltpolitische Maßnahmen die Produktionskosten erhöht, Investitionen verhindert oder verzögert und damit Arbeitsplätze gefährdet werden. So gesehen ist Umweltpolitik stets eine äußerst schwierige Gratwanderung zwischen dem, was aus Gründen des Umweltschutzes notwendig ist, und dem, was wirtschaftspolitisch noch soeben tragbar ist. Den Mut zu dieser Gratwanderung müssen wir jedoch im Interesse unserer Zukunftssicherung aufbringen“⁴²⁰. Viererlei forderte Farthmann von einer künftigen Umweltpolitik: politische Initiativen zur Hebung der Luftqualität, zum Gewässerschutz, zur Dämpfung und Vermeidung der Lärmbelästigung sowie zum Schutz vor chemischen Giftstoffen. Ferner solle bei „künftigen Industrieansiedlungs- und Verkehrsvorhaben [...] Rücksicht auf die Erhaltung der natürlichen Lebensräume der Pflanzen- und Tierwelt genommen werden“. Schließlich solle „[i]m Zusammenhang mit der Regulierung von Umweltschäden [...] erwogen werden, die bestehende Verschuldenshaftung durch eine Gefährdungshaftung zu ersetzen“⁴²¹. Obwohl der Konflikt zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen damit deutlich erkannt und benannt war, gaben bei der Positionierung der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen in der Regel die ökonomischen Gesichtspunkte den Ausschlag.

Dabei konnte es sein, dass der Natur- und Umweltschutz „unbeabsichtigte Schützenhilfe“ erhielt. So plädierten Vertreter von Stadtentwicklung und Stadterneuerung für den Ausbau von Grün- und Freiflächen in den Städten, ohne dabei expressis verbis den Umweltschutz im Sinn zu haben. Selbst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre taucht der Begriff „Umwelt“- oder „Naturschutz“ in einer Druckschrift des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr nicht auf. Vielmehr wird die Forderung

⁴¹⁷ Vgl. Art. „Farthmann: Umweltschutz und Arbeitsmarkt als gleichrangig betrachten“, in: Westfälischer Anzeiger und Kurier vom 6. Juni 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴¹⁸ Farthmann, *Entscheidungsjahre*, S. 166 Anm. 33.

⁴¹⁹ Ebd. S. 144.

⁴²⁰ Ebd. S. 145.

⁴²¹ Ebd. S. 153.

nach mehr Grün- und Freiflächen mit dem „Bedarf an großflächigen Spiel- und Erholungsflächen“ sowie mit der Wiederherstellung der spätmittelalterlichen Stadtsilhouette begründet.⁴²²

3.11. Neue Technologien und neue Medien⁴²³

„Diskurse um Technik sind immer auch Legitimations- und Aushandlungsprozesse sowie Teil eines Verständigungs- und Bewältigungsprozesses. Sie verweisen auf Leitbilder zur Arbeit, zur Gesellschaft und zum Menschsein“⁴²⁴. Mit diesen Worten skizziert Martina Heßler die Argumentationsmuster, welche von den 1950er Jahren bis zur Gegenwart⁴²⁵ – in Zeiten von „Digitalisierung“ und „Industrie 4.0“ – relativ unverändert zu beobachten sind: „Während von Unternehmen, Management und Ingenieuren tendenziell die Vorteile der Automatisierung, ja ihre Notwendigkeit für Wohlstand und Fortschritt [...] betont wurden, drehten sich die Argumente von Soziologen, Medien und Gewerkschaften weitaus stärker um die Gefahren der Automatisierung, vor allem um das Verschwinden der Arbeit, die Ersetzung des Menschen und mögliche Dequalifizierungsprozesse“⁴²⁶. Der „Spiegel“ machte im April 1978 sogar mit dem Titel „Die Computer-Revolution. Fortschritt macht arbeitslos“ auf, und auch die IG Metall äußerte derartige Bedenken.⁴²⁷

Mit der zunehmenden Infragestellung der Paradigmen von „Fortschritt“ und „Wachstum“ standen Liberalismus und Marxismus in den 1970er Jahren vor einer neuen Herausforderung. Beide hatten jene Begriffe mit einer positiven Konnotation versehen und in ihre weltanschaulichen Konzeptionen implementiert. Einige Gruppierungen des linken politischen Spektrums nahmen, gleichsam als Reaktion, eine Differenzierung des Fortschrittsbegriffes vor: Auf der eigenen Seite nahm man eine humanistische Ausdeutung für sich in Anspruch, während man der „gegnerischen“ Seite eine technisch-materielle Interpretation unterstellte. Ein aufklärerisch-emanzipatorisches Verständnis von „Fortschritt“ sollte an die Stelle des technokratischen Verständnisses treten, das man dem bürgerlichen „Lager“ attestierte.⁴²⁸ Insbesondere Kreise um die gerade entstehende Partei der „Grünen“ artikulierten ihren „Argwohn gegenüber dem technischen Fortschritt“⁴²⁹ ebenso vehement wie effizient, so dass die Planungs-, Technik- und Fortschrittskritik seit Mitte der 1970er Jahre der gesellschaftlichen Debatte

⁴²² Vgl. Der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Erhaltung und Erneuerung historischer Stadtkerne in Nordrhein-Westfalen* (MSWV informiert, 9), [Bonn 1987], S. 12.

⁴²³ Vgl. Kabinettsitzungen 1267, 1274, 1300, 1310, 1323, 1327, 1340, 1349, 1356, 1362, 1365, 1383, 1393, 1395-1396, 1398-1401, 1411, 1419, 1422-1423, 1427-1430.

⁴²⁴ Heßler, Martina, *Zur Persistenz der Argumente im Automatisierungsdiskurs*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66,18-19 (2016), S. 17-24, hier S. 19.

⁴²⁵ Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann, warnte Anfang Juni 2016 vor den „Risiken, die mit der Digitalisierung verbunden sind“, namentlich vor der „Gefahr einer digitalen Prekarisierung“ (Hoffmann, Reiner, *Für eine soziale Zukunft Europas*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 129 (6. Juni 2016), S. 6).

⁴²⁶ Heßler, *Persistenz*, S. 18.

⁴²⁷ Vgl. ebd. S. 20f. mit Abbildung des „Spiegel“-Titels; ferner Art. „Computer vernichten Arbeit“, in: *Kölnner Stadt-Anzeiger* vom 22. Mai 1980 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴²⁸ Vgl. Mende, „Anti-Parteien-Partei“, S. 291-293.

⁴²⁹ Ebd. S. 295.

ihren Stempel aufprägte und mithin „einen kräftigen Resonanzkörper“⁴³⁰ fand.⁴³¹ Im Zusammenhang mit Forschungen auf dem Feld der Atomkraft wurden im Land Nordrhein-Westfalen in der achten Wahlperiode wissenschaftliche Leistungen erbracht, die auch international für Aufsehen sorgten, so etwa der im Jahr 1978 in der Tiefsttemperaturanlage des Instituts für Festkörperforschung (IFF) an der Kernforschungsanlage Jülich aufgestellte Kälteweltrekord von 50 Mikrokkelvin.⁴³² Auch in Bereichen des alltäglichen Lebens machten sich in den 1970er Jahren technische Neuerungen bemerkbar, so etwa in Rundfunk und Fernsehen. Diese Massenmedien wurden verstärkt zu einem Gegenstand politischer Strategien und Auseinandersetzungen.⁴³³ Seit Mitte der 1970er Jahre zog die CDU-Opposition in Bund und Land die Neutralität der öffentlich-rechtlichen Anstalten in Zweifel. So wurde etwa der Westdeutsche Rundfunk (WDR) als „Haus Maos“ bezeichnet und der Sympathie für den RAF-Terrorismus bezichtigt. Diese Aktivitäten wurden als „Rotfunk“-Kampagne bekannt. Als Konsequenz kündigte der CDU-Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen, Heinrich Köppler, Ende 1979 für den Fall eines CDU-Sieges in der Landtagswahl 1980 die Einführung des Privatfernsehens an.⁴³⁴ Bereits in ihrem Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1978 war die Union ausdrücklich für die Etablierung eines privaten Rundfunks eingetreten. Dabei waren die Argumente nicht ökonomischer Natur, sondern man berief sich auf Fahnenwörter wie „technischer Fortschritt“, „Bürgernähe“, „Pluralismus“ und „Meinungsfreiheit“. Den Begriff der „neuen Medien“ zog man den Begriffen „privat“ und „kommerziell“ vor, was suggerierte, dass die entsprechenden Projekte Ausdruck der „Moderne“ und des „Fortschritts“ seien.⁴³⁵ Die Liberalen hingegen blieben „in dieser Debatte recht profillos“⁴³⁶. Sie konnten sich erst Ende 1979 nach Kampfabstimmung in ihren „Leitlinien Neue Medien“ zu einem Bekenntnis zu Privatsendern durchringen. Zugleich sprachen sie sich in einem bildungsbürgerlichen Habitus gegen kommerzielle „Berieselungsprogramme“ aus. Die SPD, die auf Bundesebene bis zuletzt, also bis zum Start der ersten Privatsender im Jahr 1984, entschiedene Gegnerin des privaten Rundfunks blieb, baute ihre Argumentation maßgeblich auf vier Säulen auf.⁴³⁷ Diese waren der Schutz von Familie und Kindern vor Sucht, Gewalt und Pornografie; die an die Wand projizierten Gefahren von Marktkonzentration und Programmverflachung; der „Schutz der Nation“ vor „Fremdkommerzialisierung“ sowie „internationalen Medien-Multis“ – hier fiel die Argumentation der SPD „geradezu nationalistisch und protektionistisch“⁴³⁸ aus –; und zuletzt die im sozialdemokratischen Lager kursierende Furcht vor einer dauerhaften

⁴³⁰ Ebd.

⁴³¹ Vgl. Radkau, Joachim, *Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis heute*, Frankfurt am Main 2008.

⁴³² Vgl. Tyroller, 60 Jahre, S. 18.

⁴³³ Vgl. Adorno, Theodor W[iesengrund], *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969*, hrsg. von Gerd Kadelbach, Frankfurt am Main 1971, S. 52.

⁴³⁴ Vgl. Bösch, Frank, *Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung. Wege zur Einführung des privaten Rundfunks in den 1970/80er Jahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 191-210, hier S. 197.

⁴³⁵ Vgl. ebd. S. 199.

⁴³⁶ Hier und im Folgenden ebd.

⁴³⁷ Vgl. hierzu ebd. S. 199-201.

⁴³⁸ Ebd. S. 200.

konservativen medialen Dominanz. Letzterem versuchte die SPD in Nordrhein-Westfalen mittels einer Kooperation von WDR, „Westdeutscher Allgemeiner Zeitung“ und „Arbeitskreis Satellitenfernsehen“ entgegenzuwirken.⁴³⁹

Der Medienwissenschaftler Frank Bösch spricht in diesem Zusammenhang von einer regelrechten Inversionslage: Während sich die CDU klassischer linksliberaler Begrifflichkeiten bedient habe, seien Terminologie und Argumentation der Sozialdemokratie eher konservativ geprägt gewesen.⁴⁴⁰

In der Bundesrepublik standen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre insgesamt fünf Großprojekte aus dem Bereich der neuen Medien⁴⁴¹ – worunter man (öffentlich-rechtliches wie vor allem privates) Kabel- und Satellitenfernsehen, Bildschirmtext sowie Videotext verstand⁴⁴² – in der Erprobungsphase. Das Land Nordrhein-Westfalen war gleich mehrfach beteiligt: In Dortmund lief ein Kabelfernsehprojekt an und die Deutsche Bundespost wagte einen Feldversuch mit Bildschirmtext in Düsseldorf. Gerade bei den Kabelprojekten war es dann wiederum die SPD, welche – gerade in Nordrhein-Westfalen – eher zu den Befürwortern zählte, während hier die CDU zu den Skeptikern zählte. Beide Seiten mussten mit einer Stärkung der Sozialdemokratie in den großen Städten durch weitere (SPD-nahe) Lokalsender rechnen.⁴⁴³

Über diese Projekte hinaus war die Verkabelung von elf deutschen Großstädten beabsichtigt, während die ARD einen bundesweiten Test mit dem „Videotext“ anlaufen ließ. Zuletzt sollte auch das Satellitenfernsehen seinen „Kick-off“ erleben.⁴⁴⁴ Fritz Michael bezeichnete die neuen Medien in der „Westfälischen Rundschau“ als „weitgehend noch unbekannte Größen“, über die in Fachkreisen und Politik „leidenschaftlich diskutiert“ werde. Dabei führe man argumentativ technisch-wissenschaftliche Interessen gegen befürchtete Beeinträchtigungen des sozialen Gefüges in der Gesellschaft zu Felde.

Nachdem sich die Ministerpräsidenten der Länder darauf verständigt hatten, an vier Standorten Kabelfernsehen-Projekte zu genehmigen, war in Nordrhein-Westfalen zunächst unklar, wo das Versuchsprojekt in Sachen Kabelfernsehen gestartet werden sollte.⁴⁴⁵ Zur Auswahl standen die Städte Köln und Wuppertal. Zuschüsse erhoffte man sich von Bundespost- und Bundesforschungsministerium. Schätzungen gingen bei einer Projektdauer von fünf Jahren von Gesamtkosten in Höhe von 1,5 Milliarden

⁴³⁹ Vgl. ebd. S. 201.

⁴⁴⁰ Vgl. ebd. S. 199, 210.

⁴⁴¹ Zur sich im Laufe der Zeit wandelnden Definition des Begriffs der „neuen Medien“ und der „Massenmedien“ vgl. *Neue Medien – Neue Gefahren?!*, hrsg. von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, Köln, Weimar, Wien 1998; Meyer, Thomas, *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem* (edition suhrkamp 2204), Frankfurt am Main 2001.

⁴⁴² Vgl. Farthmann, *Entscheidungsjahre*, S. 134-136. Beim Bildschirmtext handelt es sich um einen interaktiven Onlinedienst, beim Videotext oder Teletext um eine Kommunikationsform zur Verbreitung von Nachrichten, Texten und bildhaften Darstellungen über den Bildschirm eines Fernsehgerätes.

⁴⁴³ Vgl. Bösch, *Macht*, S. 194.

⁴⁴⁴ Vgl. Art. „Gefahr von Kabelfernsehen besonders für Kinder groß“ von Fritz Michael, in: *Westfälische Rundschau* vom 21. Mai 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁴⁵ Bei den drei anderen Städten handelte es sich um Berlin, Mannheim/Ludwigshafen und München (vgl. Art. „Kabelfernseh-Pilotprojekt nicht vor Herbst 1981“ von Karlegon Halbach, in: *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 14. September 1979 [LAV NRW R NW 756 Nr. 291]). Vgl. zu den einzelnen Projekten auch http://library.fes.de/gmh/main/jahresin/1983/jahres_8306.html (Abruf vom 11.04.2016).

DM für die vier Projekte aus. Bevorzugt wurde das Modell des WDR, das zwar eine Einbindung der ortsansässigen Zeitungen vorsah, die Projektleitung aber dem WDR als Anstalt des öffentlichen Rechts übertrug. Hiergegen legten Kölner Verleger Protest ein, da sie in diesem Konzept einen Ausbau des Rundfunkmonopols, ja sogar eine existenzielle Bedrohung der Lokalpresse sahen.⁴⁴⁶

Schließlich fiel die Wahl auf die Stadt Dortmund als Versuchsstandort. Etwa 15.000 Haushalte aller sozialen Schichten sollten für repräsentative Bedingungen sorgen. Der Kostenaufwand für das nordrhein-westfälische Pilotprojekt Dortmund, das federführend der WDR gemeinsam mit der Deutschen Bundespost und unter „Programmeteiligung“ des ZDF in Angriff nahm, wurde – bei einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren – auf gut 100 Millionen DM veranschlagt.⁴⁴⁷ Die Landesregierung ließ im Spätsommer 1979 über den Chef der Staatskanzlei Schnoor verlautbaren, dass das Dortmunder Pilotprojekt „absolut ohne Werbung“ geplant sei. Der entsprechende Beschluss des Kabinetts vom Frühjahr 1978 besitze unverändert Gültigkeit. In diesem Punkt bestehe „volle Einmütigkeit“ zwischen den Koalitionären. Ungeklärt seien hingegen die Fragen nach der Partizipation der Zeitungsverlage an der Gestaltung des Programms sowie nach der Finanzierung des Projekts. Aufgrund dieser Probleme sei mit einem bundesweiten regulären Empfang von Kabelfernsehen nicht vor der zweiten Jahreshälfte 1981 zu rechnen.⁴⁴⁸ Fest stehe, dass die Landesregierung das Pilotprojekt keinesfalls als einen Einstieg in den privaten Rundfunk betrachten wolle. Vielmehr habe sich auch das Kabelfernsehen öffentlich-rechtlich zu organisieren. Während Schnoor einer lokalen Fernsehberichterstattung als Bedrohung der vielfältigen Zeitungslandschaft eine klare Absage erteilte, konnte er sich die Einrichtung eines Kanals für die Zeitungsverlage – welcher allerdings der Verantwortung der WDR-Intendanz unterliegen müsse – durchaus vorstellen.⁴⁴⁹ Schnoor hatte am 15. Februar 1979 vor dem Hauptausschuss des Landtags die Position der Landesregierung bekanntgegeben, dass auch die Zeitungen am nordrhein-westfälischen Kabelfernseh-Pilotprojekt beteiligt werden sollten. Der Intendant des WDR solle weiterhin die Programmverantwortung innehaben.⁴⁵⁰

Oppositionsführer Köppler und der parlamentarische Geschäftsführer der FDP Heinz plädierten dafür, das Pilotprojekt „wegen der außergewöhnlichen medien- und gesellschaftspolitischen Bedeutung“ – wie es in einer dpa-Meldung hieß – auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und somit anstelle der Exekutive die Legislative über diese Frage entscheiden zu lassen.⁴⁵¹

Am 12. März 1980 verabschiedete der Landtag das Bildschirmtextversuchsgesetz, das im Raum Düsseldorf-Neuss „die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Fol-

⁴⁴⁶ Vgl. hierzu Art. „Kabelprojekte werden teuer“ von Peter Bellon, in: Kölnische Rundschau vom 24. Mai 1978 (LAV NRW Abt. R NW 756 Nr. 291).

⁴⁴⁷ Vgl. Art. „Kabelfernseh-Pilotprojekt nicht vor Herbst 1981“ von Karlegon Halbach, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 14. September 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291). Dort auch die folgenden Zitate.

⁴⁴⁸ Vgl. ebd.

⁴⁴⁹ Vgl. ebd.

⁴⁵⁰ Vgl. Art. „Neue Medien“, in: dpa informationen massenmedien – medienpolitik vom 16. Februar 1979 (dpa-Inf.MM XX/16.2.79) (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁵¹ Ebd.

gen des Bildschirmtextes⁴⁴⁵² ausloten sollte. Mit der Betonung des Verbraucherschutzes und der kommunikativen Stärkung des ländlichen Raums beschritt die Landespolitik mit ihrem Versuchskonzept einen „nordrhein-westfälischen Sonderweg“⁴⁴⁵³, ging es den Versuchsprojekten anderer Bundesländer doch vornehmlich um technische und ökonomische Erkenntnisse. Ähnlich verhielt es sich mit dem nordrhein-westfälischen Kabelversuchsgesetz, das dazu beitragen sollte, die Kommunikationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene zu verbessern, ohne das Monopol des öffentlich-rechtlichen Rundfunks respektive die ökonomische Grundlage der Printmedien zu gefährden.⁴⁴⁵⁴ Auf der anderen Seite meldeten sich auch grundsätzliche Skeptiker und Gegner des Kabelfernsehens zu Wort, die auf die Gefahren der neuen Medien im Allgemeinen und des Kabelfernsehens im Besonderen hinwiesen. Vor allem Kinder sah man einer Gefährdung ausgesetzt. Im Rahmen der „Ständener Medientage“, die im Mai 1979 von der „Neuen Gesellschaft Niederrhein“ und dem NRW-Landesverband der SPD unter dem Motto „Technologie und Ökonomie als Herausforderung der Medienpolitik“ ausgerichtet wurden, nahmen Befürworter und Kritiker des Kabelfernsehprojektes Stellung. Während Herbert Schnoor als Chef der Staatskanzlei die Entwicklung als unumkehrbar betrachtete,⁴⁴⁵⁵ warnte sein schleswig-holsteinischer Parteifreund Gerd Börnsen vor den sozialen Folgen der technologischen Neuerungen im Bereich der (Tele-)Medien. Es dürfe gerade bei solch einem „ungeheuer brisanten gesellschaftlichen Vorhaben [...] nicht alles gemacht werden, was gemacht werden kann“⁴⁴⁵⁶. Börnsen assistierte der Medienexperte Claus Eurich: „Mehr Technisierung bringt mehr Isolierung, die negativen sozialen Folgekosten, besonders auch im Hinblick auf den Medienkonsum von Kindern, sind größer als die sozialen Gewinne. Wir brauchen kein Kabelfernsehen“⁴⁴⁵⁷. Parallelen zu den gegenwärtigen Diskussionen um das Internet, Web 2.0, „soziale Netzwerke“ und den gläsernen, reizüberfluteten Web-Konsumenten drängen sich auf. Auch bei Vertretern der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten waren die Projekte nicht unumstritten – was nicht weiter wundert, handelte es sich bei dem Objekt der Kritik doch um die im Entstehen begriffene private Konkurrenz. Der ZDF-Justitiar Ernst Fuhr konstatierte in seinem Beitrag „Verkabelte Gesellschaft“ im „Fernsehdiens“ vom Juli 1975, „daß die Breitbandkommunikation zweifellos das Informationsangebot vervielfältigen und damit die Grundvoraussetzungen freiheitlicher Selbstbestimmung verbessern werde. Oder aber im Gegenteil ‚ein ideales Hilfsinstrument der Unterdrückung‘ werden könne“⁴⁴⁵⁸. Die vorgetragenen Bedenken der Vertreter des öffentlich-rechtlichen Fernsehens werden noch einmal verständlicher, wenn man berücksichtigt, dass zum Jahresbeginn 1979 per Staatsvertrag eine Erhöhung der Rundfunkgebühren um 2,50 DM auf 13 DM beschlossen wurde. Das Defizit der öffentlich-rechtlichen

⁴⁴⁵² Nieland, Jörg-Uwe, Plädoyer für eine „duale Rundfunkordnung“. Der Medienpolitiker Johannes Rau und die Neuordnung des Mediensystems, in: Mittag, Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Versöhnten statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte, Oberhausen 2007, S. 239-258, hier S. 245.

⁴⁴⁵³ Ebd.

⁴⁴⁵⁴ Vgl. ebd. S. 246.

⁴⁴⁵⁵ Vgl. Art. „Gefahr von Kabelfernsehen besonders für Kinder groß“ von Fritz Michael, in: Westfälische Rundschau vom 21. Mai 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁴⁵⁶ Zitiert nach ebd.

⁴⁴⁵⁷ Zitiert nach ebd.

⁴⁴⁵⁸ „Fernsehdiens“ Nr. 29 (4. Juli 1975), S. 16 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

Sendeanstalten ARD und ZDF wurde im Frühsommer 1978 auf etwa 680 Millionen DM zum Jahresende 1978 geschätzt.⁴⁵⁹ Um so unliebsamer wird der Gedanke an private Konkurrenz gewesen sein.

Zu all den Bedenken und Argumenten gegen die neuen Entwicklungen im Telemedizin-Bereich kam in Kreisen der SPD noch ein weiteres Moment: Man hegte dort auch in späteren Jahren noch die generelle Befürchtung, dass „rechtskonservative bis rechts-extreme Kräfte sich mittels der Verfügung über Telemedien Mehrheiten“ verschaffen könnten.⁴⁶⁰

Die SPD vollzog im Laufe der 1970er Jahre einen Schwenk ins Lager derer, die den verschiedenen neuen Technologien grundsätzlich mit einer gewissen Skepsis, mitunter auch mit offener Ablehnung begegneten.

So zählte der Minister für Bundesangelegenheiten Christoph Zöpel im Januar 1980 zu den vier Schwerpunktthemen des bevorstehenden Landtagswahlkampfes neben der „Selbstverwirklichung freier und mündiger Bürger“, der Gleichberechtigung der Frau einschließlich der freien Entfaltung der Familie und der Chancengleichheit für alle Kinder sowie der internationalen Solidarität und Friedenssicherung „vor allem aber die Beherrschung der Technik durch den Menschen, die nicht die Umwelt zerstören und zur Arbeitslosigkeit führen darf“⁴⁶¹. Zur Erläuterung führte Zöpel, die Bedeutung des Themas für die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft hervorhebend, aus: „Das Verhältnis der Menschen und der Gesellschaft zur Technik wird das zentrale Thema dieses Jahrzehnts sein. Das belegen wissenschaftliche Erkenntnisse über die Belastung der Umwelt und andere Technikfolgen, das zeigen das zunehmende Empfinden und Bewußtsein vieler, vor allem junger Menschen, daß technischer Fortschritt die Lebensbedingungen auch in negativer Weise verändern kann. [...] Neue Technologien sind vor allem auch auf dem Gebiet des Informations- und Kommunikationswesens in großer Vielfalt entwickelt worden. Art und Umfang ihres Einsatzes sollten aber politisch breit diskutiert und kritisch geprüft werden. Diese Technologien können die gesellschaftlichen Voraussetzungen unserer Demokratie verändern. Sie können auch schädliche Auswirkungen auf das menschliche Zusammenleben haben“. Auch Arbeitsminister Farthmann warnte vor den „Gefahren der neuen Informationstechnik“⁴⁶² beziehungsweise der Medientechnik, namentlich der Informations- und Kommunikationssysteme.⁴⁶³ In der Kommerzialisierung eines an Einschaltquoten orientierten Fernsehens sah er die Gefahr einer qualitativen „Nivellierung nach unten“. Qualität werde nach und nach aus den Programmen gedrängt.⁴⁶⁴ Wie Zöpel sah auch Farthmann

⁴⁵⁹ Vgl. hierzu dpa-Meldung lnw 064 pl/ku „nrw-landtag wird rundfunkgebühren-erhöhung zustimmen“ vom 22. Juni 1978; Art. „Anhaltende Ungewißheit um TV-Gebühr“ von Peter Bellon, in: Kölnische Rundschau vom 17. Juni 1978; „Von einem Überschuß der Rundfunkanstalten kann keine Rede sein“, Gespräch von Walter Erasmy mit Staatssekretär Schnoor in „Hier und Heute“ vom 16. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁶⁰ So etwa Zöpel, Christoph, Verdrossenheit, Kommunikationsgesellschaft und Präsidialpartei, in: Meyer, Thomas/Scherer, Klaus-Jürgen/Zöpel, Christoph, Parteien in der Defensive? Plädoyer für die Öffnung der Volkspartei, Köln 1994, S. 7-17, hier S. 16. Dort auch das Zitat.

⁴⁶¹ Art. „Für eine dezentrale Energieversorgung“ von Christoph Zöpel, in: Sozialdemokratischer Presbendienst WIRTSCHAFT 35,3 vom 10. Januar 1980, S. 3 (LAV NRW R NW 756 Nr. 380). Die folgende Textpassage stammt ebenfalls aus diesem Beitrag.

⁴⁶² Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 166 Anm. 30.

⁴⁶³ Vgl. ebd. S. 134.

⁴⁶⁴ Vgl. ebd. S. 139.

die Gefahr einer Beeinträchtigung des menschlichen Miteinanders durch ein Überangebot an Information: „Allen diesen Informationssystemen ist gemeinsam, daß sie technisch einsatzbereit und in der Lage sind, eine wahre Sturzflut von Informationen in die bundesdeutschen Wohnstuben zu leiten. [...] Für die einen entsprechen diese Systeme einem Wunschenken nach umfassender Information aus dem Sessel, für die anderen sind sie der Alptraum einer menschlichen Gemeinschaft, die sich infolge der Übersättigung mit Informationen nichts mehr zu sagen hat. [...] So kann es dem verantwortlichen Politiker nicht gleichgültig sein, ob in unseren Familien künftig für Gedankenaustausch und persönliches Miteinander keine Zeit mehr bleibt, weil eine Fernsehsendung die andere ablöst“⁴⁶⁵.

Die SPD veranstaltete am 22. und 23. November 1979 in Bonn eine medienpolitische Fachtagung mit dem Titel „Medien von morgen – Risiko und Chance für eine humane Gesellschaft“⁴⁶⁶, was die – zumindest in den Augen der damaligen Akteure gegebene – Ambivalenz des Themas veranschaulicht. Auch von prominenter Seite erfuhr der „Kommerzfunk“ entschiedene Ablehnung, nämlich von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundespostminister Horst Ehmke.⁴⁶⁷ Allerdings sollten die Sozialdemokraten mit ihren mannigfachen Regulierungswünschen gegenüber den Privatsendern weitgehend scheitern, was die Union jedoch allenfalls als „Pyrrhussieg“ verbuchen konnte, da sich der private Rundfunk inhaltlich mitnichten konservativ ausrichtete.⁴⁶⁸ Das Feld der umstrittenen „neuen Medien“ war geradezu ein „heißes Eisen“ – und sollte dies auch fortan bleiben. Zu Beginn der 1980er Jahre „avancierte die Medienpolitik“ dann endgültig „zu einem zentralen Politikfeld“⁴⁶⁹.

3.12. Datenschutz⁴⁷⁰

In engem Zusammenhang mit den Themenkomplexen des Terrorismus sowie der neuen Technologien stand die zunehmende Bedeutung des Computers, der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) und – damit einhergehend – des Politikfeldes Datenschutz. Das Vorgehen des Staates gegen den RAF-Terrorismus erfolgte unter Zuhilfenahme der neuesten technischen Errungenschaften auf dem Feld der Datensammlung, -übertragung, -vernetzung und -speicherung. Auch wenn das Sicherheitsbedürfnis des Staates und breiter Kreise der Zivilgesellschaft dominierte, wurden zugleich Bedenken gegen ein zu weit gehendes Engagement des Staates bezüglich des Umgangs mit den Daten seiner Bürger artikuliert.⁴⁷¹

Die Parallelen zur Diskussion in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts bezüglich der Chancen und Gefahren des Internets, namentlich des „Web 2.0“, sind evident.⁴⁷²

⁴⁶⁵ Ebd. S. 136f.

⁴⁶⁶ Vgl. ebd. Anm. 32.

⁴⁶⁷ Nieland, Plädoyer, S. 247.

⁴⁶⁸ Vgl. Bösch, Macht, S. 207, 209.

⁴⁶⁹ Nieland, Plädoyer, S. 244.

⁴⁷⁰ Vgl. hierzu und zur Datenverarbeitung im Allgemeinen Kabinettsitzungen 1316-1317, 1323, 1326, 1336, 1341, 1343, 1362, 1364, 1380, 1383, 1391, 1399, 1402, 1414, 1428.

⁴⁷¹ Vgl. Pötzsch/Hoffmann, Bundesrepublik, S. 17.

⁴⁷² Vgl. etwa zum Themenkomplex Datenschutz und „vernetzte Welt“, „Cloud Computing“, „Behavioral Targeting“ Lepper, Ulrich (Hrsg.), Privatsphäre mit System. Datenschutz in einer vernetzten Welt, Düsseldorf 2010.

Friedhelm Farthmann kleidete ein bereits damals intensiv diskutiertes Problem, nämlich die Verfügbarkeit elektronischer Daten, in seinem bereits erwähnten Buch aus dem Jahr 1980 in folgende Worte: „Der Computer gestattet es, riesige Informationssammlungen aufzunehmen und über fast unbegrenzte Zeiträume und weite Entfernungen ständig abrufbereit zu halten. Er schafft dadurch in der Informationsverarbeitung eine völlig neue Dimension. Für das menschliche Zusammenleben konnten wir nach den bisherigen Erfahrungen davon ausgehen, daß alles irgendwann in Vergessenheit gerät. [...] Für die elektronische Datenverarbeitung aber gilt der Satz: Der Computer vergißt nie“⁴⁷³. Der „bedrückendste Aspekt“ der EDV sei die Ermöglichung einer „Ausforschung und Überwachung der Bürger mit einer bisher nicht gekannten Perfektion“⁴⁷⁴. Die EDV sei „[b]esonders geeignet, die Bürgerfreiheit zu bedrohen“⁴⁷⁵, weshalb es um so mehr gelte, „den Anfängen zu wehren“⁴⁷⁶.

In den Fortschritten der Medientechnik sah man ebenfalls eine Herausforderung für den Datenschutz. Farthmann sprach in diesem Kontext von „eine[r] völlig neue[n] Aufgabe für den Datenschutz“⁴⁷⁷. Als Hauptproblem markierte der Minister den „Datenschatten“, den jeder Nutzer der neuen Informations- und Kommunikationsangebote erzeuge: „So wäre die Privatsphäre des Bürgers gefährdet, wenn etwa umfassend registriert und ausgewertet werden könnte, welcher Informationen er sich bedient, welche Programme er einschaltet und was er per Bildschirmtext einkauft“.

Bund und Länder begegneten den Befürchtungen eines Missbrauchs der technischen Möglichkeiten mit Gegenmaßnahmen. So trat im Januar 1978 auf Bundesebene das „Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten in der Datenverarbeitung“ in Kraft. Im Bund, in den Ländern und in tausenden von Betrieben wurden Datenschutzbeauftragte ernannt. Dem Schreckensszenario des „gläsernen Menschen“ sollte auf diesem Wege vorgebeugt werden.⁴⁷⁸

⁴⁷³ Farthmann, Entscheidungsjahre, S. 132f.

⁴⁷⁴ Ebd. S. 133.

⁴⁷⁵ Ebd. S. 132.

⁴⁷⁶ Ebd. S. 134.

⁴⁷⁷ Ebd. S. 137. Dort auch das folgende Zitat.

⁴⁷⁸ Vgl. Pötzsch/Hoffmann, Bundesrepublik, S. 17.

3.13. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft (HFG)⁴⁷⁹

Zu nennenswerten Verwerfungen zwischen Vertretern des Landtags und der Landesregierung, die sich am „Rand eines Verfassungskonflikts“⁴⁸⁰ bewegten, kam es im Jahr 1977, als der Landtag einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingerichtet hatte, der sich mit dem umstrittenen Agieren der zu diesem Zeitpunkt bereits aufgelösten landeseigenen Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft (HFG) – namentlich den Klinikbauten in Aachen und Münster – beschäftigte.⁴⁸¹ Die HFG war auf Drängen insbesondere der oppositionellen CDU-Fraktion aufgelöst worden. Jene war 1969 mit dem Ziel gegründet worden, „unbuerokratisch und schnell studien- und studentenwohnheimplätze aus dem boden zu stampfen“, wie es in einer dpa-Meldung hieß.⁴⁸² Schwierigkeiten und Pannen beim Bau des milliardenschweren Aachener Großklinikums führten dann zu anhaltender öffentlicher Kritik an der HFG.

Der heftige Protest der Ausschussmitglieder richtete sich zunächst gegen Ministerpräsident Kühn, da die Landesregierung den ehemaligen Kabinettsmitgliedern unter Verweis auf ein „Diskretionsrecht“ der Landesregierung, dessen Existenz seitens des Ausschusses bestritten wurde, offensichtlich nur eine beschränkte Aussagegenehmigung erteilen wollte. Wörtlich hieß es in Kühns Brief an Landtagspräsident Wilhelm Lenz vom 5. Oktober 1977 laut dpa-Meldung vom 11. Oktober 1977: „die landesregierung geht [...] davon aus, dass bei den befragungen der zeugen dem umstand rechnung getragen wird, dass die sitzungen der landesregierung vertraulich sind und die nieder-schriften ueber derartige sitzungen als beschlussprotokoll ohne kenntlichmachung der stimmverhaeltnisse abgefasst werden“⁴⁸³.

Als Innenminister Hirsch die Position des Kabinetts öffentlich zu rechtfertigen versuchte⁴⁸⁴ und es für „bedauerlich“ hielt, dass der Untersuchungsausschuss offenbar Aufklärung über grundsätzliche Verfahrensregeln seitens der Landesregierung benö-

⁴⁷⁹ Vgl. hierzu und zum Hochschulbau im Allgemeinen Kabinettsitzungen 1251, 1254, 1257, 1263, 1267-1268, 1275, 1294, 1304, 1311, 1316, 1327-1328, 1332-1334, 1353-1354, 1356, 1360, 1385, 1387-1388, 1429.

⁴⁸⁰ Kommentar „Parlament besteht auf Kontrolle“ von Bernd Kleffner, in: Westfälische Rundschau vom 14. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁸¹ Vgl. hierzu und im Folgenden, auch zu den Zitaten, die Artikel „Jetzt steht Hirsch statt Kühn in der Schußlinie“, in: Aachener Volkszeitung vom 14. Oktober 1977; „Kühn nicht vor Untersuchungsausschuß“ von Stefan Klein, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. Oktober 1977; „Nach Kühn steht Hirsch im Ausschuß-Visier“, in: Westfälische Rundschau vom 14. Oktober 1977; „Nach Kühn trifft der Zorn jetzt Hirsch“ von Hans Wüllenweber, in: Kölnische Rundschau vom 14. Oktober 1977; „Nun spürt Hirsch den Zorn des Parlaments“ von Karlegon Halbach, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 14. Oktober 1977; „Streit zwischen Kühn und Landtag beendet“, in: Recklinghäuser Zeitung vom 14. Oktober 1977; „Der Hauptakteur erspart sich den Auftritt. Parlamentarier reagieren empört auf ‚Schulmeisterlektion‘ von Innenminister Hirsch“ von Jochen Juretko, in: Westfälische Nachrichten vom 14. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁸² Vgl. dpa-Pressemeldung lnw 023 pl des landespolitischen Korrespondenten für Nordrhein-Westfalen Christoph Lütgert „all-parteien-koalition gegen nrw-regierung“ vom 10. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁸³ Vgl. dpa-Meldung lnw 024 pl „streit parlament contra regierung noch immer nicht beigelegt“ vom 11. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁸⁴ Vgl. Art. „Ministerpräsident Kühn erhält jetzt Hilfe von der FDP“, in: Westfälische Rundschau vom 12. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

tige, geriet Hirsch selbst in den Fokus der Kritik. Das Ausschussmitglied Rolf Klein⁴⁸⁵ (CDU) sprach von einer „unverschämte[n] Anmaßung“ des Nicht-Parlamentsmitglieds Hirsch, während der Ausschuss-Vorsitzende Egbert Reinhard⁴⁸⁶ (SPD) es für „unerträglich und nicht hinnehmbar“ hielt, dass „der Innenminister sich in öffentlichen Erklärungen zum Schulmeister über den Ausschuß aufschwingt und meint, ihm Befehlungen auf dem Weg über die Presse erteilen zu müssen“. Das Ausschussmitglied Reinhard Roericht⁴⁸⁷, ein Parteifreund Hirschs, schloss sich der Kritik an den Äußerungen des Innenministers an. Bernd Kleffner attestierte Hirsch in der „Westfälischen Rundschau“ eine „eigenwillige Rechtsauffassung und vor allem sperrige Unnachgiebigkeit gegenüber dem Ausschuß“⁴⁸⁸. Die „Aachener Nachrichten“ sahen die Landesregierung bereits als „Schlachtopfer der Opposition“, da sie eine „All-Parteien-Koalition gegen sich aufgebracht“ habe.⁴⁸⁹ Auch die drei Landtagsfraktionen schlossen sich der von ihren Ausschussmitgliedern an der Landesregierung geäußerten Kritik an.⁴⁹⁰ Zuletzt wandte sich der zweitstärkste Bezirk der SPD in Nordrhein-Westfalen, der Bezirk Niederrhein, einstimmig gegen die Position der Landesregierung und forderte in einem Brief an den Landesvorsitzenden Rau, dass sich der SPD-Landesvorstand mit der Angelegenheit befassen müsse.⁴⁹¹

Kühn konnte die Kritiker besänftigen, indem er die Einschränkung der Aussagegenehmigung aufhob. Andernfalls hätte er selbst vor dem Ausschuss aussagen müssen, um zu erklären, weshalb er seinen ehemaligen Ministern kein volles Aussagegerecht einräumte, was er auf diese Weise zu vermeiden wusste. Der Ausschuss hingegen konnte Ende Oktober die ehemaligen Minister Fritz Holthoff, Hans Wertz (beide SPD) und Hermann Kohlhasse (FDP) befragen. Vor dem Hintergrund des Nachgebens des Ministerpräsidenten sahen Vertreter der Presse die parlamentarische Kontrollfunktion des Landtages bestätigt.⁴⁹²

Der „Fall HFG“ steht emblematisch für den Konflikt zwischen Exekutive und Legislative bezüglich der Definition und der Abgrenzung von Kontrolle, Rechten und Pflichten, hier konkret: der Frage, inwieweit die Landesregierung gehalten ist, sich gegenüber

⁴⁸⁵ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00084 (Abruf vom 26.04.2016).

⁴⁸⁶ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00134 (Abruf vom 26.04.2016).

⁴⁸⁷ Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00144 (Abruf vom 26.04.2016).

⁴⁸⁸ Kommentar „Parlament besteht auf Kontrolle“ von Bernd Kleffner, in: Westfälische Rundschau vom 14. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁸⁹ Kommentar „Kühn steht im Schußfeld“ von Josef Braunleder, in: Aachener Nachrichten vom 12. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756, Nr. 291).

⁴⁹⁰ Vgl. Art. „Die ‚große Kopfwäsche‘ blieb Kühn noch erspart“, in: Westfälische Nachrichten vom 12. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁹¹ Vgl. dpa-Pressemeldung lnw 055 pl: „chef der staatskanzlei: keine materielle einschraenkung“ vom 10. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁴⁹² Kommentar „Parlament besteht auf Kontrolle“ von Bernd Kleffner, in: Westfälische Rundschau vom 14. Oktober 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

dem Landtag und seinen Ausschüssen zu offenbaren beziehungsweise zu rechtfertigen, sich quasi „in die Karten schauen“ zu lassen.⁴⁹³

3.14. Die Westdeutsche Landesbank und die „Poullain-Affäre“⁴⁹⁴

Die größte Aufmerksamkeit in Presse und Öffentlichkeit erfuhr jedoch die „Poullain-Affäre“. Die Vorgeschichte dieser Affäre reichte bis in die Mitte der 1960er Jahre zurück: In der Kabinettsitzung vom 13. September 1966 beschloss die nordrhein-westfälische Landesregierung, dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank die Berufung des Generaldirektors der Landesbank für Westfalen, Ludwig Poullain, zum stellvertretenden Mitglied im Beirat der Landeszentralbank bis zum 31. März 1967 vorzuschlagen.⁴⁹⁵ In der Kabinettsitzung vom 16. Juli 1968 beschloss das Kabinett auf Vorlage des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Poullain – noch immer Generaldirektor der Landesbank für Westfalen Girozentrale – als ordentliches Mitglied in den Beirat der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen zu entsenden beziehungsweise dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank zur Berufung vorzuschlagen.⁴⁹⁶ Dieser Vorschlag erfuhr in der Kabinettsitzung vom 29. Juni 1971 erneut Aufmerksamkeit. Inzwischen war Poullain Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes sowie Vorsitzender des Vorstandes der Westdeutschen Landesbank Girozentrale.⁴⁹⁷ In der Kabinettsitzung vom 28. Mai 1974 wurde beschlossen, Dr. h. c. Poullain dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank ein weiteres Mal gemäß der Vorlage des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr für eine Amtszeit von 3 Jahren als ordentliches Mitglied des Beirates der Landeszentralbank vorzuschlagen,⁴⁹⁸ woraufhin Poullain diesen Posten erneut erhielt.

Ein Projekt Poullains, das Spannungen zwischen der Landesregierung und der Verwaltungsratsmehrheit der WestLB zur Folge hatte, fand Ende 1977 Niederschlag in der regionalen Presse: Poullain hatte im Verwaltungsrat gegen die Stimmen der dort vertretenen Kabinettsmitglieder den Kauf einer im Londoner Bankenviertel gelegenen 30 Millionen DM teuren Immobilie für die englische Auslandsniederlassung der WestLB mit einer Personalstärke von 60 Beschäftigten durchgesetzt. Die Vertreter der Landesregierung fühlten sich übergangen und „verlangten eine ausführliche Beratung

⁴⁹³ Ähnlich verlaufende Konfliktlinien finden sich auch in der jüngsten Gegenwart, etwa im Falle des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV (zu den Vorkommnissen in der Silvesternacht 2015 in Köln): Die Staatskanzlei entnahm den digital an den Untersuchungsausschuss übersandten Unterlagen fünf Dokumente und ersetzte diese durch Platzhalter. Begründet wurde dieses Vorgehen mit dem „Hinweis auf den verfassungsrechtlichen Schutz des Kernbereichs exekutiver Eigenverantwortung“ (Zitiert nach https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/Pressemitteilungen-Informationen-Aufmacher/Pressemitteilungen-Informationen/Pressemitteilungen/2016/10/1410_PUA_Silvesternacht.jsp [Abruf vom 26.10.2016]).

⁴⁹⁴ Vgl. hierzu und zur Westdeutschen Landesbank im Allgemeinen Kabinettsitzungen 1256, 1258, 1301-1302, 1316, 1340, 1342, 1344-1345, 1355, 1357, 1379.

⁴⁹⁵ Vgl. 902. Kabinettsitzung, TOP I, 8.

⁴⁹⁶ Vgl. 985. Kabinettsitzung, TOP I, 17.

⁴⁹⁷ Vgl. 1088. Kabinettsitzung, TOP I, 21. Zur Geschichte der Westdeutschen Landesbank bis zum Jahr 1982 vgl. Pohl, Hans, WestLB. Von der Hülfskasse von 1832 zur Landesbank, Düsseldorf, Münster 1982, der auf die „Poullain-Affäre“ allerdings nicht näher eingeht.

⁴⁹⁸ Vgl. 1211. Kabinettsitzung, TOP II, 8.

b[e]z[iehungs]w[eise] Verschiebung“ der Angelegenheit „auf einen späteren Termin“⁴⁹⁹. Der Verwaltungsrat votierte mehrheitlich dennoch für die Annahme des Kaufvertrages. Ludwig Poullain verteidigte den Immobilienerwerb auch Jahrzehnte später noch, in einem Zeitzeugengespräch Anfang 2013: „Ja, [...] sicher kostet das Geld, aber was glauben Sie, für wie viel Geld die Bank das später verkauft hat? [...] Ich kauf ja nicht irgendwie etwas [...]. Das hatte ja Sinn und Verstand“⁵⁰⁰.

Ungeachtet dieses Vorspiels wurde Poullain am 2. Dezember 1977 vom Aufsichtsrat der WestLB mit den Stimmen mehrerer Kabinettsmitglieder für weitere fünf Jahre in seinem Amt als Chef der WestLB bestätigt. Gegen Poullain liefen in Stuttgart zum Zeitpunkt der Wiederwahl bereits staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung und Bestechung. Gegenstand dieser Ermittlungen war ein geheimer Beratervertrag mit dem Konstanzer Finanzmakler Franz-Josef Schmidt in Höhe von einer Million DM, den Poullain bereits im Jahr 1972 abgeschlossen hatte.⁵⁰¹ An Brisanz gewann dieser Vertrag aufgrund der Tatsache, dass die WestLB diesem Makler später einen großzügigen Kredit gewährte und auch eine Kautions in Millionenhöhe für ihn übernahm. Zudem stellte sich im Laufe der Ermittlungen heraus, dass Poullain im Jahr 1975 von Schmidt einen weiteren Geldbetrag in Höhe von 100.000 DM für eine Gutachtertätigkeit erhalten hatte.⁵⁰² Jahrzehnte später zeigte sich Poullain, der letztlich vor Gericht freigesprochen wurde, selbstkritisch. In einer Rede, die er ursprünglich anlässlich der Verabschiedung des Vorstandschefs der Norddeutschen Landesbank, Manfred Bodin, halten wollen, heißt es unter Bezugnahme auf die Affäre der Jahre 1977/78: „[...] habe ich doch selbst einmal in diesem Gewerbe gegen die Gebote des Ethos verstoßen, war darum auch angeklagt, zwar vom Kadi freigesprochen, dann jedoch meinem eigenen Urteilspruch unterworfen. Ich hatte gefehlt. Und ich fand es gerecht, daß ich dafür meinen Tribut zu zollen hatte“⁵⁰³.

Bereits am 22./23. Dezember 1977 handelte der Präsidialausschuss der WestLB einen Vergleich mit Poullain aus, der vorsah, dass dieser nach seinem sofortigen Ausscheiden sechs Jahre lang seine Grundbezüge in Höhe von jährlich 420.000 DM und im Anschluss daran eine Pension beziehen sollte.⁵⁰⁴ Als weitere Details bekannt wurden, die Poullain zur Last gelegt wurden, bemühte sich der Vorstand der WestLB – anscheinend ohne vorausgegangene Zustimmung der Landesregierung – um Schadensbegrenzung in Form eines abgeänderten Vergleichsvertrages. Poullain signalisierte seine Bereitschaft, sich mit einer sofortigen Pensionierung und jährlichen Bezügen in Höhe von 220.000 DM abzufinden, sofern die WestLB im Gegenzug auf jegliche Art von Scha-

⁴⁹⁹ Art. „Streit um Londoner Filiale der West-LB. Poullain entscheidet gegen Regierung“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Rhein Zeitung vom 6. Dezember 1977 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁰⁰ Zeitzeugengespräch mit Ludwig Poullain am 10. Januar 2013 (LAV NRW R RWD Nr. 207).

⁵⁰¹ Vgl. hierzu Art. „Kühn, Riemer, Halstenberg, Schnoor als Zeugen. Warum Poullains Wiederwahl nicht verhindert wurde“, in: Landtag intern Nr. 18/9/8 (4.7.1978), S. 9f. (Ausschußberichte), hier S. 9 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291); Düding, Reform, S. 435.

⁵⁰² Vgl. Art. „Poullain kassierte mehr“, in: Düsseldorf Nachrichten vom 16. Februar 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁰³ Poullain, Ludwig, Ungehaltene Rede, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 163 (16. Juli 2004), S. 9; online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart-1/sittenverfall-im-bankwesen-ungehaltene-rede-1176741.html>; (Abruf vom 24.03.2016).

⁵⁰⁴ Vgl. hierzu und im Folgenden Art. „Poullain wollte Pension statt Gehaltsfortzahlung“, in: Rheinische Post vom 23. Mai 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

denersatzansprüchen verzichte. Dieser „Deal“ hätte der öffentlichen Hand Zahlungen in Höhe von 1,2 Millionen DM an Poullain erspart. Die Regelung bezüglich des Verzichts auf jegliche Schadensersatzforderungen ließ die Landesregierung von dem skizzierten Vergleich jedoch Abstand nehmen. Zur Begründung hieß es, dass die Bilanz der WestLB für das Geschäftsjahr 1977 aufgrund der dem Finanzmakler Schmidt gewährten Kredite um 13 Millionen DM habe korrigiert werden müssen. Poullains Nachfolger als Vorstandsvorsitzender der WestLB, Johannes Völling, gab hingegen zu Protokoll, dass er einen korrigierten Vergleich mit Poullain bevorzugt hätte, um weiteren Schaden von der Bank fernzuhalten. Am 16. Januar 1978 folgte dann Poullains fristlose Entlassung.⁵⁰⁵ Hiergegen ging Poullain gerichtlich vor.⁵⁰⁶

Einzelne Mitglieder der Landesregierung, so auch Ministerpräsident Kühn, hatten bereits im Vorfeld der „Affäre Poullain“ Kontakt mit dem Chef der WestLB. Das Verhältnis gestaltete sich zunächst recht entspannt und verbindlich, nahezu freundschaftlich. So lud Ludwig Poullain im November 1971 das gesamte Kabinett zu einem „gemütlichen Abend“ in den Sitz der WestLB ein: „Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Verbundenheit der WestLB zum Land sollte sich meines Erachtens nicht nur in einem nüchternen Beteiligungsverhältnis von 33 1/3 % des Landes an unserem Hause dokumentieren. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die ‚human relations‘ das materielle Beteiligungsfundament zusätzlich verstärken könnten. Um diesen Gedanken zu realisieren, würden wir Sie und die Herren Ihres Kabinetts gern zu einem gemütlichen Abend in unser Haus bitten. Als Termin wäre etwa ein Abend im Dezember denkbar; eine exakte Abstimmung zwischen unseren Sekretariaten ist kurzfristig möglich“⁵⁰⁷. Der Einladung folgte prompt eine Zusage seitens des Ministerpräsidenten.⁵⁰⁸ Wenige Jahre später, im Mai 1975, gratulierte Poullain bereits einen Tag nach der Landtagswahl Kühn zu dessen Wahlsieg und verlieh seiner Freude über die Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit Ausdruck, nicht ohne um einen baldigen Termin zum gegenseitigen Gedankenaustausch zu bitten: „Das Wahlergebnis des gestrigen Tages zeigt Ihnen, welch breite Resonanz sozialdemokratische Politik in unserem Lande hat. Das Wahlergebnis [...] ist zugleich auch ein Votum für Sie [...]. Nach den Strapazen der vergangenen Wochen wünsche ich Ihnen, daß die Regierungsbildung Ihre Kräfte nicht zu sehr beansprucht und Sie wieder Zeit für sich gewinnen, da aus dieser Reflexion die Anstöße der Kühn’schen Politik kommen, die wir in Zukunft nötiger denn je haben. Ich freue mich auf eine gemeinsame Zeit, soweit das Verhältnis zwischen Landesregierung und Westdeutscher Landesbank betroffen ist. Die großen Finanzie-

⁵⁰⁵ Vgl. Art. „Die Minister ließen an Poullain kein gutes Haar“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Rhein Zeitung vom 27. Juni 1978 und „Düsseldorfer Notizen“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Westfälische vom 1. Juli 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291). Abweichend hiervon nennen den 17. Januar als Termin der Entlassung Poullains: Art. „Kühn nennt Poullains Geschäfte empörend“, in: Die Welt vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291); Art. „Kühn: An Al Capone erinnert“ von Eckhard Hohlwein, in: Westdeutsche Allgemeine vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁰⁶ Vgl. Art. „Poullain wollte Pension statt Gehaltsfortzahlung“, in: Rheinische Post vom 23. Mai 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁰⁷ Schreiben von Ludwig Poullain an Ministerpräsident Heinz Kühn vom 19. November 1971 (LAV NRW R NW 270 Nr. 73).

⁵⁰⁸ Vgl. Schreiben des Leiters des Büros des Ministerpräsidenten an Ludwig Poullain vom 24. November 1971 (LAV NRW R NW 270 Nr. 73).

rungsvorhaben, die vor allem im Energiebereich auf die Bundesrepublik zukommen, und die verstärkte Expansion ins Ausland – auf diesem Gebiet folgen die Banken den Unternehmen – werden Themen sein, die ich möglichst schon bald mit Ihnen diskutieren möchte⁵⁰⁹.

Von solch entspannten Zusammenkünften war man im Frühjahr 1978 weit entfernt: Der Landtag richtete auf Betreiben der CDU-Opposition⁵¹⁰ einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein, der die Hintergründe der Affäre beleuchten und insbesondere der Frage nachgehen sollte, wieso die Wiederwahl Poullains seitens der Landesregierung nicht verhindert worden war. Nacheinander sagten am 26. Juni 1978 Kühn, Riemer, Schnoor und Halstenberg vor dem Ausschuss aus.⁵¹¹ Die CDU erstellte eine umfangreiche, in allen Geschäftsstellen der CDU-Kreisverbände erhältliche⁵¹² Dokumentation mit dem Titel „Chronik eines Skandals. Die Affäre Kühn – Halstenberg – Poullain“⁵¹³, was der SPD-Fraktionsvorsitzende Haak als „[b]eschämend und verlogen“⁵¹⁴ empfand. Angesichts der Titelei wird deutlich, dass die Opposition in der Person des Ministerpräsidenten den Hauptverantwortlichen ausmachte. Dennoch erlaubt die Schrift einen recht guten chronologischen Überblick über die mediale Berichterstattung zur „Poullain-Affäre“. In seinem Vorwort spricht Heinrich Köppler von einem „handfesten politischen Skandal“ und fordert – zum wiederholten Male, wie er selbst schreibt – Kühns Rücktritt.⁵¹⁵ Laut Herausgeber Schwefer tritt im Verlauf der „Poullain-Affäre“ die „Agonie der Regierung“ sowie die „Ohnmacht des Regierungschefs“ deutlich zutage.⁵¹⁶

Finanzminister Halstenberg, der die Staatsaufsicht über die Landesbank innehatte, sagte aus, Poullain durch Anfrage höflich zu verstehen gegeben zu haben, ob es nicht angezeigt sei, die Wahl angesichts der laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu verschieben. Das Nichtverstehen dieses „Winkes“ liege, so Halstenberg, „außerhalb jeder bürgerlichen Sensibilität“⁵¹⁷. Halstenberg, der seit Oktober 1977 von dem Ermittlungsverfahren wusste, hatte den Verwaltungsrat der Bank nicht hiervon in Kenntnis gesetzt.⁵¹⁸

⁵⁰⁹ Schreiben von Ludwig Poullain an Ministerpräsident Heinz Kühn vom 5. Mai 1975 (LAV NRW R NW 270 Nr. 73).

⁵¹⁰ Die FDP hatte – namentlich in Person ihres Fraktionsvorsitzenden Koch – versucht, die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses abzuwenden (vgl. Art. „Poullain verklagt die Landesbank“ von Helmut Breuer, in: Rheinische Post vom 16. Februar 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵¹¹ Vgl. hierzu Art. „Kühn, Riemer, Halstenberg, Schnoor als Zeugen. Warum Poullains Wiederwahl nicht verhindert wurde“, in: Landtag intern Nr. 18/9/8 (4.7.1978), S. 9f. (Ausschußberichte) (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵¹² Vgl. Art. „Poullain verklagt die Landesbank“ von Helmut Breuer, in: Rheinische Post vom 16. Februar 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵¹³ Chronik eines Skandals. Die Affäre Kühn – Halstenberg – Poullain. Eine Dokumentation, hrsg. von Theodor Schwefer im Auftrag der CDU Nordrhein-Westfalen, Köln [ca. 1978] (LAV NRW OWL D 83 Nr. 40).

⁵¹⁴ Zitiert nach Art. „Poullain will jetzt Millionen einklagen“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Rhein Zeitung vom 16. Februar 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵¹⁵ Chronik eines Skandals, S. 5.

⁵¹⁶ Ebd. S. 7.

⁵¹⁷ Zitiert nach „Düsseldorfer Notizen“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Westfälische vom 1. Juli 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵¹⁸ Vgl. Düding, Reform, S. 435.

Ministerpräsident Kühn bezeichnete die Privatgeschäfte Poullains als „empörend“. Dessen Beratervertrag mit dem Finanzmakler Franz-Josef Schmidt aus Konstanz in Höhe von einer Million DM habe ihn, Kühn, an Al Capone erinnert.⁵¹⁹ Bis zum Tag der Wiederwahl selbst habe er, Kühn, nichts von dieser gewusst, sondern erst in der Kabinettsitzung am 6. Dezember 1977 davon erfahren.⁵²⁰ Andernfalls hätte er dazu geraten, den Zeitpunkt der Wahl hinter den Abschluss der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu verlegen.⁵²¹ Justizminister Posser habe ihn zwar in der Landtags-sitzung am 9. November „stehend in der Regierungsbank, kurz vor dem Herausgehen“⁵²² von den Ermittlungen in Kenntnis gesetzt, Kühn jedoch gebeten, die Angelegenheit angesichts der Brisanz für das Kreditinstitut sogleich wieder zu vergessen – was ihm auch gelungen sei. Kühn habe Posser im Gegenzug gebeten, das Ermittlungsergebnis nach Abschluss der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit sofort dem Ministerpräsidenten mitzuteilen. Da Poullain der Landesregierung absolut vertrauenswürdig schien und bei den Kabinettsmitgliedern „ein sehr hohes Ansehen“⁵²³ genossen habe, habe er, Kühn, keine Veranlassung gesehen, die beiden die Staatsaufsicht über die WestLB innehabenden Minister Halstenberg und Riemer auf die Angelegenheit anzusprechen. Als Posser dann im Dezember den Stand der Dinge vor dem Kabinett dargelegt habe, habe auch Kühn die allgemein zu verspürende Empörung darüber ergriffen, „daß Poullain trotz Beratervertrag eine so gewaltige Summe bekommen sollte“⁵²⁴. Den Beratervertrag von 1972 nannte Kühn ein „problematisches Geschäft“⁵²⁵. Poullains Rücktritt wurde in einen Vergleichsvertrag in Höhe von 2,4 Millionen DM eingebettet. Der Ministerpräsident attestierte Poullain, „im Stil des aufgeklärten Absolutismus außerhalb der Kooperationsformen zu entscheiden“⁵²⁶. Nach einem Bericht Halstenbergs über neue Erkenntnisse in der Angelegenheit habe das Kabinett Anfang Januar beschlossen, Poullains fristlose Entlassung anzustreben. Dies habe sich mit dem Willen der SPD-Landtagsfraktion sowie des SPD-Landesvorstandes gedeckt. Kühn kritisierte es als unglücklich, wenn Minister – etwa Innenminister Hirsch – zu selten an den Sitzungen des WestLB-Kreditausschusses teilgenommen haben sollten.⁵²⁷ Die „Rechtfertigung“ Kühns quittierte Oppositionsführer Köppler mit einer Rücktrittsforderung.⁵²⁸

⁵¹⁹ Vgl. Art. „Kühn nennt Poullains Geschäfte empörend“, in: Die Welt vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵²⁰ Vgl. Art. „Kühn: An Al Capone erinnert“ von Eckhard Hohlwein, in: Westdeutsche Allgemeine vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵²¹ Vgl. hierzu und im Folgenden Landtag intern Nr. 18/9/8 (4.7.1978), S. 9f. (Ausschußberichte), hier S. 9 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵²² Zitiert nach Art. „Kühn: Poullains Geschäfte rochen nach Al Capone“ von Peter Weigert, in: Die Welt vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵²³ Zitiert nach ebd.

⁵²⁴ Zitiert nach Landtag intern Nr. 18/9/8 (4.7.1978), S. 9f. (Ausschußberichte), hier S. 9 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵²⁵ Zitiert nach Art. „Kühn: An Al Capone erinnert“ von Eckhard Hohlwein, in: Westdeutsche Allgemeine vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵²⁶ Zitiert nach Landtag intern Nr. 18/9/8 (4.7.1978), S. 9f. (Ausschußberichte), hier S. 9 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291); Art. „Kühn: An Al Capone erinnert“ von Eckhard Hohlwein, in: Westdeutsche Allgemeine vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵²⁷ Vgl. Landtag intern Nr. 18/9/8 (4.7.1978), S. 9f. (Ausschußberichte), hier S. 9 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵²⁸ Vgl. Düding, Reform, S. 435.

Riemer gab zu Protokoll, erstmals in der Kabinettsitzung am 6. Dezember 1977 von der „Causa Poullain“ erfahren zu haben. Er sei zunächst davon ausgegangen, dass diese Angelegenheit auch den übrigen Kabinettsmitgliedern zuvor nicht bekannt gewesen sei. In der Kabinettsitzung eine Woche später habe er hingegen zur Kenntnis nehmen müssen, dass Halstenberg und Posser bereits vor der Wiederwahl Poullains hierüber im Bilde gewesen seien. Allein die Geschäftsordnung des Kabinetts hätte es erfordert, dass er aufgrund der damit verbundenen politischen Bedeutung frühzeitig über diesen Fall informiert worden wäre. Namentlich Halstenberg galt der Vorwurf, seine Kabinettskollegen nicht rechtzeitig informiert zu haben.⁵²⁹ Zudem habe sich Halstenberg in der Kabinettsitzung vom 6. Dezember so verhalten, als habe er von dem Fall noch keine Kenntnis erhalten und höre nun zum ersten Mal davon.⁵³⁰ Den noch im Dezember mit Poullain geschlossenen Vergleich habe er, Riemer, unter den gegebenen Umständen für die beste Lösung gehalten, um weiteren Schaden von Bank und Gewährsträgern fernzuhalten. Erst als im Januar neue Details bekannt geworden seien, habe er für die fristlose Kündigung plädiert.⁵³¹

Halstenberg, zwischenzeitlich zum Schatzmeister der SPD gewählt, wies darauf hin, die Verschiebung des Wahltermins nahegelegt zu haben, was jedoch nicht befolgt worden sei. Die laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen habe er zunächst bewusst verschwiegen, um eine übereilte Vorverurteilung Poullains zu vermeiden: „Ich wollte mich nicht schuldig machen!“⁵³². Unerlaubte Geschäfte habe er Poullain nicht zugetraut. Zudem seien die Verdachtsmomente gegen Poullain bis Mitte Dezember 1977 nicht „dicht“ genug gewesen, um in dieser Angelegenheit bei Kühn oder Riemer vorstellig zu werden. Er, Halstenberg, habe darüber hinaus im November während einer Landtagssitzung mitgehört, wie Posser den Ministerpräsidenten informiert habe. Riemer habe er mit dem gefährlichen Wissen nicht belasten wollen, da andernfalls, aufgrund der Mitgliedschaft Riemers im Präsidialausschuss der WestLB, Indiskretionen nicht zu vermeiden gewesen wären. Solange er nicht in der Lage gewesen sei, Poullain aus dem Amt zu drängen, habe er aus Gründen der Schadensverhütung im Sinne der Bank von derartigen Versuchen Abstand genommen. Während er, vom strafrechtlichen Aspekt her betrachtet, korrekt gehandelt habe, seien ihm in politischer Hinsicht Fehler unterlaufen, weswegen er schließlich die Konsequenz gezogen habe und zurückgetreten sei.⁵³³ Hätte er im Vorfeld, Anfang Januar, Kenntnis von den Vorkommnissen im Vorstand erhalten, insbesondere davon, dass Vorstandsmitglieder über Details in der „Causa Poullain“ unterrichtet gewesen seien, wäre er mit sofortiger Wirkung, „noch am selben Tag“⁵³⁴, zurückgetreten. Des Weiteren monierte Halstenberg das Verhalten einzelner Mitglieder der Staatsüberwachungs- und Bankorgane, die sich nun jeglicher Verantwor-

⁵²⁹ Vgl. Art. „Die Minister ließen an Poullain kein gutes Haar“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Rhein Zeitung vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵³⁰ Vgl. Art. „Kühn: Poullains Geschäfte rochen nach Al Capone“ von Peter Weigert, in: Die Welt vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵³¹ Vgl. Landtag intern Nr. 18/9/8 (4.7.1978), S. 9f. (Ausschußberichte), hier S. 9f. (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵³² Zitiert nach Art. „Die Minister ließen an Poullain kein gutes Haar“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Rhein Zeitung vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵³³ Vgl. Landtag intern Nr. 18/9/8 (4.7.1978), S. 9f. (Ausschußberichte), hier S. 10 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵³⁴ Zitiert nach ebd. Dort auch das folgende Zitat.

tung entziehen und diese vielmehr „auf meinen Buckel“ laden wollten. Abzielend auf die Äußerungen des Ministerpräsidenten, führte Halstenberg aus: „Auf Vergeßlichkeit habe ich mich in meiner politischen Laufbahn noch nie berufen“⁵³⁵. Dem hinterher in die Diskussion eingebrachten Vorschlag Kühns, man hätte Poullains Wiederwahl durch Krankmeldung der Regierungsmitglieder im Verwaltungsrat torpedieren können, hielt Halstenberg entgegen, eine vorgetäuschte „Poullain-Grippe“ liege für ihn nicht im Bereich eines akzeptablen Vorgehens.⁵³⁶

Auch Schnoor gab zu erkennen, sich in Poullain gehörig getäuscht zu haben: „Wenn ich das gewußt hätte, was ich heute weiß, hätte ich Herrn Poullain nicht wiedergewählt“⁵³⁷. So aber sei Poullains Wiederwahl für Schnoor selbstverständlich gewesen. Allerdings habe die WestLB unter Poullain anlässlich eines Auslandsgeschäfts – eines Grundstückskaufs in London – versucht, die Landesregierung unter Druck zu setzen, indem man ungeheurerlicher Weise versucht habe, einen vorformulierten Kabinettsbeschluss durch das Kabinett nostrifizieren zu lassen.⁵³⁸ Der Verwaltungsrat sei daraufhin geteilter Meinung darüber gewesen, ob man Poullain fristlos kündigen oder einen neuen Vergleich aushandeln solle.

In der Folge forderte die Opposition Kühns Rücktritt, während dieser von „Hinrichtungsjournalismus“⁵³⁹ sprach. Oppositionsführer Köppler hingegen konnte mit seiner CDU die Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses als Erfolg verbuchen.⁵⁴⁰ Tatsächlich befand sich die christdemokratische Opposition nun „im politischen Zenit, die sozialliberale Koalition dagegen in der schlimmsten Krise seit ihrem Bestehen“⁵⁴¹. Auch in den Augen vieler Sozialdemokraten galt der Ministerpräsident nun als angezählt. Einige Kreise drängten auf eine baldige Ablösung und Regelung der Nachfolge. Kühn musste diesem Drängen schließlich wider seinen Willen nachgeben und stimmte im Juli 1978 dem für September anberaumten Stabwechsel an der Spitze der Landesregierung zu.⁵⁴² Anstelle von Kühn musste allerdings Finanzminister Halstenberg seinen Rücktritt einreichen.⁵⁴³

Außerdem führte die Poullain-Affäre innerhalb des Kabinetts zu Spannungen. Betroffen war hiervon insbesondere das Verhältnis des schließlich zurückgetretenen Friedrich Halstenberg zu den übrigen Kabinettsmitgliedern.

In den Kabinettsprotokollen selbst fand die Affäre auch einen gewissen Widerhall. Allerdings fallen die in den Protokollen enthaltenen Informationen recht marginal aus

⁵³⁵ Zitiert nach Art. „Kühn im Poullain-Ausschuß: Ein bißchen wie Al Capone“ von Helmut Breuer, in: Rheinische Post vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵³⁶ Art. „Poullain verklagt die Landesbank“ von Helmut Breuer, in: Rheinische Post vom 16. Februar 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵³⁷ Zitiert nach: Art. „Kühn: An Al Capone erinnert“ von Eckhard Hohlwein, in: Westdeutsche Allgemeine vom 27. Juni 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵³⁸ Vgl. hier und im Folgenden Landtag intern Nr. 18/9/8 (4.7.1978), S. 9f. (Ausschußberichte), hier S. 10 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵³⁹ Düding, S. 732.

⁵⁴⁰ Vgl. ebd. S. 735.

⁵⁴¹ Ebd. S. 736.

⁵⁴² Vgl. ebd. S. 736-738.

⁵⁴³ Vgl. Art. „Rau will kein großes Kabinetts-Revirement“ von Peter Weigert, in: Die Welt vom 19. September 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

und erlauben für sich genommen keinerlei Rückschlüsse auf den Verlauf der Ereignisse oder die Positionen der einzelnen Kabinettsmitglieder in dieser Angelegenheit.⁵⁴⁴

3.15. Weitere Themen

Neben den vorgestellten inhaltlichen Schwerpunkten gab es Themen mit landesweiter Bedeutung respektive landesweiten Auswirkungen, die kaum oder gar nicht im Kabinett zur Verhandlung kamen: zum Beispiel die „BuM-Affäre“ und das Arbeitsgerichtsverfahren gegen Joseph Beuys.

Am 7. April 1978 entschied das Bundesarbeitsgericht einen Jahre währenden Rechtsstreit des Lehrers an der Kunstakademie zu Düsseldorf Joseph Beuys gegen das Land Nordrhein-Westfalen zugunsten des Klägers. Beuys hatte gegen seine fristlose Kündigung als Lehrender an der Kunstakademie geklagt. Sie war im Oktober 1972 zum einen aufgrund seiner eigenmächtigen Zulassung aller Studienbewerber an die Akademie erfolgt und war gleichzeitig das Resultat seiner erneuten, gemeinsam mit den Studienbewerbern vorgenommenen Besetzung des Akademiesekretariats.⁵⁴⁵ Das Gericht befand, dass es dem Land zuzumuten gewesen sei, den Ende September 1973 auslaufenden Vertrag mit Beuys zu erfüllen. Beuys hatte sich in seiner Argumentation darauf berufen, dass ihm ein Konferenzbeschluss der Akademie vom Januar 1972 die freie Auswahl der Studierenden zugesichert habe. Der zuständige Minister, Johannes Rau, kündigte unmittelbar nach der Verkündung des Urteilsspruchs an, Beuys das Gehalt für den Zeitraum von Oktober 1972 bis Ende September 1973 auszahlen zu lassen: „Wir sind keine schlechten Verlierer“⁵⁴⁶. Reimut Jochimsen konnte dann als Raus Nachfolger im Ministeramt einen Kompromiss aushandeln, dem beide Seiten ihre Zustimmung erteilten.⁵⁴⁷ All dies scheint in den Kabinettsprotokollen nicht auf, es blieb bei einer einmaligen knappen Erwähnung im Dezember 1975.⁵⁴⁸

Was die „BuM-Affäre“ betrifft, hatte der Landesrechnungshof im Jahr 1979 in seinem vertraulichen Bericht für den Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags wegen der Vergabe einer Landesbürgschaft an den insolventen Düsseldorfer Baukonzern Beton- und Monierbau AG (BuM) Kritik an den Vertretern der Landesregierung in den Gremien der Westdeutschen Landesbank (WestLB) sowie an dieser selbst geübt. Gegenstand der Kritik war die Zahlung einer „Vermittlungsgebühr“ von 95,2 Millionen DM an eine Person in Saudi-Arabien, die der BuM die Vergabe von drei Bauaufträgen für drei große Sportstadien sichern sollte. Das Auftragsvolumen belief sich insgesamt auf über 740 Millionen DM. Das Unternehmen rechnete die Ausgabe der 95,2 Millionen DM jedoch nicht als Provision ab, sondern wies den Betrag als Zahlungen für „Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe“ aus. Die BuM AG sei jedoch nicht, so berichtete zumindest

⁵⁴⁴ Vgl. LAV NRW R NW 30 P Nr. 1342 und Nr. 1344; Rücktritt Halstenbergs in Nr. 1345.

⁵⁴⁵ Vgl. Rudolph, Karsten, Strukturpolitik mit anderen Mitteln? Johannes Rau als kulturpolitischer Praktiker, in: Mittag, Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Versöhnen statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte, Oberhausen 2007, S. 205-224, hier S. 211.

⁵⁴⁶ Vgl. Art. „Beuys gewann Prozeß gegen das Land NRW“, in: Westfälische Rundschau vom 8. April 1978 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291); dort auch das Zitat.

⁵⁴⁷ Vgl. Rudolph, Strukturpolitik, S. 211.

⁵⁴⁸ Vgl. 1268. Kabinettsitzung, TOP III, 4.

die Presse, wegen der saudischen Bauprojekte in Konkurs gegangen, sondern wegen ihres risiko- und verlustreichen Engagements in Nigeria.⁵⁴⁹

Der Landesrechnungshof erhob den Vorwurf, dass Mitglieder des Kabinetts als Vertreter des Landes an entscheidenden die BuM AG betreffenden Sitzungen des WestLB-Kreditausschusses nicht teilgenommen hätten.⁵⁵⁰ Namentlich betroffen waren von diesen Vorwürfen der Chef der Staatskanzlei Schnoor und Landwirtschaftsminister Deneke. Schnoor wies die Kritik des Landesrechnungshofes entschieden zurück: „Ich habe den sicheren Eindruck gewonnen, daß sich die Landesbank korrekt verhalten hat!“⁵⁵¹. Den Bericht des Landesrechnungshofes empfinde er, wie das Landespresse- und Informationsamt in einer Aussendung mitteilte, als „eine sehr einseitige, unvollständige und damit falsche und irreführende Darstellung“⁵⁵². So seien sein Kollege Deneke und er bei allen entscheidenden Sitzungen des Kreditausschusses, welche die BuM AG zum Gegenstand gehabt hätten, zugegen gewesen. Er selbst, so Schnoor, verfolge die Entwicklung der BuM AG seit einer Sitzung des zuständigen Kreditausschusses bei der WestLB am 10. November 1975. Seine Einschätzung der Angelegenheit basiere auf der Teilnahme an mehreren Sitzungen des Verwaltungsrates, des Prüfungsausschusses sowie des Kreditausschusses. Allein in Letzterem sei die Sache in seiner Anwesenheit etwa zwanzigmal verhandelt worden. Der Landesrechnungshof habe jedoch in seinem Bericht nur eine einzige Sitzung erwähnt, welche Deneke und er vorzeitig verlassen hätten. Zu diesem Zeitpunkt sei die Beratung, die Deneke und er zudem „entscheidend mitgeprägt“ hätten, jedoch bereits „nahezu abgeschlossen gewesen“⁵⁵³. Darüber hinaus verwies Schnoor auf die Tatsache, dass das Land Nordrhein-Westfalen nicht Eigentümer der Bank sei, sondern lediglich ein Drittel der Anteile und somit der Stimmen in den Gremien inne habe.⁵⁵⁴ Als Finanzminister rückte auch Diether Posser in den Fokus der Kritik.⁵⁵⁵

Der christdemokratischen Opposition warf Schnoor vor, die Affäre zu instrumentalisieren, um die Landesregierung auf Kosten der Integrität der WestLB zu diskreditieren. Vor diesem Hintergrund sei die Mitgliedschaft von Mitgliedern der Landesregierung in Gremien der Landesbank in Frage zu stellen. Andernfalls könnten parteipolitische Querelen zu einem Ansehensverlust der Landesbank führen.⁵⁵⁶ Die Westdeutsche Landesbank sah sich veranlasst, ihrerseits über eine Klage gegen den Landesrechnungshof

⁵⁴⁹ Vgl. Art. „Pleitekonzern schmierte Ölprinz mit Millionen“ von Hans Wüllenweber, in: Düsseldorf Nachrichten vom 29. September 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁵⁰ Vgl. Mitteilung 420/10/79 „Staatssekretär Dr. Schnoor zur Diskussion über den Bericht des Landesrechnungshofs“, in: „Die Landesregierung informiert“ vom 1. Oktober 1979, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung NW (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁵¹ Zitiert nach Art. „Schnoor: Falscher Bericht vom Rechnungshof“ von Horst-Werner Hartelt, in: Neue Rhein Zeitung vom 29. September 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁵² Mitteilung 420/10/79 „Staatssekretär Dr. Schnoor zur Diskussion über den Bericht des Landesrechnungshofs“, in: „Die Landesregierung informiert“ vom 1. Oktober 1979, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung NW (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁵³ Ebd.

⁵⁵⁴ Vgl. ebd.

⁵⁵⁵ Vgl. Art. „Pleitekonzern schmierte Ölprinz mit Millionen“ von Hans Wüllenweber, in: Düsseldorf Nachrichten vom 29. September 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁵⁶ Vgl. Mitteilung 420/10/79 „Staatssekretär Dr. Schnoor zur Diskussion über den Bericht des Landesrechnungshofs“, in: „Die Landesregierung informiert“ vom 1. Oktober 1979, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung NW (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

zu sinnieren.⁵⁵⁷ Der Pressesprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Friedhelm Geraedts⁵⁵⁸, wertete die „unqualifizierten Angriffe“ Schnoors hingegen als „unverantwortlichen Versuch, auf den unabhängigen [sic!] Landesrechnungshof Druck auszuüben [sic!]“⁵⁵⁹. Zudem seien es Regierungspolitiker gewesen, die das öffentliche Interesse auf die Landesbank gelenkt hätten, um von ihrer eigenen Rolle abzulenken.⁵⁶⁰

Im Kabinett wurde die Angelegenheit nur einmal behandelt, nämlich in der Kabinettsitzung vom 15. April 1980 – im Zusammenhang mit einem Antrag der CDU-Landtagsfraktion auf „Stellungnahme der Landesregierung zu den Prüfungsfeststellungen des Landesrechnungshofs in der Bürgerschaftsangelegenheit Beton- und Monierbau AG“.⁵⁶¹

Die 1976 einsetzende Diskussion um die umstrittenen Erweiterungsbauten am Ständehaus – dem Sitz des Landtags – findet mit keinem Wort in den Kabinettsprotokollen Erwähnung. Die regionale Presse berichtete hingegen fortwährend über die insbesondere im April 1977 kontrovers und leidenschaftlich geführte Debatte.⁵⁶² Hier kam offensichtlich die Gewaltenteilung zum Zuge, mischte sich die Exekutive nicht in Angelegenheiten der Legislative ein.

Angesichts der Tatsache, dass das Thema Jugendarbeitslosigkeit stets einen „hohe[n] öffentliche[n] Stellenwert“⁵⁶³ besaß – dies gilt insbesondere für das Problem des Lehrstellenmangels –, ist es bemerkenswert, dass dieses Thema in den Kabinettsprotokollen kaum aufscheint.

Vor dem Hintergrund der zuletzt vorgestellten Themen der Landespolitik wird ersichtlich, dass die Quelle Kabinettsprotokolle im Zusammenhang mit anderen, ergänzenden Dokumenten betrachtet werden muss, wenn sie für eine umfassende Beschäftigung mit der Landesgeschichte herangezogen werden soll. Eine Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens ist auf Grundlage der Kabinettsprotokolle allein nicht zu verfassen – aber auch nicht ohne sie.

⁵⁵⁷ Vgl. Art. „Neue Kritik an Rechnungshof“, in: Rheinische Post vom 29. September 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁵⁸ Geraedts legte mehrere Publikationen zur Landespolitik und zum Landtag vor, so etwa: Geraedts, Friedhelm, Die vergessenen Jahre. Heinrich Köppler und zehn Jahre Oppositionspolitik in Nordrhein-Westfalen, Köln 1987; Ders. (verantwortl.)/Knepper, Jürgen (Red.), Der neue Landtag Nordrhein-Westfalen. Ein Haus für alle Bürger (Eine Veröffentlichung des Landtags Nordrhein-Westfalen), hrsg. vom Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1988.

⁵⁵⁹ Zitiert nach dpa-Meldung zu lnw 011 pl „BuM-Pleite (Auch Staatssekretär Schnoor kontra Landesrechnungshof)“ „CDU: Unverantwortlicher Versuch, Druck auszuüben“ vom 28. September 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁶⁰ Vgl. ebd.; ferner Art. „Schnoor rügt Rechnungshof“, in: Münstersche Zeitung vom 1. Oktober 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

⁵⁶¹ Vgl. 1430. Kabinettsitzung, TOP II, 3.

⁵⁶² Vgl. hierzu etwa Große-Sender, Heinrich, Der Neue Landtag am Rhein, in: Denzer, Karl Josef (Hrsg.), 40 Jahre Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen (Schriften des Landtags Nordrhein-Westfalen, Bd. 1), [Mönchengladbach] 1986, S. 201-206; Konradt, Marion [u.a.] (Red.), Vom Ständehaus zum Neubau im Hafen, hrsg. von der Präsidentin des Landtags von Nordrhein-Westfalen, [Düsseldorf 2008], S. 10-14.

⁵⁶³ Raithe, Jugendarbeitslosigkeit, S. 124.